

Der Grundstein

Offizielles Organ des Central-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkaturen Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementspreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Beifüllgeld),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Stanning, verantw. Redakteur: Aug. Winnig,
beide in Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 7, Beifüllhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.
Vereins-Anzeigen
für die dreigeteilte Beifüllzeile über deren Raum 30 A.

Verbandskollegen! Trefft Vorbereitungen zu der Flugschriftverbreitung und Hausagitation!

Die heutige Nummer umfasst 16 Seiten.

Verbandsmitglieder!

In der Zeit vom 25. März bis zum 1. April soll eine vom Verbandsvorstand herausgegebene Flugschrift in allen Säulen Deutschlands unter den Maurern verbreitet und zugleich eine energische Hausagitation entfaltet werden.

Zur Ausführung dieser Agitation ist eine sehr grosse Zahl von Personen notwendig. Wir ersuchen daher die Mitglieder, sich ihren Vereinsvorständen und Vertrauensleuten bereitwillig zur Verfügung zu stellen. Niemand, der Hand und Fuß rühren kann, darf sich von der Verbreitung der Flugschrift fernhalten. Jedes Mitglied muss sich bereitwillig in den Dienst der Organisation stellen; gilt es doch, jetzt mit dem Einzug des Frühlings dem Verband Tausende neuer Mitglieder zu gewinnen.

Zur Weltlage.

Eine gewaltige, bedeutungsvolle Zeit ist es, in der wir leben. Sie gebiert Ercheinungen und Fragen, die das Interesse jedes Menschen, der in die großen Gezeuge des Kulturforschungs eingeweiht ist und dem Los der Menschheit nicht gleichgültig gegenübersteht, in stetig wachsendem Maße in Anspruch nehmen. Die wirkliche Intelligenz, der politische, wirtschaftliche und soziale Erkenntnis sowie ein richtiges Empfinden für die Macht der Tatsachen eignen sich, steht schon so lange unter dem beständig stärker werdenden Eindruck, daß die Kulturwelt an der Schwelle einer neuen Epoche angelangt ist. Ein vorurteilsfrei prüfender Blick auf die Weltlage, in das Gebiet der teils widereinander streitenden, teils gemeinsam vornärts drängenden politischen, wirtschaftlichen und sozialen Faktoren, läßt mit unzweifelhafter Deutlichkeit erkennen, wohin die Entwicklung geht und um was es sich dabei handelt.

Als Symptome des gegenwärtigen Zustandes der internationalen Gesellschaft sind vor allem zu beachten die starken Interessenpannungen zwischen den maßgebenden Völkern und zwischen den Klassen der einzelnen staatlichen Gemeinschaften. Diese Spannungen sind in der Hauptsache zurückzuführen auf die Ausgestaltung des kapitalistischen Wirtschaftssystems, das Zentralisations- und Expansionsbedürfnis des Kapitalismus und den sich damit verbindenden Widerstreit der entscheidenden wirtschaftlichen Interessen. Hierin haben wir die Quelle all der großen, sich immer ernsthafter gestaltenden politischen und sozialen Fragen, die die Kulturwelt bewegen, ja, sie aufzurollen bis in ihren tiefinnersten Grund. Vor einem halben Jahrhundert noch und bis in die siebziger Jahre hinein vertraten hervorragende Politiker und Staatswirtschaftler die Ansicht, daß die Entwicklung des kapitalistischen Systems notwendig zu einer internationalen wirtschaftlichen Solidarität dränge, und daß damit die Gefahr kriegerischer Verwicklungen zwischen den einzelnen Völkern mehr und mehr beseitigt werde. Die Erfahrung, die wir seit zwei Jahrzehnten gemacht haben, lehrt leider das Gegenteil.

Obwohl der Kapitalismus an sich durchaus nicht nationalen, sondern internationalen Charakters ist,

bedient er sich doch der Nationalitätsidee, um seine Herrschafts- und Machtentwicklungsinteressen mit mehr oder weniger künstlich erzeugten resp. verschärften nationalen Interessengegensätzen zu verbinden. Diese Tendenz kommt sehr greifbar zum Ausdruck in der verhängnisvollen Politik wirtschaftlicher Abschließung auf der Basis der Schutzzollsysteme etc. sowie in der nicht minder verhängnisvollen, dem wirtschaftlichen Expansionsbedürfnis Rechnung tragenden Kolonial- und Weltmarktpolitik. Nach Maßgabe dieser Politik vollzieht sich unter unseren Augen der Verlauf der Dinge, die Gestaltung der Weltlage. Alle die verwüstenden Kriege, die wir seit fünfzehn Jahren erlebt haben, der Krieg der Vereinigten Staaten von Nordamerika mit Spanien, der letzterem Lande den Besitz der Philippinen kostete, der Burenkrieg in Südafrika, die China-Expedition, der beispiellos mörderische Krieg zwischen Russland und Japan, die Kolonialkämpfe haben ihren Ursprung in der Ermägigung wirtschaftlicher Interessen. Diese Interessen sind es, die die Politik bestimmen und leiten. Auch bei uns in Deutschland.

Unter Berüfung auf das wirtschaftliche Expansionsbedürfnis, betreibt man bei uns die Weltmarktpolitik. Die „gepanzerte Faust“ soll sich gegenüber der kriegerischen Macht anderer Staaten in allen Teilen der Erde Geltung verschaffen zum Vorteil des „deutschen“ Kapitals. Im fernen Osten, in Asien, sieht man die „gelbe Gefahr“ drohen, d. h. den selbständigen Eintritt der dortigen Völker einer alten, lange stillgestandenen Kultur in die moderne Kultur mit ihrem kapitalistischen Wirtschaftssystem. Japan hat diesen Schritt bereits getan und das „Reich der Mitte“, China, wird folgen. Das steht außer Zweifel. Diese Entwicklung bedeutet aber für Europa und Amerika eine wirtschaftliche Konkurrenz, der diese Länder nur dann gewachsen sein dürfen, wenn sie ihre wirtschaftlichen, sozialen und politischen Einrichtungen und Zustände einer Umgestaltung von Grund auf unterziehen, d. h. wenn sie an die Stelle des kapitalistischen das sozialistische Wirtschaftssystem setzen. Das wird natürlich der Kapitalismus und die ihm verbündete politische Macht zu verhindern suchen. Zunächst ist er überall darauf bedacht, sich die Länder zu erobern, die ihm eine weitere Sicherung seiner Interessenbereich ermöglichen. Das lehrt uns auch die Marokkofrage, um deren Entscheidung sich wochenlang die Diplomaten Europas und Amerikas unter den gespannten Aufmerksamkeit der Völker abgemüht haben, worüber unsere Leser aus der Tagespresse unterrichtet sein dürften. Vielleicht ist sie, wenn diese Zeiten in Druck geben, zu einem Abschluß gebracht worden, von dem man sagen kann, daß er die Gefahr ernstlicher politischer Verwicklungen ausschließt.

Wir glauben nicht, daß sich irgend eine Macht leichtlich entschließen könnte, zwecks des Austrages wirtschaftlicher Interessengegensätze es zum äußerten kommen zu lassen, zu einem Kriege, dessen Umfang und Wirkungen nicht abzusehen sind. Einem gewissen Kriegsantritt, der sich hier und da gezeigt hat, auch dem Wunsche gewisser „Ordnungspolitiker“, durch einen Krieg, der alle nationale Kraft in Anspruch nimmt, die Massen des arbeitenden Volkes von der großen sozialen Frage, vom Interessengegensatz und Kampf zwischen Kapital und Arbeit, wie vom Kampf der Sozialdemokratie mit den reaktionären Gewalten abzulenken, steht gegenüber

die beständig wachsende und erstarke Friedensliebende Arbeiterklasse in allen Ländern, die humanitäre Richtung ihrer Geister wider den blutigen Massenmord. Diese Klasse hat in Wahrheit ein nicht hoch genug zu schätzendes Interesse an der Erhaltung, an der dauernden Sicherung des Friedens. Unter Leitung der Sozialdemokratie hat sie dieses Interesse schon oft demonstrativ bewiesen. Sie wird auch das richtige Verständnis haben für den Beschluß, den am 4. März das internationale sozialistische Bureau in Brüssel, betreffend die Frage des Krieges, die in den letzten Monaten eine so große politische Bedeutung gewonnen hat, nach langer und eingehender Beratung fasste. Er lautet:

„Sobald Ereignisse sich vor der Deutlichkeit oder im geheimen vollziehen, die einen Konflikt zwischen verschiedenen Regierungen befürchten lassen und einen Krieg möglich oder wahrscheinlich machen, sind die sozialistischen Parteien der betroffenen Länder verpflichtet, aus freien Stücken und auf Einladung des Internationalen sozialistischen Bureaus miteinander in direkte Verbindung zu treten, um ein gemeinsames und übereinstimmendes proletarisches und sozialistisches Vorgehen festzusetzen und zu vereinbaren, das zur Verhinderung oder Beendigung des Krieges dienen kann.“

Gleichzeitig werden die sozialistischen Parteien der anderen Länder durch das Sekretariat des Bureaus verständigt und eine Versammlung des Internationalen sozialistischen Bureaus findet baldigst statt, um für den gesamten internationalen Sozialismus und die organisierte Arbeiterschaft die Aktion zu beschließen, die am geeignetesten ist, den Krieg zu verhindern oder zu verhüten.

Dieser Beschluß geht in der Richtung, die internationale Solidarität der Arbeiter zur vollen praktischen Geltung zu bringen, um das voraus, humanitäts- und kultusfördernde Unheil des Krieges, unter dem gerade die Arbeiterklasse stets am meisten und am schwersten zu leiden hat, abzuwenden.

Reaktionäre Gewalten und Parteien, die aus spekulativen Rücksichten, aus verwerflichen Interessen oder aus blödem Fanatismus mit der Kriegsgefahr gewissenlos spielen, tun gut, zu beachten, daß die Lösung des internationalen Proletariats ist: „Kein Krieg, sondern friedlicher Ausgleich und friedlicher Wettbewerb unter den Völkern.“ Sie sollen weiter bedenken die stetige Verschärfung der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Interessengegensätze und Kämpfe innerhalb der einzelnen Nationen, so besonders auch in Deutschland. Auf die friedliche, organische Lösung der sozialen Frage, in der sich alle diese Gegensätze und Kämpfe begreifen, muß vernünftigerweise alles nationale Bemühen, alle nationale Kraft gerichtet sein. Mit der russischen Revolution sind allen Kulturmöglichkeiten, allen staatlichen und gesellschaftlichen Autoritäten die gewichtigsten und beherzigenswertesten Warnungen erteilt worden. Im Lebensgescheid der Völker ist es nach Alexander v. Humboldt's Ausdruck wie in der Natur, die ihren Fluch gehängt hat, an das Stillestehen. Eine neue Weltanföderung, neue Rechts- und Gerechtigkeitsideen, höhere Humanitätsgrundsätze ringen mit elementarer Macht um ihre Anerkennung, um die ganze menschliche Gesellschaft neu und besser zu gestalten, sie auf eine höhere Stufe wahrer und echter Kultur zu heben. Doren sind diejenigen, die glauben, diese Anerkennung und Gestaltung verhindern zu können. Schließlich liegt der Fortschritt doch über alle ihm bereiteten Hürden. Und die Nation wird am höchsten dastehen, die der Notwendigkeit des Fortschritts aus freier Initiative

Rechnung trägt. Erst dann, wenn man sich allgemein zu dieser Notwendigkeit bekennt und dieses Bekenntnis praktisch betätigt, wird die Weltlage eine befriedigende, eine gute, eine erfreuliche werden. Man täusche sich über eines nicht: das ganze große „Geheimnis“ der Erholung der Kulturmenschheit von den ihr anhaftenden schweren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Nöbeln liegt in den Worten: Solidarität der Arbeiterklasse. Das müssen in erster Linie die Arbeiter selbst begreifen und dementsprechend sich betätigen als einheitliche Macht. Wer die Weltlage richtig beurteilen und aus ihr die richtigen Schlüsse ziehen will, darf den Haftor Arbeiterklasse nicht übersehen.

Politische Umschau.

Der 18. März, ein Gedenktag des deutschen Proletariats, steht wieder vor der Tür. An diesem Tage hat im Jahre 1848 die Berliner Arbeiterklasse im Bunde mit dem damals noch freiheitlich gesinnten Bürgertum im blutigen Pariser Aufstand den Absolutismus besiegt; leider nur auf kurze Zeit. Dass sich wieder das preußische Unterregiment zu erheben vermögt, und heute scheint es fester denn je gegründet zu sein. Um so mehr hat das Proletariat Anlass, seine Kraft zu stärken und zusammenzufassen, um die Nation endgültig zu bewegen. Nicht mit dem Rütteln der Barbaren, mit Schwert und Spieß, nicht kämpfen wir. Mit gestiessenen Waffen und durch solidarisches Zusammenstehen aller Ausgebetteten und Geflüchteten wollen und müssen wir den politischen und wirtschaftlichen Absolutismus überwinden. Wie in früheren Jahren so auch jetzt werden zum 18. März Massenversammlungen veranstaltet, Versammlungen, um das Antreten der Märschkämpfen zu erheben, Versammlungen, um flammenden Protest zu erheben gegen Börsenkreditung und Börsendummung. Doch in diesem Jahre der 18. März auf einen Sonntag fällt, ist zu erwarten, dass sich die Arbeiterschaft massenhaft an den Versammlungen beteiligt, damit der Volksgeist in solider Masse zum Ausdruck gebracht wird, dass er von den herrschenden Gewalten nicht länger zu überleben ist.

* * *

Die Situngen des Reichstages bieten seit Wochen wieder ein überraschendes Bild. Seltens sind mehr als einige Dutzend Abgeordnete anwesend. Aber wenn die Geschäftsfähigkeit des Hauses nicht bezeugt und damit die Ausszählung herbeigeführt wird, so kann auch solch eine Minorität der Volksvertretung gültige Schlüsse fassen. Am härtesten ist relativ immer die sozialdemokratische Fraktion vertreten. Dieser parlamentarische Zustand wird immer beschämender und deprimernder. Ihm kann nur die Bewilligung von Diäten entgegen gewirkt werden. Aber bis jetzt ist die seit Anfang dieses Jahres erwartete diesbezügliche Vorlage der Regierung nicht erbracht. Es verlaufen, der Bundesrat habe sich dahin geeinigt, eine Bausumme von 2.800 für jedes Gesetz in Vorschlag zu bringen. Damit verbindet sich das Gericht, es sei, um ein „schmäleres Arbeit“ des Reichstages, d. h. eine schwangere Abkürzung der Debatten, resp. die Vergewaltigung einer oppositionellen Minorität zu ermöglichen, auch eine „Reform“ des Geschäftsaufbaus beauftragt. Sollte man mit dieser Absicht wirklich hervortreten, so wird die Sozialdemokratie mit aller Entschiedenheit ihre Ausführung zu verhindern bemüht sein; denn die Rechte und Kompetenzen des Reichstages sind wirklich sowie schon so knapp bemessen, dass ihre weitere Einschränkung geradezu ein Hohn auf den Begriff des Parlamentarismus sein würde.

Das Plenum wurde in letzter Woche hauptsächlich durch die zweite Lesung des Poststaats in Auseinandersetzung genommen. Die Debatte war sehr umfangreich und erschöpfend. Es wurden zahlreiche organische Mängel und Fehler im Postwesen, sowohl auch – hauptsächlich von den Rednern der sozialdemokratischen Fraktion – die mißliche Lage und oft unangemessene und ungerechte Behandlung der Postbeamten schärfster Kritik unterzogen. Abgeordneter Singer bemerkte u. a. das die Organisationen und Organisationen bestreben den Postbeamten sich noch immer des negativen Wohlwollens der Postbehörden erfreuen. Fortgesetzt werden die staatsbürgerschen Rechte der Postbeamten, zumal ihr Koalitionsrecht, durch ungünstige Beeinflussung seitens der Vorgesetzten bedroht.

Der Zentrumabgeordnete Gröber meinte zwar, dass die Sozialpolitik der Reichsverwaltung einen „hocherfreulichen Fortschritt“ aufweise. Dieser Meinung aber widersprachen sehr viele gewichtige Fachkenner, u. a. die Arbeitszeit der Postbeamten, die immer noch übermäßig lang ist. Die Verwaltung kann bei einem jährlichen Überbruch von mehr als 62 Millionen Mark viel mehr zur Verbesserung der Lage ihrer Beamten tun. Mehrere in dieser Richtung gehende Resolutionen fanden Annahme.

Am letzten Schwerinstag wurden zwei Initiativansätze, Wassenmann (nationalliberal) und Bottendorff (preußische Vereinigung), beraten, die eine Befreiung und gesetzliche Regelung der Verhältnisse der technischen Angestellten beabsichtigten. Es handelt sich dabei im einzelnen um die Gehaltszahlung in Krankheitsfällen, um die Anpassung an die Bestimmungen über das Dienstverhältnis der Handelsangestellten, um angemessene Ruhezeiten, sowie um die Ausdehnung der Gültigkeitszeit der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte auf die technischen Angestellten. Das Haus war in der Unterstützung dieser Forderungen, die früher schon öfter auch von der Sozialdemokratie erhoben worden sind, einig. Der Staatssekretär der Justiz, Dr. Nieberding, aber verhielt sich sehr reserviert. Er beschämte sich auf die Versicherung, dass die Regierung „sich für die Materie interessiert“, dass ihr aber die beantragte Regelung nicht sympathisch sei. Die Vorlage wurde einer besonderen Kommission überwiesen.

Im Beratung für Arbeiterstatistik wurde in einer seiner Sitzungen verhandelt über den Bericht des Ausschusses, betreffend die weitere Behandlung der Erhebungen im Fleischergewerbe. Die von den befragten Organisationen der Arbeitgeber und der Arbeiter sowie von den Krankenkassen gemachten Angaben über den Einfluss der Arbeitszeit und der Arbeitsverhältnisse auf die gesundheitlichen Zustände der Arbeiter im Fleischergewerbe bieten kein genügendes Material, um schon jetzt zu einem abschließenden Urteil zu gelangen. Es wurde daher die Einholung eines Gutachtens des Kaiserlichen Gesundheitsamtes zur Verhöldigung des Materials beschlossen.

Die Frage der Heimarbeiterschutzgegebung soll nach der Ansicht des Sozialpolitikers, die am Regierungssitz sitzen, „sehr schwer“ zu regeln sein. Das ist eine Bedenken, die die Reichsregierung schon oft gebracht hat, um ihre abweisende Haltung oder ihr Bögen in wichtigen Fragen sozialpolitischer Reform zu entschuldigen oder zu rechtfertigen. Um so nachdrücklicher muss darauf hin gewiesen werden, dass die Gesetzgebung anderer Länder längst der Heimarbeiter angenommen hat. So beschloss in England schon im Jahre 1867, also vor nun bald vierzig Jahren, das Parlament, die zum Schutz der Frauen und Kindern in Fabriken bestehenden Gesetze auf sämtliche Klein- und im wesentlichen hausindustriellen Betriebe auszudehnen. Im Jahre 1891 und 1895 erfolgten Ergänzungsgesetze. Die englische Heimarbeiterschutzgegebung beruht dabei auf einem Zusammensetzen der Wohnungsinspektion mit der Fabrikinspektion. Der Wohnungsinspektor ist das Recht der Inspektion der Heimarbeiterschutzstätten übertragen. Die Wohnungsinspektoren haben in erster Linie über die hygienische Beschaffenheit der Wohnräume zu wachen und, sofern die den Anforderungen nicht genügen, die Schließung des Betriebes anzuordnen. Für Zumünderungen sind Geldstrafen bis zu 200 angesetzt. Die Arbeitszeit der Heimarbeiter darf die der Fabrikarbeiter nicht übersteigen.

Im Vereinigten Staaten gehören dank der energischen Agitation der Arbeiterorganisationen gegen die Heimarbeit (das sogenannte „sweating-system“) die Gesetze der amerikanischen Einzelstaaten, die zur Bekämpfung dieses Systems erlassen sind, zu den erfolgreichsten. Im Jahre 1900 besaßen neun Staaten, und zwar gerade die in denen die größten Zentren der Schwitzkästen liegen (New-York, Brooklyn, Jersey City, Boston, Philadelphia, Baltimore, Chicago, Indianapolis und Cincinnati) eigene Gesetze gegen das Schwitzkästen. Nach dem New-Yorker Gesetz ist seit dem Jahre 1899 für jede in Heimarbeit beschäftigte Person eine besondere amtliche Erlaubniserteilung erforderlich.

Auch in Australien bestehen längst Heimarbeiterschutzgesetze, die im wesentlichen mit denen Englands und Amerikas übereinstimmen. Im Staate Victoria ist die wichtigste Bestimmung die Einziehung einer paritätisch gebildeten Kommission von Arbeitern und Unternehmern, die in vielen Fällen für alle in Betracht kommenden Arbeiterschaften festzulegen hat.

Und da wollen unsere governementalen Sozialpolitiker glauben machen, die Frage der gesuchten Regelung des Heimarbeiterschutzes wäre „außerordentliche Schwierigkeiten“. Es ist das wirklich kein Beweis dafür, das das Deutsche Reich „an der Spitze der Sozialreform marschiert“.

* * *

Eine Steuer gegen die Arbeiterbewegung hat die zweite fälschliche Kammer geschaffen in der beispiellosen dastehenden Form einer Gebühr für Versammlungen und Sammlungen oder vielmehr für Ausstellung der Anmeldebescheinigung, die auf 50 festgesetzt wurde. Gleichzeitig hat man – und das ist wieder alles echt sachlich – beschlossen, alle Anmeldungen von Veranstaltungen der Militärvereine und Feuerwehren gebührenfrei zu machen, und zwar die Militärvereine deshalb, weil dort „der nationale Geist“ gepflegt werde.

Diese ordnungspolitische Leistung ist wirklich tragödisch. Sie lässt erkennen, was staatsverhaltender Geist ist. Glaubt man wirklich, die Welt erkenne nicht die unendliche Kleinlichkeit, die sich darin begreift?

* * *

In Frankreich treibt jetzt Clericale „Revolutionäre“ ein wüstes Unwesen. Fanatisierte „Fronde“ der katholischen Kirche gegen den staatlichen Organen, die nach Maßgabe der neuen Gesetze die Kircheninventuraufnahmen zu machen haben, gewalttamen Widerstand entgegen. In Paris und anderen Städten ist es zu blutigen Konflikten gekommen. Es ist eine echte und rechte Fassone zu rechtfertigen. Die „Dienner Gottes“ fanatisieren in den Departements die dumme, religiöse dreifache Landbevölkerung zu einem Kampf auf Leben und Tod gegen die Organe der Staatsgewalt. Sie möchten einen scheinlichen „heiligen Krieg“ ins Werk legen, um ihrem angeblichen, beleidigten allmächtigen Gott zu Hilfe zu kommen. In Notre-Dame in Paris predigte Abbé Faubert „über die Ewigkeit“. Er sagte u. a.: „... Der passive Gehorsam ist weder eine menschliche noch eine christliche Ewigkeit. Es gibt Grenzen der Autorität!“ Der Redner schloss: „Wir hören nicht zu denjenigen, die die erneuernde Lehre verbünden, das Gesetz Gesetz ist. O nein: Das Gesetz muss nicht immer repitiert werden, und es gibt Tage, wo die Melodie gegen das Gesetz heilig ist.“

Über diesen Kampf gegen die Kirche ist nun das französische Ministerium-Rouvier schließlich gescheitert; es hat abmissioniert, da sich die Kammer bei einer Abstimmung gegen seine Politik entschied.

* * *

Am 10. März ist Eugen Richter, der freisinnige Parlamentarier, im Alter von nicht ganz 68 Jahren gestorben. Wenn wir von seinem Ableben Notiz nehmen, so geschieht es lediglich deswegen, weil er lange Jahre einer der meistgenannten Politiker war. Für die Arbeiterklasse hat Richter nicht viel Rühmliches geleistet, wie überhaupt der Freisinn gerade unter seiner Leitung immer verrosteter und arbeiterfeindlicher geworden ist. An der heutigen Bedeutungslosigkeit des Freisinn trug der Verstorbene eine

große Schuld. Für die sozialdemokratische Arbeiterbewegung war Richter stets ein hämischer aber auch ungemeinlicher Gegner. Schon in der Zeit, als der Freisinn noch etwas bedeutete, hat er dieser Gegnerschaft oft schockierende Ausdrücke gegeben.

Erinnert sei das unrichtliche Verhalten des Freisinns bei der Abstimmung über die Verlängerung des Sozialitätengeiges im Jahre 1884. Nicht weniger als 27 Mitglieder der deutsch-freisinnigen Partei stimmten damals für das Schandgesetz! Eugen Richter selbst unterstützte diesen schmählichen Verrat aller liberalen Prinzipien dadurch, dass er seinen Namensvetter Hermes beauftragte, an die abwesenden Abgeordneten zu schreiben, dass sie zur entscheidenden Abstimmung nicht zu kommen brauchten.

Einen anderen Beweis seiner feindseligen Gesinnung gab der Freisinn auf Richters Antritt bei den Kämpfen um den Volksstaat. Dort war es Richter, der in ganz widerlicher Weise gegen die Opposition der Sozialdemokratie und der Freisinnigen Vereinigung zu Felde zog.

Richter war im Jahre 1888 in Düsseldorf geboren, er studierte Juris und brachte es auch bis zum Amtseher. Er wurde einmal zum Bürgermeister in Neuwied gewählt, aber nicht bestätigt. Später wandte er sich der Publizistik zu. Dem Reichstag gehörte er seit seinem Amtsantritt ununterbrochen an; er vertrat lange Zeit den Wahlkreis Hagen-Schwellen. Sein politisches Erbe hatte schon vor seinem Ende der Abgeordnete Müller-Sagan angetreten; von diesem darf man erwarten, dass er Richters Werk bis zum bitteren Ende weiterführen wird, d. h. er wird das bisherige Freisinn, das noch vorhanden ist, sicher auf den Hund bringen.

* * *

Partei und Gewerkschaft. Anlässlich der kürzlich erfolgten Verurteilung eines Redakteurs der „Leipziger Volkszeitung“ zu 12 Jahren Gefängnis hat dies Parteorgan den Redakteur Neßhauer vom Buchdrucker-Korrespondenten!“ aufs heiligste des Arbeitervertrags geschrieben und ihn einen Kronzeugen der Staatsanwaltschaft genannt. Gegen diesen Angriff, der, wenn er berechtigt wäre, die Buchdrucker sofort veranlassen müsste, Neßhauer von seinen Posten zu entfernen, hat der Vorstand des Buchdruckerverbandes folgende Erklärung veröffentlicht:

Gegen die eigenhändige Kampfweise der „Leipziger Volkszeitung“ sieht sich der Verbandsvorstand der Buchdrucker gewogen, Stellung zu nehmen. Das fragliche Blatt bemüht die Verurteilung über seinen Protagonist, in dem sein verantwortlicher Redakteur zu 1 Jahr 9 Monaten Gefängnis verurteilt wurde, zu einem inneren Ausfall auf den Redakteur des Buchdrucker-Korrespondenten, Neßhauer. Es bezeichnet ihn als Kronzeugen des Staatsanwaltes, welcher sich aber „gestellt“ habe, seinen Namen in den Mund zu nehmen. Der Verbandsvorstand der Buchdrucker, der seine Redaktion empfohlen hatte, für die Folge die Auswirkungen der „Leipziger Volkszeitung“ nicht einzugeben, erklärt jetzt, dass gegen eine derartige „Krabbeniederer“ wie sie die „Leipziger Volkszeitung“ befreit, nicht polemisiert werden kann; es genügt schließlich, dass Neßhauer nicht zum „eigenen Lager“ des „Leipziger Volkszeitung“ gehört, das also die betreffenden Ausführungen des Staatsanwaltes, die die „Leipziger Volkszeitung“ für ihren Angriff benutzt, gar nicht auf Neßhauer bezogen werden können, sondern, dass es sich vielmehr bei den diesbezüglichen Ausführungen des Staatsanwaltes lediglich um die in der Tat vorhandenen Meinungsverschiedenheiten in der Sozialdemokratie, betreffend die Tat, handeln können.“

Wir wollen hier nicht in eine weitläufige Erörterung des Falles eintreten, zur Bedeutung der bielen Streitfälle, die die „Leipziger Volks-Ztg.“ nun schon seit Jahren mit einer Reihe anderer Arbeiterorgane hat, sei aber doch das folgende festgestellt: Von und Leibnitz machen in dem Gefäß absoluter Unschuld hinausgeschütteter „Volks-Ztg.“-Artikel sind mit dem tatsächlichen Stande und den notwendigen Bedürfnissen der Arbeiterschaft gar nicht in Einklang zu bringen. Wer aber gegen solche Artikel polemisiert, wird von der „Volks-Ztg.“ stets als dummer oder auch schlechter Kritik dem Volks-Ztg. überantwortet. Nun hatte Neßhauer das Unrecht, gerade jolche Artikel mit seiner auch wieder zu weit gehenden Kritik zu treffen, die später von der Staatsanwaltschaft angeklagt wurden. Und darum nun „Arbeiterkritik“ und „Kronzeuge“. Wenn das Sitte-richtige ist, sollte man nicht, dann könnte ja jedes Blatt gerade seine Kampftatfel außer jeder Kritik stellen. Lebungs sind wir überzeugt, dass die Artikel Neßhauers weder die Staatsanwaltschaft bei der Erhebung der Anklage noch das Gericht überantwortet. Nun hatte Neßhauer das Unrecht, gerade jolche Artikel mit seiner auch wieder zu weit gehenden Kritik zu treffen, die später von der Staatsanwaltschaft angeklagt wurden. Und darum nun „Arbeiterkritik“ und „Kronzeuge“. Wenn das Sitte-richtige ist, sollte man nicht, dann könnte ja jedes Blatt gerade seine Kampftatfel außer jeder Kritik stellen. Lebungs sind wir überzeugt, dass die Artikel Neßhauers weder die Staatsanwaltschaft bei der Erhebung der Anklage noch das Gericht überantwortet.

Wir wollen hier nicht in eine weitläufige Erörterung des Falles eintreten, zur Bedeutung der bielen Streitfälle, die die „Leipziger Volks-Ztg.“ nun schon seit Jahren mit einer Reihe anderer Arbeiterorgane hat, sei aber doch das folgende festgestellt: Von und Leibnitz machen in dem Gefäß absoluter Unschuld hinausgeschütteter „Volks-Ztg.“-Artikel sind mit dem tatsächlichen Stande und den notwendigen Bedürfnissen der Arbeiterschaft gar nicht in Einklang zu bringen. Wer aber gegen solche Artikel polemisiert, wird von der „Volks-Ztg.“ stets als dummer oder auch schlechter Kritik dem Volks-Ztg. überantwortet. Nun hatte Neßhauer das Unrecht, gerade jolche Artikel mit seiner auch wieder zu weit gehenden Kritik zu treffen, die später von der Staatsanwaltschaft angeklagt wurden. Und darum nun „Arbeiterkritik“ und „Kronzeuge“. Wenn das Sitte-richtige ist, sollte man nicht, dann könnte ja jedes Blatt gerade seine Kampftatfel außer jeder Kritik stellen. Lebungs sind wir überzeugt, dass die Artikel Neßhauers weder die Staatsanwaltschaft bei der Erhebung der Anklage noch das Gericht überantwortet.

Wie ist es die Sitz der deutschen Arbeiterbewegung, eine Vertrauensperson, die sich einer ehlosen Handlung schuldig gemacht hatte, aus seiner Vertrauensstellung zu entfernen. Das „Correspondenzblatt“ der Generalkommission stellt sich zum ersten Male auf den Standpunkt der preußischen Staatsstrafe: vor einem Beamten einer ehrenlosen Handlung anklagt, beleidigt den Staat, der den Beamten angeklagt hat; der Angeklagte bleibt nun erst recht an seinem Platze, aber der Ankläger wird als Freier an den heiligsten Interessen des Staates verdonnert. Es ist der Standpunkt einer verhöhrten Bürokratie.“

Was der „Leipziger Volks-Ztg.“ hier dem „Correspondenzblatt“ der Generalkommission unterscheidet, ist genau so unwohl, wie die Behauptung unbewiesen ist. Neßhauer habe sich einer ehlosen Handlung schuldig gemacht. Und diese Behauptung wird um nichts wahrer dadurch, dass der „Vorwärts“ der Leipziger Kollegin beifragt und von den Gewerkschaften als

Vereinigung zu der heutigen „Freien Vereinigung der Fleischneger Deutschlands“. Angesichts der guten Konjunktur im Fleischnegergewerbe waren sich alle Leder darin einig, daß nach Ablauf dieser Verträge bessere Bedingungen ausgehandelt werden müßten. Um die Erreichung annehmbare Vorteile zu sichern, setzte sich die Sektion bereits recht frühzeitig mit der „Freien Vereinigung“ in Verbindung. Es handelte sich darum, den beobachtenden Vertrag zu kündigen, da er sonst noch ein weiteres Jahr galt, also bis zum 1. Februar 1906. Diese Kündigung mußte bis zum 7. Dezember 1904 geschehen sein. Der Sektion war es besonders darum zu tun, ein einheitliches Vorgehen der beiden Organisationen anzubahnen. Der Obmann der Sektion, der nun verhört wurde, Kollege Fr. Maade, schrieb darum bereits am 27. Oktober an den ersten Vorsitzenden der „Freien Vereinigung“, W. Schulz, und erfuhr ihn, zuzukommen, daß eine gemeinsame Sitzung der beiden seitigen Lohnkommissionen zur Tariffrage Sitzung nehm. Eine Antwort blieb jedoch aus. Am 18. November schrieb Maade abermals an Schulz; jetzt antwortete Schulz, daß sie erst am 18. November Vorstandssitzung hätten, ehe könne er nichts Näheres mitteilen. Da nun keine Zeit mehr zu verlieren war, hielt die Sektion am 16. November eine Versammlung ab, die sich mit der Sitzungnahme zur Tariffrage beschäftigte. Hier wurde eine Kommission gewählt, die die zu stellenden Verhandlungsvorschläge ausarbeiten sollte. Mit diesen Vorschlägen gedachte man dann in die gemeinschaftliche Sitzung zu gehen, dort darüber zu beraten und dann die dort gesuchten Beschlüsse den Unternehmern zu unterbreiten.

Dies war einmal nach Lage der Sache das einzige richtige, was sich in dem gegebenen Moment tun ließ, andererseits war diese Absicht der Sektion auch der anderen Organisation gegenüber völlig erklärlich. Sie war kein Ultimatum, sie ließ im Gegen- teil immer noch hoffen, daß eine Verständigung mit der anderen Organisation erreicht würde. Am gleichen Tage, am 18. November, batte nun die Vorstandssitzung des Fächervereins (heute „Freie Vereinigung“) stattgefunden. Diese Leute wußten, daß die Sektion auf ihrem Besuch wartete, daß die Sektion eine einheitliche Stellung herbeizuführen wolle, aber trotzdem ist die Sektion von den Beschlüssen der Vorstandssitzung des Fächervereins nicht in Kenntnis gesetzt worden! Statt das zu tun, hielt der Fächerverein am 24. November eine Mitgliederversammlung ab, die beschloß, den Tarif bis zum 1. September 1905 zu verlängern, wodurchen zu kündigen! So wurde der Sektionsleiter mitgeteilt, hierauf sandte diese einen eingeholtenen Brief an den Vorstand des Fächervereins. Unter Bezugnahme auf die Dringlichkeit der Sache und die Notwendigkeit einer Verständigung wurde nochmals eine gemeinsame Sitzung verlangt. Das geschah am 2. Dezember. Es wäre also noch möglich gewesen, in leichter Stunde ein Vereinkommen zu treffen, denn es standen noch fünf Tage zur Verfügung. Aber eine Antwort erfolgte auf diesen Brief nicht. Statt dessen erhielt die Sektionsleitung vom Fächervereinsvorstand die Einladung zu der Sitzung mit den Arbeitgebern, die am 8. Dezember stattfinden sollte. Sofort nach Ablauf dieser Einladung begab sich der Kollege Maade mit dem Zweigvereinsvorstehenden Eböns zu dem Abwender der Einladung, dem Lohnkommissionsträger Wegener vom Fächerverein und stellten diesen wegen des mehr als sonderbaren Vorgehens zur Stelle. Wegener reagierte jedoch garnicht darauf. Nun wurde die auf den 8. Dezember anberaumte Sitzung um vier Tage verschoben, aber trotzdem bemühten die Fächervereinsleute neue Gelegenheit nicht, das Verhältnis nadzubauen.

Der Verlauf der dann folgenden Verhandlung, die durch die hinterlistige Taktik der Fächervereinsleute stattfand, hängt daran, daß die Arbeitgebervertreter vorher über den einzunehmenden Standpunkt verständigt hatten, war denn auch so, wie er danach nicht anders sein konnte. Der obengenannte Fächervereinsleiter Wegener gab die Erklärung ab, daß der Vertrag entweder bis zum 1. September zu verlängern sei, oder gekündigt würde. An die Sektionsvertreter richteten die Unternehmern die Frage, ob sie den Vertrag gekündigt hätten; selbstverständlich mußten diese die Frage bejahen, denn die Kündigung war ja nicht möglich gewesen, da die Fächervereinsleute zu keiner Auseinandersetzung bewogen gewesen waren. Da der Vertrag damals von beiden Organisationen gemeinsam mit den Unternehmern abgeschlossen worden war, so machten die Unternehmern geltend, daß er auch nur gemeinsam von beiden Organisationen gekündigt werden könne. Wir wollen nicht prüfen, ob diese Absicht der Unternehmern rechtmäßig begründet war. Doch sieht, im letzten Augenblick, verlängerten die Sektionsvertreter, zu retten, was es noch zu retten gab, und beantragten eine Pause um mit den Fächervereinlern zu beraten. Mit Mühe gelang es, sie zu einer Aussprache in ein Nebenzimmer zu bekommen; aber hier erklärten sie, daß an ihrem Entschluß gar nichts zu ändern sei. Bisher hatte der Wegener, der sich mit dem pomposen Titel eines „Vertrauensmannes für die Fleischneger von ganz Deutschland“ schmückte, abgelehnt, von dem Einschreibebrief, der an Schulz gerichtet war, etwas zu wissen, während Schulz den Sektionsvertretern gegenüber erklärt hatte, er habe Wegener von dem Brief in Kenntnis gebracht. Auch hier verachtete er nochmals sich herauszulösen. Er wurde aber von seinem eigenen Organisationskollegen Wegener gestrafft! Nach dieser Schläge hatte die weitere Verhandlung mit den Unternehmern keinen Zweck mehr. Das Resultat war das: Die Sektion hatte ihren Tarif nicht gekündigt, der Fächerverein hatte es jedoch gelan, die Erfolge, die ein einmütiges Vorgehen hätte bringen müssen, waren nun bis auf weiteres verfehlt, durch die Schuld der Sektionsleiter, die mit Absicht jede Verständigung vor sich gewiehen hatten.

Das ist für uns der zufriedene Pol in der Erziehung, die ehrliech gemeinten Versuche der Sektion, alle organisierten Fleischneger zu einem einheitlichen Handeln zusammenzuführen, sind von den Sektionsleitern durchkreuzt, um die Sektion aus dem Gewebe auszuschneiden.

Was nun folgte, ist zwar weniger wichtig; aber um einzelne Blätter „bringschen“ Anarchosolitären hinzuhalten, sei es wenigstens kurz gestreift. Nach dieser Affäre erfolgte die Fusion der beiden geistessverwandten Organisationen: der lokalistische Fächerverein der Moskaufleischneger verband sich mit der von den Unternehmern als „Unternehmensschutzbund“ gegründeten „Freien Vereinigung der Fleischneger“; das Verhandlungspräsidium nahm nun den Namen an „Ostseverein Berlin der freien Vereinigung der Fleischneger Deutschlands“. Dies betrafte ihren Vertrag als vom 1. Februar 1905 gelöst und ging nun alsbald daran, einen neuen Vertrag abzuschließen. Sie stellte folgende Forderungen auf: vom 1. September 1905

bis 1. September 1906 8½ Sib. und 80 Pf. Lohn, vom 1. September 1906 bis dahin 1907 8 Sib. und 80 Pf. Lohn. Bisher wurden bei neunstündiger Arbeitszeit 80 Pf. Stundenlohn gezahlt. Der nun zwischen der „Freien Vereinigung“ und den Unternehmern abgeschlossene neue Vertrag aber bestimmte folgende Lohnsätze:

Beim Eintritt in die Branche nach freier Vereinbarung, jedoch nicht unter dem jeweiligen Maurerlohn. Dagegen im zweiten Halbjahr 77 Pf., im zweiten Jahr 80 Pf., im dritten Jahr 82 Pf. pro Stunde.

Der alte Vertrag bestimmte, daß der Lohn um 5 Uhr in Händen des Arbeiters sein müsse.

Der neue Vertrag begnügt sich damit, wenn das bis um 5 Uhr der Fall ist.

Der alte Vertrag rechnete die Zeit, die mit dem Transport des Handwerksguts von einer Baustelle zur anderen ausfüllte, zur Arbeitszeit.

Der alte Vertrag will, wenn der Transport bei Wechsel der Tagesrichtung vor sich geht, nur eine halbe Stunde als Arbeitszeit anrechnen.

Der praktische Effekt des schiefen Vorgehens der Anarchosolitären ist also:

1. Eine Lohnreduzierung für eine Anzahl Leder;
2. Einführung einer Lebzeit, die bisher nicht üblich gewesen war;
3. Verzögerung der Lohnzahlung an den Zahltagen, gleich Verlängerung der Arbeitszeit;
4. Eine Schädigung der Arbeiter beim Wechsel der Arbeitsstelle.

Dieses Vorgehen sind nicht wegzupüllen, und wenn alle Abwälzer aus der Kluft der „Einigkeit“ darüber fluteten, wie böse Jungen behaupten, unterzeichnete die „Freie Vereinigung“ den glorreichen Vertrag so, wie ihn die Unternehmer dictierten. Als Gegenleistung verabschiedete die Unternehmer, künftig nur die „Freie Vereinigung“ als maßgebende Fleischnegerorganisation anzuvertrauen. Zu diesem Zweck, der als logische Folge hatte, die Mitglieder der Sektion nach Möglichkeit von der Arbeit auszuschließen, wurde jeder Firma ein Mitgliedsverzeichnis der „Freien Vereinigung“ übermittelt. Es handelte sich, die Freie Vereinigung der Fleischneger Deutschlands, die edle Perle im Kranz der Friedeburgianer!

Es in den Lefzen des „Grundstein“ bekannt, welche Forderungen die Fleischneger der Sektion beim Ablauf des alten Vertrages, am 1. Februar 1906 den Unternehmern unterbreiteten. In der Hauptstadt waren es 82½ Stundenlohn, vom 1. Oktober 1906 an 85 Pf. Sodann sollte die von den Sektionen eingeholtenen Belege auf drei Monate reduziert werden. Der Vertrag der „Freien Vereinigung“ beträgt sie zwei Jahre! Bekannt ist auch, daß es unter Kollegen nicht gelang, die Forderungen überall durchzusetzen; darum nicht gelang, weil die Männer der Freien Vereinigung den Unternehmern in heller Funken zur Hälfte eiteln. Den Vorwurf des Streitbrücks wollen sie, wie schon gesagt, nicht gelten lassen, er bleibt aber an ihnen liegen, solange sie da sind. Es ist erwiesen, daß sie sich bemüht haben, fremde Arbeitkräfte durchzusetzen; darum nicht gelang, weil die Männer der Freien Vereinigung den Unternehmern in heller Funken zur Hälfte eiteln. Den Vorwurf des Streitbrücks wollen sie, wie schon gesagt, nicht gelten lassen, er bleibt aber an ihnen liegen, solange sie da sind. Es ist erwiesen, daß sie sich bemüht haben, fremde Arbeitkräfte durchzusetzen; darum nicht gelang, weil die Männer der Freien Vereinigung den Unternehmern in heller Funken zur Hälfte eiteln. Den Vorwurf des Streitbrücks wollen sie, wie schon gesagt, nicht gelten lassen, er bleibt aber an ihnen liegen, solange sie da sind. Es ist erwiesen, daß sie sich bemüht haben, fremde Arbeitkräfte durchzusetzen; darum nicht gelang, weil die Männer der Freien Vereinigung den Unternehmern in heller Funken zur Hälfte eiteln. Den Vorwurf des Streitbrücks wollen sie, wie schon gesagt, nicht gelten lassen, er bleibt aber an ihnen liegen, solange sie da sind. Es ist erwiesen, daß sie sich bemüht haben, fremde Arbeitkräfte durchzusetzen; darum nicht gelang, weil die Männer der Freien Vereinigung den Unternehmern in heller Funken zur Hälfte eiteln. Den Vorwurf des Streitbrücks wollen sie, wie schon gesagt, nicht gelten lassen, er bleibt aber an ihnen liegen, solange sie da sind. Es ist erwiesen, daß sie sich bemüht haben, fremde Arbeitkräfte durchzusetzen; darum nicht gelang, weil die Männer der Freien Vereinigung den Unternehmern in heller Funken zur Hälfte eiteln. Den Vorwurf des Streitbrücks wollen sie, wie schon gesagt, nicht gelten lassen, er bleibt aber an ihnen liegen, solange sie da sind. Es ist erwiesen, daß sie sich bemüht haben, fremde Arbeitkräfte durchzusetzen; darum nicht gelang, weil die Männer der Freien Vereinigung den Unternehmern in heller Funken zur Hälfte eiteln. Den Vorwurf des Streitbrücks wollen sie, wie schon gesagt, nicht gelten lassen, er bleibt aber an ihnen liegen, solange sie da sind. Es ist erwiesen, daß sie sich bemüht haben, fremde Arbeitkräfte durchzusetzen; darum nicht gelang, weil die Männer der Freien Vereinigung den Unternehmern in heller Funken zur Hälfte eiteln. Den Vorwurf des Streitbrücks wollen sie, wie schon gesagt, nicht gelten lassen, er bleibt aber an ihnen liegen, solange sie da sind. Es ist erwiesen, daß sie sich bemüht haben, fremde Arbeitkräfte durchzusetzen; darum nicht gelang, weil die Männer der Freien Vereinigung den Unternehmern in heller Funken zur Hälfte eiteln. Den Vorwurf des Streitbrücks wollen sie, wie schon gesagt, nicht gelten lassen, er bleibt aber an ihnen liegen, solange sie da sind. Es ist erwiesen, daß sie sich bemüht haben, fremde Arbeitkräfte durchzusetzen; darum nicht gelang, weil die Männer der Freien Vereinigung den Unternehmern in heller Funken zur Hälfte eiteln. Den Vorwurf des Streitbrücks wollen sie, wie schon gesagt, nicht gelten lassen, er bleibt aber an ihnen liegen, solange sie da sind. Es ist erwiesen, daß sie sich bemüht haben, fremde Arbeitkräfte durchzusetzen; darum nicht gelang, weil die Männer der Freien Vereinigung den Unternehmern in heller Funken zur Hälfte eiteln. Den Vorwurf des Streitbrücks wollen sie, wie schon gesagt, nicht gelten lassen, er bleibt aber an ihnen liegen, solange sie da sind. Es ist erwiesen, daß sie sich bemüht haben, fremde Arbeitkräfte durchzusetzen; darum nicht gelang, weil die Männer der Freien Vereinigung den Unternehmern in heller Funken zur Hälfte eiteln. Den Vorwurf des Streitbrücks wollen sie, wie schon gesagt, nicht gelten lassen, er bleibt aber an ihnen liegen, solange sie da sind. Es ist erwiesen, daß sie sich bemüht haben, fremde Arbeitkräfte durchzusetzen; darum nicht gelang, weil die Männer der Freien Vereinigung den Unternehmern in heller Funken zur Hälfte eiteln. Den Vorwurf des Streitbrücks wollen sie, wie schon gesagt, nicht gelten lassen, er bleibt aber an ihnen liegen, solange sie da sind. Es ist erwiesen, daß sie sich bemüht haben, fremde Arbeitkräfte durchzusetzen; darum nicht gelang, weil die Männer der Freien Vereinigung den Unternehmern in heller Funken zur Hälfte eiteln. Den Vorwurf des Streitbrücks wollen sie, wie schon gesagt, nicht gelten lassen, er bleibt aber an ihnen liegen, solange sie da sind. Es ist erwiesen, daß sie sich bemüht haben, fremde Arbeitkräfte durchzusetzen; darum nicht gelang, weil die Männer der Freien Vereinigung den Unternehmern in heller Funken zur Hälfte eiteln. Den Vorwurf des Streitbrücks wollen sie, wie schon gesagt, nicht gelten lassen, er bleibt aber an ihnen liegen, solange sie da sind. Es ist erwiesen, daß sie sich bemüht haben, fremde Arbeitkräfte durchzusetzen; darum nicht gelang, weil die Männer der Freien Vereinigung den Unternehmern in heller Funken zur Hälfte eiteln. Den Vorwurf des Streitbrücks wollen sie, wie schon gesagt, nicht gelten lassen, er bleibt aber an ihnen liegen, solange sie da sind. Es ist erwiesen, daß sie sich bemüht haben, fremde Arbeitkräfte durchzusetzen; darum nicht gelang, weil die Männer der Freien Vereinigung den Unternehmern in heller Funken zur Hälfte eiteln. Den Vorwurf des Streitbrücks wollen sie, wie schon gesagt, nicht gelten lassen, er bleibt aber an ihnen liegen, solange sie da sind. Es ist erwiesen, daß sie sich bemüht haben, fremde Arbeitkräfte durchzusetzen; darum nicht gelang, weil die Männer der Freien Vereinigung den Unternehmern in heller Funken zur Hälfte eiteln. Den Vorwurf des Streitbrücks wollen sie, wie schon gesagt, nicht gelten lassen, er bleibt aber an ihnen liegen, solange sie da sind. Es ist erwiesen, daß sie sich bemüht haben, fremde Arbeitkräfte durchzusetzen; darum nicht gelang, weil die Männer der Freien Vereinigung den Unternehmern in heller Funken zur Hälfte eiteln. Den Vorwurf des Streitbrücks wollen sie, wie schon gesagt, nicht gelten lassen, er bleibt aber an ihnen liegen, solange sie da sind. Es ist erwiesen, daß sie sich bemüht haben, fremde Arbeitkräfte durchzusetzen; darum nicht gelang, weil die Männer der Freien Vereinigung den Unternehmern in heller Funken zur Hälfte eiteln. Den Vorwurf des Streitbrücks wollen sie, wie schon gesagt, nicht gelten lassen, er bleibt aber an ihnen liegen, solange sie da sind. Es ist erwiesen, daß sie sich bemüht haben, fremde Arbeitkräfte durchzusetzen; darum nicht gelang, weil die Männer der Freien Vereinigung den Unternehmern in heller Funken zur Hälfte eiteln. Den Vorwurf des Streitbrücks wollen sie, wie schon gesagt, nicht gelten lassen, er bleibt aber an ihnen liegen, solange sie da sind. Es ist erwiesen, daß sie sich bemüht haben, fremde Arbeitkräfte durchzusetzen; darum nicht gelang, weil die Männer der Freien Vereinigung den Unternehmern in heller Funken zur Hälfte eiteln. Den Vorwurf des Streitbrücks wollen sie, wie schon gesagt, nicht gelten lassen, er bleibt aber an ihnen liegen, solange sie da sind. Es ist erwiesen, daß sie sich bemüht haben, fremde Arbeitkräfte durchzusetzen; darum nicht gelang, weil die Männer der Freien Vereinigung den Unternehmern in heller Funken zur Hälfte eiteln. Den Vorwurf des Streitbrücks wollen sie, wie schon gesagt, nicht gelten lassen, er bleibt aber an ihnen liegen, solange sie da sind. Es ist erwiesen, daß sie sich bemüht haben, fremde Arbeitkräfte durchzusetzen; darum nicht gelang, weil die Männer der Freien Vereinigung den Unternehmern in heller Funken zur Hälfte eiteln. Den Vorwurf des Streitbrücks wollen sie, wie schon gesagt, nicht gelten lassen, er bleibt aber an ihnen liegen, solange sie da sind. Es ist erwiesen, daß sie sich bemüht haben, fremde Arbeitkräfte durchzusetzen; darum nicht gelang, weil die Männer der Freien Vereinigung den Unternehmern in heller Funken zur Hälfte eiteln. Den Vorwurf des Streitbrücks wollen sie, wie schon gesagt, nicht gelten lassen, er bleibt aber an ihnen liegen, solange sie da sind. Es ist erwiesen, daß sie sich bemüht haben, fremde Arbeitkräfte durchzusetzen; darum nicht gelang, weil die Männer der Freien Vereinigung den Unternehmern in heller Funken zur Hälfte eiteln. Den Vorwurf des Streitbrücks wollen sie, wie schon gesagt, nicht gelten lassen, er bleibt aber an ihnen liegen, solange sie da sind. Es ist erwiesen, daß sie sich bemüht haben, fremde Arbeitkräfte durchzusetzen; darum nicht gelang, weil die Männer der Freien Vereinigung den Unternehmern in heller Funken zur Hälfte eiteln. Den Vorwurf des Streitbrücks wollen sie, wie schon gesagt, nicht gelten lassen, er bleibt aber an ihnen liegen, solange sie da sind. Es ist erwiesen, daß sie sich bemüht haben, fremde Arbeitkräfte durchzusetzen; darum nicht gelang, weil die Männer der Freien Vereinigung den Unternehmern in heller Funken zur Hälfte eiteln. Den Vorwurf des Streitbrücks wollen sie, wie schon gesagt, nicht gelten lassen, er bleibt aber an ihnen liegen, solange sie da sind. Es ist erwiesen, daß sie sich bemüht haben, fremde Arbeitkräfte durchzusetzen; darum nicht gelang, weil die Männer der Freien Vereinigung den Unternehmern in heller Funken zur Hälfte eiteln. Den Vorwurf des Streitbrücks wollen sie, wie schon gesagt, nicht gelten lassen, er bleibt aber an ihnen liegen, solange sie da sind. Es ist erwiesen, daß sie sich bemüht haben, fremde Arbeitkräfte durchzusetzen; darum nicht gelang, weil die Männer der Freien Vereinigung den Unternehmern in heller Funken zur Hälfte eiteln. Den Vorwurf des Streitbrücks wollen sie, wie schon gesagt, nicht gelten lassen, er bleibt aber an ihnen liegen, solange sie da sind. Es ist erwiesen, daß sie sich bemüht haben, fremde Arbeitkräfte durchzusetzen; darum nicht gelang, weil die Männer der Freien Vereinigung den Unternehmern in heller Funken zur Hälfte eiteln. Den Vorwurf des Streitbrücks wollen sie, wie schon gesagt, nicht gelten lassen, er bleibt aber an ihnen liegen, solange sie da sind. Es ist erwiesen, daß sie sich bemüht haben, fremde Arbeitkräfte durchzusetzen; darum nicht gelang, weil die Männer der Freien Vereinigung den Unternehmern in heller Funken zur Hälfte eiteln. Den Vorwurf des Streitbrücks wollen sie, wie schon gesagt, nicht gelten lassen, er bleibt aber an ihnen liegen, solange sie da sind. Es ist erwiesen, daß sie sich bemüht haben, fremde Arbeitkräfte durchzusetzen; darum nicht gelang, weil die Männer der Freien Vereinigung den Unternehmern in heller Funken zur Hälfte eiteln. Den Vorwurf des Streitbrücks wollen sie, wie schon gesagt, nicht gelten lassen, er bleibt aber an ihnen liegen, solange sie da sind. Es ist erwiesen, daß sie sich bemüht haben, fremde Arbeitkräfte durchzusetzen; darum nicht gelang, weil die Männer der Freien Vereinigung den Unternehmern in heller Funken zur Hälfte eiteln. Den Vorwurf des Streitbrücks wollen sie, wie schon gesagt, nicht gelten lassen, er bleibt aber an ihnen liegen, solange sie da sind. Es ist erwiesen, daß sie sich bemüht haben, fremde Arbeitkräfte durchzusetzen; darum nicht gelang, weil die Männer der Freien Vereinigung den Unternehmern in heller Funken zur Hälfte eiteln. Den Vorwurf des Streitbrücks wollen sie, wie schon gesagt, nicht gelten lassen, er bleibt aber an ihnen liegen, solange sie da sind. Es ist erwiesen, daß sie sich bemüht haben, fremde Arbeitkräfte durchzusetzen; darum nicht gelang, weil die Männer der Freien Vereinigung den Unternehmern in heller Funken zur Hälfte eiteln. Den Vorwurf des Streitbrücks wollen sie, wie schon gesagt, nicht gelten lassen, er bleibt aber an ihnen liegen, solange sie da sind. Es ist erwiesen, daß sie sich bemüht haben, fremde Arbeitkräfte durchzusetzen; darum nicht gelang, weil die Männer der Freien Vereinigung den Unternehmern in heller Funken zur Hälfte eiteln. Den Vorwurf des Streitbrücks wollen sie, wie schon gesagt, nicht gelten lassen, er bleibt aber an ihnen liegen, solange sie da sind. Es ist erwiesen, daß sie sich bemüht haben, fremde Arbeitkräfte durchzusetzen; darum nicht gelang, weil die Männer der Freien Vereinigung den Unternehmern in heller Funken zur Hälfte eiteln. Den Vorwurf des Streitbrücks wollen sie, wie schon gesagt, nicht gelten lassen, er bleibt aber an ihnen liegen, solange sie da sind. Es ist erwiesen, daß sie sich bemüht haben, fremde Arbeitkräfte durchzusetzen; darum nicht gelang, weil die Männer der Freien Vereinigung den Unternehmern in heller Funken zur Hälfte eiteln. Den Vorwurf des Streitbrücks wollen sie, wie schon gesagt, nicht gelten lassen, er bleibt aber an ihnen liegen, solange sie da sind. Es ist erwiesen, daß sie sich bemüht haben, fremde Arbeitkräfte durchzusetzen; darum nicht gelang, weil die Männer der Freien Vereinigung den Unternehmern in heller Funken zur Hälfte eiteln. Den Vorwurf des Streitbrücks wollen sie, wie schon gesagt, nicht gelten lassen, er bleibt aber an ihnen liegen, solange sie da sind. Es ist erwiesen, daß sie sich bemüht haben, fremde Arbeitkräfte durchzusetzen; darum nicht gelang, weil die Männer der Freien Vereinigung den Unternehmern in heller Funken zur Hälfte eiteln. Den Vorwurf des Streitbrücks wollen sie, wie schon gesagt, nicht gelten lassen, er bleibt aber an ihnen liegen, solange sie da sind. Es ist erwiesen, daß sie sich bemüht haben, fremde Arbeitkräfte durchzusetzen; darum nicht gelang, weil die Männer der Freien Vereinigung den Unternehmern in heller Funken zur Hälfte eiteln. Den Vorwurf des Streitbrücks wollen sie, wie schon gesagt, nicht gelten lassen, er bleibt aber an ihnen liegen, solange sie da sind. Es ist erwiesen, daß sie sich bemüht haben, fremde Arbeitkräfte durchzusetzen; darum nicht gelang, weil die Männer der Freien Vereinigung den Unternehmern in heller Funken zur Hälfte eiteln. Den Vorwurf des Streitbrücks wollen sie, wie schon gesagt, nicht gelten lassen, er bleibt aber an ihnen liegen, solange sie da sind. Es ist erwiesen, daß sie sich bemüht haben, fremde Arbeitkräfte durchzusetzen; darum nicht gelang, weil die Männer der Freien Vereinigung den Unternehmern in heller Funken zur Hälfte eiteln. Den Vorwurf des Streitbrücks wollen sie, wie schon gesagt, nicht gelten lassen, er bleibt aber an ihnen liegen, solange sie da sind. Es ist erwiesen, daß sie sich bemüht haben, fremde Arbeitkräfte durchzusetzen; darum nicht gelang, weil die Männer der Freien Vereinigung den Unternehmern in heller Funken zur Hälfte eiteln. Den Vorwurf des Streitbrücks wollen sie, wie schon gesagt, nicht gelten lassen, er bleibt aber an ihnen liegen, solange sie da sind. Es ist erwiesen, daß sie sich bemüht haben, fremde Arbeitkräfte durchzusetzen; darum nicht gelang, weil die Männer der Freien Vereinigung den Unternehmern in heller Funken zur Hälfte eiteln. Den Vorwurf des Streitbrücks wollen sie, wie schon gesagt, nicht gelten lassen, er bleibt aber an ihnen liegen, solange sie da sind. Es ist erwiesen, daß sie sich bemüht haben, fremde Arbeitkräfte durchzusetzen; darum nicht gelang, weil die Männer der Freien Vereinigung den Unternehmern in heller Funken zur Hälfte eiteln. Den Vorwurf des Streitbrücks wollen sie, wie schon gesagt, nicht gelten lassen, er bleibt aber an ihnen liegen, solange sie da sind. Es ist erwiesen, daß sie sich bemüht haben, fremde Arbeitkräfte durchzusetzen; darum nicht gelang, weil die Männer der Freien Vereinigung den Unternehmern in heller Funken zur Hälfte eiteln. Den Vorwurf des Streitbrücks wollen sie, wie schon gesagt, nicht gelten lassen, er bleibt aber an ihnen liegen, solange sie da sind. Es ist erwiesen, daß sie sich bemüht haben, fremde Arbeitkräfte durchzusetzen; darum nicht gelang, weil die Männer der Freien Vereinigung den Unternehmern in heller Funken zur Hälfte eiteln. Den Vorwurf des Streitbrücks wollen sie, wie schon gesagt, nicht gelten lassen, er bleibt aber an ihnen liegen, solange sie da sind. Es ist erwiesen, daß sie sich bemüht haben, fremde Arbeitkräfte durchzusetzen; darum nicht gelang, weil die Männer der Freien Vereinigung den Unternehmern in heller Funken zur Hälfte eiteln. Den Vorwurf des Streitbrücks wollen sie, wie schon gesagt, nicht gelten lassen, er bleibt aber an ihnen liegen, solange sie da sind. Es ist erwiesen, daß sie sich bemüht haben, fremde Arbeitkräfte durchzusetzen; darum nicht gelang, weil die Männer der Freien Vereinigung den Unternehmern in heller Funken zur Hälfte eiteln. Den Vorwurf des Streitbrücks wollen sie, wie schon gesagt, nicht gelten lassen, er bleibt aber an ihnen liegen, solange sie da sind. Es ist erwiesen, daß sie sich bemüht haben, fremde Arbeitkräfte durchzusetzen; darum nicht gelang, weil die Männer der Freien Vereinigung den Unternehmern in heller Funken zur Hälfte eiteln. Den Vorwurf des Streitbrücks wollen sie, wie schon gesagt, nicht gelten lassen, er bleibt aber an ihnen liegen, solange sie da sind. Es ist erwiesen, daß sie sich bemüht haben, fremde Arbeitkräfte durchzusetzen; darum nicht gelang, weil die Männer der Freien Vereinigung den Unternehmern in heller Funken zur Hälfte eiteln. Den Vorwurf des Streitbrücks wollen sie, wie schon gesagt, nicht gelten lassen, er bleibt aber an ihnen liegen, solange sie da sind. Es ist erwiesen, daß sie sich bemüht haben, fremde Arbeitkräfte durchzusetzen; darum nicht gelang, weil die Männer der Freien Vereinigung den Unternehmern in heller Funken zur Hälfte eiteln. Den Vorwurf des Streitbrücks wollen sie, wie schon gesagt, nicht gelten lassen, er bleibt aber an ihnen liegen, solange sie da sind. Es ist erwiesen, daß sie sich bemüht haben, fremde Arbeitkräfte durchzusetzen; darum nicht gelang, weil die Männer der Freien Vereinigung den Unternehmern in heller Funken zur Hälfte eiteln. Den Vorwurf des Streitbrücks wollen sie, wie schon gesagt, nicht gelten lassen, er bleibt aber an ihnen liegen, solange sie da sind. Es ist erwiesen, daß sie sich bemüht haben, fremde Arbeitkräfte durchzusetzen; darum nicht gelang, weil die Männer der Freien Vereinigung den Unternehmern in heller Funken zur Hälfte eiteln. Den Vorwurf des Streitbrücks wollen sie, wie schon gesagt, nicht gelten lassen, er bleibt aber an ihnen liegen, solange sie da sind. Es ist erwiesen, daß sie sich bemüht haben, fremde Arbeitkräfte durchzusetzen; darum nicht gelang, weil die Männer der Freien Vereinigung den Unternehmern in heller Funken zur Hälfte eiteln. Den Vorwurf des Streitbrücks wollen sie, wie schon gesagt, nicht gelten lassen, er bleibt aber an ihnen liegen, solange sie da sind. Es ist erwiesen, daß sie sich bemüht haben, fremde Arbeitkräfte durchzusetzen; darum nicht gelang, weil die Männer der Freien Vereinigung den Unternehmern in heller Funken zur Hälfte eiteln. Den Vorwurf des Streitbrücks wollen sie, wie schon gesagt, nicht gelten lassen, er bleibt aber an ihnen liegen, solange sie da sind. Es ist erwiesen, daß sie sich bemüht haben, fremde Arbeitkräfte durchzusetzen; darum nicht gelang, weil die Männer der Freien Vereinigung den Unternehmern in heller Funken zur Hälfte eiteln. Den Vorwurf des Streitbrücks wollen sie, wie schon gesagt, nicht gelten lassen, er bleibt aber an ihnen liegen, solange sie da sind. Es ist erwiesen, daß sie sich bemüht haben, fremde Arbeitkräfte durchzusetzen; darum nicht gelang, weil die Männer der Freien Vereinigung den Unternehmern in heller Funken zur Hälfte eiteln. Den Vorwurf des Streitbrücks wollen sie, wie schon gesagt, nicht gelten lassen, er bleibt aber an ihnen liegen, solange sie da sind. Es ist erwiesen, daß sie sich bemüht haben, fremde Arbeitkräfte durchzusetzen; darum nicht gelang, weil die Männer der Freien Vereinigung den Unternehmern in heller Funken zur Hälfte eiteln. Den Vorwurf des Streitbrücks wollen sie, wie schon gesagt, nicht gelten lassen, er bleibt aber an ihnen liegen, solange sie da sind. Es ist erwiesen, daß sie sich bemüht haben, fremde Arbeitkräfte durchzusetzen; darum nicht gelang, weil die Männer der Freien Vereinigung den Unternehmern in heller Funken zur Hälfte eiteln. Den Vorwurf des Streitbrücks wollen sie, wie schon gesagt, nicht gelten lassen, er bleibt aber an ihnen liegen, solange sie da sind. Es ist erwiesen, daß sie sich bemüht haben, fremde Arbeitkräfte durchzusetzen; darum nicht gelang, weil die Männer der Freien Vereinigung den Unternehmern in heller Funken zur Hälfte eiteln. Den Vorwurf des Streitbrücks wollen sie, wie schon gesagt, nicht gelten lassen, er bleibt aber an ihnen liegen, solange sie da sind. Es ist erwiesen, daß sie sich bemüht haben, fremde Arbeitkräfte durchzusetzen; darum nicht gelang, weil die Männer der Freien Vereinigung den Unternehmern in heller Funken zur Hälfte eiteln. Den Vorwurf des Streitbrücks wollen sie, wie schon gesagt, nicht gelten lassen, er bleibt aber an ihnen liegen, solange sie da sind. Es ist erwiesen, daß sie sich bemüht haben, fremde Arbeitkräfte durchzusetzen; darum nicht gelang, weil die Männer der Freien Vereinigung den Unternehmern in heller Funken zur Hälfte eiteln. Den Vorwurf des Streitbrücks wollen sie, wie schon gesagt, nicht gelten lassen, er bleibt aber an ihnen liegen, solange sie da sind. Es ist erwiesen, daß sie sich bemüht haben, fremde Arbeitkräfte durchzusetzen; darum nicht gelang, weil die Männer der Freien Vereinigung den Unternehmern in heller Funken zur Hälfte eiteln. Den Vorwurf des Streitbrücks wollen sie, wie schon gesagt, nicht gelten lassen, er bleibt aber an ihnen liegen, solange sie da sind. Es ist erwiesen, daß sie sich bemüht haben, fremde Arbeitkräfte durchzusetzen; darum nicht gelang, weil die Männer der Freien Vereinigung den Unternehmern in heller Funken zur Hälfte eiteln. Den Vorwurf des Streitbrücks wollen sie, wie schon gesagt, nicht gelten lassen, er bleibt aber an ihnen liegen, solange sie da sind. Es ist erwiesen, daß sie sich bemüht haben, fremde Arbeitkräfte durchzusetzen; darum nicht gelang, weil die Männer der Freien Vereinigung den Unternehmern in heller Funken zur Hälfte eiteln. Den Vorwurf des Streitbrücks wollen sie, wie schon gesagt, nicht gelten lassen, er bleibt aber an ihnen liegen, solange sie da sind. Es ist erwiesen, daß sie sich bemüht haben, fremde Arbeitkräfte durchzusetzen; darum nicht gelang, weil die Männer der Freien Vereinigung den Unternehmern in heller Funken zur Hälfte eiteln. Den Vorwurf des Streitbrücks wollen sie, wie schon gesagt, nicht gelten lassen, er bleibt aber an ihnen liegen, solange sie da sind. Es ist erwiesen, daß sie sich bemüht haben, fremde Arbeitkräfte durchzusetzen; darum nicht gelang, weil die Männer der Freien Vereinigung den Unternehmern in heller Funken zur Hälfte eiteln. Den Vorwurf des Streitbrücks wollen sie, wie schon gesagt, nicht gelten lassen, er bleibt aber an ihnen liegen, solange sie da sind. Es ist erwiesen, daß sie sich bemüht haben, fremde Arbeitkräfte durchzusetzen; darum nicht gelang, weil die Männer der Freien Vereinigung den Unternehmern in heller Funken zur Hälfte eiteln. Den Vorwurf des Streitbrücks wollen sie, wie schon gesagt, nicht gelten lassen, er bleibt aber an ihnen liegen, solange sie da sind. Es ist erwiesen, daß sie sich bemüht haben, fremde Arbeitkräfte durchzusetzen; darum nicht gelang, weil die Männer der Freien Vereinigung den Unternehmern in heller Funken zur Hälfte eiteln. Den Vorwurf des Streitbrücks wollen sie, wie schon gesagt, nicht gelten lassen, er bleibt aber an ihnen liegen, solange sie da sind. Es ist erwiesen, daß sie sich bemüht haben, fremde Arbeitkräfte durchzusetzen; darum nicht gelang, weil die Männer der Freien Vereinigung den Unternehmern in heller Funken zur Hälfte eiteln. Den Vorwurf des Streitbrücks wollen sie, wie schon gesagt, nicht gelten lassen, er bleibt aber an ihnen liegen, solange sie da sind. Es ist erwiesen, daß sie sich bemüht haben, fremde Arbeitkräfte durchzusetzen; darum nicht gelang, weil die Männer der Freien Vereinigung den Unternehmern in heller Funken zur Hälfte eiteln. Den Vorwurf des Streitbrücks wollen sie, wie schon gesagt, nicht gelten lassen, er bleibt aber an ihnen liegen, solange sie da sind. Es ist erwiesen, daß sie sich bemüht haben, fremde Arbeitkräfte durchzusetzen; darum nicht gelang, weil die Männer der Freien Vereinigung den Unternehmern in heller Funken zur Hälfte eiteln. Den Vorwurf des Streitbrücks wollen sie, wie schon gesagt, nicht gelten lassen, er bleibt aber an ihnen liegen, solange sie da sind. Es ist erwiesen, daß sie sich bemüht haben, fremde Arbeitkräfte durchzusetzen; darum nicht gelang, weil die Männer der Freien Vereinigung den Unternehmern in heller Funken zur Hälfte eiteln. Den Vorwurf des Streitbrücks wollen sie, wie schon gesagt, nicht gelten lassen, er bleibt aber an ihnen liegen, solange sie da sind. Es ist erwiesen, daß sie sich bemüht haben, fremde Arbeitkräfte durchzusetzen; darum nicht gelang, weil die Männer der Freien Vereinigung den Unternehmern in heller Funken zur Hälfte eiteln. Den Vorwurf des Streitbrücks wollen sie, wie schon gesagt, nicht gelten lassen, er bleibt aber an ihnen liegen, solange sie da sind. Es ist erwiesen, daß sie sich bemüht haben, fremde Arbeitkräfte durchzusetzen; darum nicht gelang, weil die Männer der Freien Vereinigung den Unternehmern in heller Funken zur Hälfte eiteln. Den Vorwurf des Streitbrücks wollen sie, wie schon gesagt, nicht gelten lassen, er bleibt aber an ihnen liegen, solange sie da sind. Es ist erwiesen, daß sie sich bemüht haben, fremde Arbeitkräfte durchzusetzen; darum nicht gelang, weil die Männer der Freien Vereinigung den Unternehmern in heller Funken zur Hälfte eiteln. Den Vorwurf des Streitbrücks wollen sie, wie schon gesagt, nicht gelten lassen, er bleibt aber an ihnen liegen, solange sie da sind. Es ist erwiesen, daß sie sich bemüht haben, fremde Arbeitkräfte durchzusetzen; darum nicht gelang, weil die Männer der Freien Vereinigung den Unternehmern in heller Funken zur Hälfte eiteln. Den Vorwurf des Streitbrücks wollen sie, wie schon gesagt, nicht gelten lassen, er bleibt aber an ihnen liegen, solange sie da sind. Es ist erwiesen, daß sie sich bemüht haben, fremde Arbeitkräfte durchzusetzen; darum nicht gelang, weil die Männer der Freien Vereinigung den Unternehmern in heller Funken zur Hälfte eiteln. Den Vorwurf des Streitbrücks wollen sie, wie schon gesagt, nicht gelten lassen, er bleibt aber an ihnen liegen, solange sie da sind. Es ist erwiesen, daß sie sich bemüht haben, fremde Arbeitkräfte durchzusetzen; darum nicht gelang, weil die Männer der Freien Vereinigung den Unternehmern in heller Funken zur Hälfte eiteln. Den Vorwurf des Streitbrücks wollen sie, wie schon gesagt, nicht gelten lassen, er bleibt aber an ihnen liegen, solange sie da sind. Es ist erwiesen, daß sie sich bemüht haben, fremde Arbeitkräfte durchzusetzen; darum nicht gelang, weil die Männer der Freien Vereinigung den Unternehmern in heller Funken zur Hälfte eiteln. Den Vorwurf des Streitbrücks wollen sie, wie schon gesagt, nicht gelten lassen, er bleibt aber an ihnen liegen, solange sie da sind. Es ist erwiesen, daß sie sich bemüht haben, fremde Arbeitkräfte durchzusetzen; darum nicht gelang, weil die Männer der Freien Vereinigung den Unternehmern in heller Funken zur Hälfte eiteln. Den Vorwurf des Streitbrücks wollen sie, wie schon gesagt, nicht gelten lassen, er bleibt aber an ihnen liegen, solange sie da sind. Es ist erwiesen, daß sie sich bemüht haben, fremde Arbeitkräfte durchzusetzen; darum nicht gelang, weil die Männer der Freien Vereinigung den Unternehmern in heller Funken zur Hälfte eiteln. Den Vorwurf des Streitbrücks wollen sie, wie schon gesagt, nicht gelten lassen, er bleibt aber an ihnen liegen, solange sie da sind. Es ist erwiesen, daß sie sich bemüht haben, fremde Arbeitkräfte durchzusetzen; darum nicht gelang, weil die Männer der Freien Vereinigung den Unternehmern in heller Funken zur Hälfte eiteln. Den Vorwurf des Streitbrücks wollen sie, wie schon gesagt, nicht gelten lassen, er bleibt aber an ihnen liegen, solange sie da sind.

Die Christlichen für Maurer	M. 4584,64
Bauhüllsarbeiter	40,70
Bimmerer	"
Zusammen	M. 4575,84
Die Gesamtausgaben der Zweigvereine resp. Bahnhöfen für die Ausperrung betragen:	
Für den Centralverband der Maurer	M. 148957,91
Bauhüllsarbeiter	27951,32
Bimmerer	22300,27
Zusammen	M. 194239,50
Für den christlichen Verband insgesamt	M. 109025,90
Also ein Mehr für die freien Verbände von	M. 88138,60

Bemerk sei allerdings, dass uns die Abrechnungen einiger kleinerer Zahlstellen des christlichen Verbandes fehlen, so dass sich ihre Gesamtausgaben vielleicht noch um ein paar Tausend Mark erhöhen, aber immerhin muss man die Leistung dieser Leute bewundern, dass sie noch heute damit hausieren gehen, sie seien stärker an der Ausperrung beteiligt gewesen wie die freien Verbände, und ihnen sei hauptsächlich der Erfolg zu verdanken. Das Mehr der Streitunterstützung von M. 63 307,82, das die freien Verbände ausgegeben haben, beweist doch, dass die freien Verbände sind, die die Leute, die zur Durchführung des Kampfes nötig waren, am Orte bekehren haben, denn die Streitunterstützung war in beiden Organisationen gleich hoch.

Ebenso kommt es bei Lohnkämpfen doch hauptsächlich auf die Fernhaltung des Zuganges und die Fortschaffung der Zugereisten an; auch hier haben die freien Verbände über M. 9000 mehr ausgegeben wie die Christlichen, während merkwürdigerweise die Reiseunterstützung am abgerissene Streit ziemlich gering ist. Bemerk sei noch, dass der Centralverband der Maurer auch circa M. 5000 Reiseunterstützung an verherrlichte Kollegen gezahlt hat, wogegen die Christlichen diese Unterstützung nicht haben. Diese Summe ist aber in den obigen Kosten nicht enthalten.

Die Einnahmen sehen sich in den Hauptposten folgendermaßen zusammen: Freie Verbände: Hauptfassengelde M. 171 564,93, christlicher Verband M. 94 087,57. Aus den Lokalfassen: Freie Verbände M. 6755,95, christlicher Verband M. 966,73. Beiträge der Arbeitenden: Freie Verbände M. 14 984,70, christlicher Verband M. 12 087,15. Auf Listen gesammelt: Freie Verbände nichts, christlicher Verband M. 1760. Hierbei ist bemerkenswert, dass die Beiträge der in Arbeit stehenden christlichen Mitglieder beinahe dieselbe Höhe erreichten, wie die der freien Verbände, um M. 85 213,60 niedriger sind.

Gleich zu Beginn des Jahres wurde eine Anzahl unserer Mitglieder, annähernd 300, durch den Bergarbeiterstreit in Mitteldeutschland gezogen, wovon zirka M. 7500 Unterstützung gezahlt wurden. Ebenso wurden wir durch den Streit der Bauarbeiter in Hamm in Mitteldeutschland gezogen. Außerdem hatten wir eine ganze Anzahl von Spenden gegen einzelne Unternehmer durchzuführen, meistens wegen nicht Innehaltung der Verträge. Die meisten dieser Spenden waren nur von kurzer Dauer und endeten mit vollem Erfolge.

Die Erfolge der Lohnkämpfe und der Organisation im letzten Jahrzehnt möge das Ergebnis der Statistik vom Jahre 1900 und 1905 veranlassen. Die Statistik von 1900 erstreckte sich über 78 Lohnbezirke mit 181 Orten; in diesen waren 931 Unternehmer vorhanden, die 1307 Poliere, 14 648 Maurer und 1212 Lehrlinge beschäftigten. Von den Gesellen waren 1214 Ausländer. Die vorjährige Statistik umfasste 95 Lohnbezirke mit 263 Orten. Diesmal sind zu verzeichnen: 1425 Unternehmer, die 1895 Poliere, 17 880 Gesellen, davon 1519 Ausländer, und 1588 Lehrlinge beschäftigten. Stundenlöhne wurden gezählt:

Stundenlohn:	27	28	30	31	32	33	34	35	36	37
Gesellen 1900:	1	3	6	16	18	22	141	247	213	
Gesellen 1905:	—	—	4	5	158	6	21	178	121	30
Stundenlohn:	38	39	40	41	42	43	44	45	46	
Gesellen 1900: 1018 626 1827 821 2163 2650 1755 1712 123										
Gesellen 1905: 207 27 483 64 815 257 832 1846 735										
Stundenlohn:	47	48	49	50	51	52	58	54	55	55 über 55
Gesellen 1900: 100 23							2	—	—	
Gesellen 1905: 610 2230 1918 1667 2827 164 2632 9 200										14

Im Vorjahr sind Löhne unter 40,- nur noch in den abgelegenen Gegenden des Sauerlandes und des Münsterlandes, wo wir noch keine Organisation haben, gezahlt worden. Ebenso ist auch dort noch die längste Arbeitszeit zu verzeichnen. Die meisten dieser Orte sind aber in der Statistik von 1900 nicht enthalten. Wenn man diese Zahlen gegenüberstellt, ist ja eine bedeutende Besserung zu verzeichnen. Über immerhin bleibt noch viel zu wünschen übrig. An die geregelten Verhältnisse, wie sie durch den Vertrag geschaffen sind, kann sich der größte Teil der Unternehmer, aber auch ein Teil der Arbeiter, noch durchaus nicht gewöhnen. Namentlich mit der festgesetzten Arbeitszeit während der Wintermonate kämpft es noch sehr. Es muss mehr als bisher in allen Zweigvereinen darauf hingewirkt werden, dass namentlich die Arbeitszeit, aber auch alle sonstigen Punkte des Vertrages strikte innengeholt werden. Auch die vorgelehrten Schlichtungskommissionen funktionieren in den meisten Bezirken durchaus noch nicht.

Am Schluß des Jahres hatten die Unternehmer in einer Anzahl von Bezirken ihre Mitglieder an der Kommission überhaupt noch nicht gewählt, trotzdem schon im Oktober und November seitens der Arbeiter Sitzungen der Kommissionen beantragt waren. In den Kreisen der Unternehmer geht das Streben dahin, die Gewerbegerichte in sämtlichen Streitfällen ganz auszuhalten und alle Säden in den Schlichtungskommissionen zu erledigen. Die Gewerbegerichte in Hagen und Barmen hatten sich denn auch schon für ungünstig erklärt. Auf eingelagerte Beschwerde haben sie jedoch ihren Standpunkt geändert.

Die Mitgliederzahl hat natürlich unter der Ausperrung sehr gelitten; eine Steigerung ist nur im 1. und 4. Quartal zu verzeichnen. Sie betrug:

1901	1902	1903	1904	1905
im 1. Quartal	1140	2338	4856	6788 + 1927
2.	1566	1892	2756	7624 + 1382
3.	1550	2165	3628	7829 7248 + 588
4.	1058	1478	2978	4882 6487 + 1655

Der Umsatz an Beitragssummen betrug:

	1901	1902	1903	1904	1905
1. Quartal	4091	9468	16268	32826	
2. "	15901	17805	24613	72248	83325
3. "	16749	24973	38325	91620	75688
4. "	12821	17720	32823	56462	64918
Summe:	45471	64089	102727	236581	257102

Die durchschnittliche Mitgliederzahl betrug demnach

1902: 1802, 1903: 2568, 1904: 5912, 1905: 6427 bei 40 vollgezählten Wochenbeiträgen. Die Zahl der Neuauftaufen betrug diesesmal 5870, also 1478 weniger als 1904. Die meisten Aufnahmen hatte diesesmal Essen mit 858, dann folgt Dortmund mit 818, Ruhrort mit 729, Hagen mit 514, Bochum mit 591, Gelsenkirchen mit 514, Herne mit 487, Mülheim-Oberhausen mit 264, Duisburg mit 224, Münster mit 160, Unna mit 120, Hörde mit 110, Hamm mit 104, Lüdenscheid mit 97, Witten mit 87, Schwerte mit 85, Werl mit 84, Iserlohn mit 84, Lippstadt mit 24, Rheine mit 19, Boden mit 14, Plettenberg mit 10. Mit Ausnahme von Gelsenkirchen, Lüdenscheid, Mülheim-Oberhausen, Schwerte, Unna, Witten, Bremen, Bochum, Hagen mit 355, Bochum mit 252, Herne mit 242, Ruhrort mit 197, Essen mit 110 usw. Die Zahl der wieder verloren gegangenen Mitglieder ist immerhin noch sehr groß. Leider lassen sich hierüber noch immer keine genauen Angaben machen, weil sogar große Zweigvereine, wie Dortmund und Essen, die auf Quartalsberichten häufig unterlaufen und auch ein großer Teil unserer Mitglieder die An- und Abmeldungen noch immer unterlässt. Wir wollen auch an dieser Stelle die Zweigvereine und Zahlstellenfasser erüben, mehr als bisher den § 15 des Statuts zu beachten.

Die Zahl der Zweigvereine ist um zwei geringer wie im Vorjahr. Mefched ist an den Gau Cassel abgetreten und Mülheim und Oberhausen sind zu einem Zweigverein vereinigt, während der Zweigverein Soest wieder aufgelöst ist. Alle Bemühungen, die dortigen Maurer zum Antritt an den Verband zu bewegen, sind bisher gescheitert. Die dortigen Unternehmer werden hoffentlich bald dafür sorgen, dass auch diese Maurer zum Nachkommen kommen. Neu gegründet ist der Zweigverein Boden; doch auch hier müssen unsere Mitglieder mehr auf dem Posten sein, wenn die dort noch recht traurigen Verhältnisse gebelebt werden sollen. Die Zahl der Zahlstellen ist von 89 auf 47 gestiegen. Außerdem haben wir jetzt fünf Sektionen der Freiwilligen. Wie die Verhältnisse hier liegen, werden noch einige kleinere Zweigvereine den größeren als Zahlstellen angegliedert werden müssen. Die Zahl der Lokalbeamten ist jetzt auf acht gestiegen. Durch die jetzt geregelten Lohn- und Arbeitsverhältnisse wird auch die Mitgliederzahl stabiler und dadurch auch die Buch- und Rassenführung erleichtert und besser. Unregelmäßigkeiten waren leider auch im Berichtsjahr in einigen Zahlstellen zu verzeichnen. Einige Zweigvereinsvorstände müssen wir dringend erüben, sich bezüglich der Abhandlung der Abrechnungen und Quartalsberichte etwas mehr Pünktlichkeit angewöhnen.

Die Agitation ist während des ganzen Jahres recht rege gewesen. Die Zahl der öffentlichen Versammlungen ist namentlich während der Ausperrung sehr groß gewesen, mitunter 10-12 an einem Tage, natürlich meistens gemeinsam mit den Christlichen. Ebenso haben während dieser Periode eine ganze Anzahl Konferenzen stattgefunden. Das vom Hauptvorstand herausgegebene Blattblatt hat wieder gute Dienste geleistet, nur hat es an manchen Orten an der planmäßigen Verbreitung gemangelt. Im sogenannten Münsterland sowie auch im Sauerland ist es immer noch nicht möglich, Lokale zu Versammlungen, ja selbst zu Predigungen zu erhalten. Im Niederrheinischen Bezirk haben auch Polizeibeamte das Mögliche getan, um uns die Lokale abzutreten, aber trotz allem geht es auch dort vorwärts. Auch die Zahl der Referenten innerhalb des Bezirkes ist erfreulicherweise wieder gewachsen, so dass wir diesmal im Stand waren, den Zweigvereinen für die Wintermonate 12 Referenten mit 41 verschiedenen Themen zur Verfügung zu stellen. Wenn auch etwas mehr Gebrauch hieran als im Vorjahr gemacht ist, so müssen doch die Vorstände noch weit darauf bedacht sein, gerade während der Wintermonate mehr für die Ausklärung unserer Mitglieder zu tun als bisher. Bedenklich ist es, dass wir heute noch viele Mitglieder haben, die nur Vorträgen über Lohnkämpfe usw. Interesse entgegenbringen, alles übrige aber für überflüssig erklären. Dies muss noch während der Berichtszeit anders werden.

Der Bauarbeiterdienst liegt noch immer sehr im Argen, obgleich auch hier an einigen Orten eine kleine Besserung zu verzeichnen ist. Wir hatten zu Beginn des Jahres an die einzelnen Zweigvereine Formulare verfertigt, um die Zahl der in den einzelnen Bezirken vorgekommenen Unfälle einmal festzustellen. Leider sind diese Formulare, trotz mehrfacher Mahnung, nur aus Bochum, Hamm, Lüdenscheid, Hörde, Ruhrort und Witten zurückgeliefert. Aus diesen 6 Orten werden allein 70 Unfälle gemeldet, davon 18 tödlich. Anscheinend geht die Regierung in Arnsberg jetzt etwas schärfer vor. So verlangt sie von der Stadtverwaltung Dortmund die Anstellung eines Bautechniklehrers. Die Stadtverordneten-Dortmund lehnen die Anstellung ab und erläutern, wenn die Regierung den Beamten für nötig hält, mögige sie auch das Gehalt bezahlen. Die Regierung hat nun die zwangsweise Einstellung des Gehaltspflichten in den Stat. bestätigt, wogegen die Stadtverwaltung den Klageweg beobachtet hat. An diesem Beispiel sehen unsere Kollegen, dass sie selbst für die Durchführung des Bauarbeiterdienstes und für Besserung auf diesem Gebiete einzutreten müssen.

Im Korrespondenz war zu verzeichnen: Eingang: 636 Briefe, 591 Karten, 68 Telegramme, 12 Postanweisungen, 43 Befehle, 117 Drucksachen, in Summa 1457 Sendungen. Verlaut: 283 Briefe, 643 Karten, 188 Telegramme, 6 Postanweisungen, 40 Befehle, 611 Drucksachen, in Summa 1791 Sendungen.

Um anderen Organisationen kommt nur die Christliche in Betracht, die nach dem Jahresbericht ihres Schatzers Schmidt-Bogum, natürlich über einen weit größeren Bezirk als der unsere, 7713 Maurer zu ihren Mitgliedern zählen will. Genaue Angaben über Werlverlauf usw. werden, wie immer von dieser Seite, auch hier natürlich nicht gemacht.

Über ihre Stellung zu unserem Verband sagt Schmidt in seinem Bericht, sie sei nach Lage der Dinge vollständig befriedigend. "Denn", sagt er, "wie wir können, verleumden uns, wo sich ihnen nur Gelegenheit bietet, sprechen uns die Christenberechtigung ab und suchen uns zu drücken, wo sich nur eine Spur von Gelegenheit bemerkbar macht."

Wir können umgekehrt genau dasselbe sagen, nur müssen wir offen gestehen, dass wir auf dem Gebiete der Verleumding weit hinter den Christlichen zurück sind. Als "Stichprobe" führt Sch. dann die Wahl der Geschäftsräume zu Beginn der Ausperrung an, wo unterschiedlich drei Vertreter beantragt wurden, während den Christlichen nur einer zugesagt werden sollte. Die Sache war doch ganz natürlich. Umgekehrt taaten drei Organisationen in Betracht, und von Seiten der Christlichen doch nur eine, und merkwürdigweise wird jetzt von dem, was damals hauptsächlich von den Christlichen ins Feld geführt wurde, die feinen stärker an der Ausperrung beteiligt als wir, kein Wort mehr gesagt. Die von uns angeführten Zahlen beweisen ja auch das Gegenteil. Wenn uns dieerhalb "Großsprecherei", "Selbstüberhebung" usw. vorgeworfen wird, so wird jeder, der die Verhältnisse sachlich betrachtet, sagen müssen, dass diese uns angedeuteten Untugenden gerade auf der anderen Seite zu verzeichnen sind.

Der Arbeitgeberbund zählt jetzt circa 80 Ortsgruppen in unserem Bezirk. Aber trotz der eirrigten Agitation und trotz des größten Terrorismus während und nach der Ausperrung steht doch noch ein sehr großer Teil der Unternehmer dem Verband fern. Immerhin hat der Arbeitgeberbund im letzten Jahre sehr große Fortschritte gemacht. Diese, sowie die Entwicklung des christlichen Verbandes, müssen unseren Mitgliedern ein Beispiel zu immer rege Agitation sein. Die Statistik hat uns gezeigt, dass noch eine sehr große Anzahl Maurer zu organisieren ist. Deshalb auf zu erneuter Arbeit, auf zu erneuten Erfolgen!

Die Jahresabrechnung gestaltete sich folgendermaßen:

Ginnahme.

Am Kostenbestand vom Vorjahr...	M. 2668,48
Beiträge laut Statut vom Verbandsvorstand...	3729,53
Auslagen für Streifzettelung zurück...	2130,35
Beiträge der Zweigvereine...	1303,80
sonstigen Einnahmen...	277,67
Summa...	M. 10109,83

Ausgabe.

Für Beamtengehalt...	M. 1960,-
entgangene Arbeitsverdienst anderer Kollegen...	515,92
Daten...	1943,40
Fahrgeld...	1403,25
Drucksachen...	826,95
Posto und Schreibmaterial...	251,80
Bureauamt, Umlauf, Licht, Reinigung...	261,35
Berichtsbericht...	44,87
Zeitungsbaukosten...	37,46
Entsädigung des Laienvers.	24,-
Zeitungsbaukosten...	816,70
Anteil an der Ausperrungsleitung...	133,70
sonstige Ausgaben...	
Summa...	M. 8219,40

Bilanz.

Einnahme...	M. 10109,83
Ausgabe...	8219,40

Friedr. Pfaffenberg, Kassierer.

Die Revisoren: Th. Huhn, J. Fauer.

Der Gauvorstand, J. A.: G. Kahl.

Gau Hamburg.

Das Jahr 1905 ist für den Organisationsbezirk Hamburg bezüglich der Bauaktivität als ein außerordentlich günstiges zu bezeichnen. Fast in allen Zweigvereinsbezirken war während des ganzen Jahres eine lebhafte Nachfrage nach Arbeitskräften vorhanden. Eine Ausnahme hierzu war nur in wenigen, namentlich rein ländlichen Gebieten zu beobachten. Es war auch dann kaum eine Linderung in diesem Verhältnis eingetreten, als man in Anbetracht der vorgerückten Jahreszeit damit zu rechnen hatte, dass durch eintretendes Frostwetter die Bauaktivität ein natürliches Ende bereite werden könnte. Ebensoeigentlich übte die eigentliche Lage des Geldmarktes in dem letzten Viertel des Jahres einen hemmenden Einfluss auf den Stand der Bauaktivität aus. Als die Reichsbank ihren Diskont in dem kurzen Zeitraum vom 11. September bis zum 11. Dezember, also innerhalb dreier Monate, um volle 3 pgt. von 8 auf 6 pgt. erhöhte, war auch da von einem wesentlichen Rückgang der Bauaktivität im ganzen Gau keine Rede. Nur in Hamburg soll sich nach einigen unkontrollierbaren Angaben, im Monat September Arbeitslosigkeit im geistigen Maße bemerkbar gemacht haben. Es ist aber anzunehmen, dass weniger der Rückgang der Konjunktur als vielmehr der außerordentliche Zugang aus allen Himmelsrichtungen für eine kurze Zeit das Angebot der Arbeitskräfte so vermehrt, dass ein Überfluss entstand. Hierfür spricht auch die amtliche Statistik, nach der, wie aus der nachfolgenden Tabelle ersichtlich ist, gerade in den Monaten September und Oktober die meisten Bauten im Jahre fertiggestellt wurden.

Monat	Wohnungen im Eigentum	Gebürtige, unb- eingetragene					
Januar	26	4	34	5	4	4	73
Februar	26	4	29	—	5	5	64
März	115	8	29	1	14	171	
April	125	4	28	1	15	173	
Mai	29	10	24	5	10	78	
Juni	50	5	17	9	14	95	
Juli	56	11	26	4	8	105	
August	50	9	15	1	10	85	
September	196	16	63	8	41	324	
Oktober	134	21	39	5	11	207	
November	72	9	80	—	11	123	
Dezember	59	7	24	4	11	105	
	625	100	670	14	144	1402	

Die beiden größten Städte im Gau, H a m b u r g * und K i e l haben wohl kaum jemals eine bessere Konjunktur im Bauwesen erlebt. Eine befondere und auffallende Ausnahme, bezüglich der Konjunktur, macht die Hafestadt R e u m u n i s t e r , in der für das Berichtsjahr die Bautätigkeit ziemlich lahmegelegen hat.

Lohnbewegungen

ind in seinem Jahre in soinem Umfange im Gau zu verzeichnen gewesen, als in dem verflossenen Jahre. Die Steigerung der Lebensormittelpreis — namentlich die außerordentlich hohen Fleischpreise — einerseits und die außerordentliche Beaufontruktur andererseits haben ihr gutes Teil wohl dazu beigetragen, dass überall die Kollegen den Verlust machten, ihre Lebenshaltung durch kleine Lohn erhöhungen zu verbessern. Neben der Steigerung des Arbeitslohnes, wurde noch besonderes Gewicht auf die Verkürzung der Arbeitszeit gelegt.

Im ganzen waren es 36 Zweigvereine; vier Zahlstellen und die Sektionen der Plattenanfänger (Kleinfinger) und Genterbeiter in Hamburg, die sich in der Lohnbewegung befanden. Die Hamburger Bewegung, bei der es sich um eine Lohn erhöhung von 5 s pro Stunde handelte, wurde zu Gunsten der Kollegen durchgeführt, was bei der ungeheuren Nachfrage nach Arbeitskräften nicht zu verhindern war. Die Unternehmer waren in Hamburg für eine Lohn erhöhung leicht zu gewinnen, da bei der hier betriebenden Alfordarbeit an den Spezialschaltern in Wirklichkeit ein weit höherer Lohn erzielt wird. Es handelt sich hier nur um eine höhere Abzugszahlung von 5 s pro Stunde. Die Alfordpreise sind deswegen gleichzeitig mit der Erhöhung des Stundenlohnes gestiegen. Alle Vorteile, die den Kollegen durch die gute Konjunktur geboten sind, werden durch die Alfordarbeit hintangehalten. Wir wollen in dem vorliegenden Bericht nicht das Klagelied vom vorigen Jahre vollständig wiederholen, sondern uns darauf beschränken, anzuführen, daß es nicht geheißen werden darf, sondern schlimmer. Alles Reden und Schreien gegen den bestagswerten Zustand, den die Alfordarbeit herbeigeführt, ist unnütz; man predigt tauben Ohren. Das Jagen und Hasten nach möglichst hohen Alfordüberschüssen tödet jede ideale Regung bei der Mehrzahl unserer Kollegen. Nur wenige übersehen die Situation mit klarem Blick und denken betriebs Sinnes an die Folgen, die ein solcher Missbrauch der menschlichen Arbeitskraft zeitigen muß. Der Bauworfand wiederholt darum seine Mahnung: Fort mit der Alfordarbeit und her mit dem acht-stündigen Arbeitstag!

Die Einführung eines Stundenlohnes von 75 $\frac{3}{4}$ pfennig stunde im Württembergischen Hamburg hatte auf folge, daß die Kollegen in einer ganzen Anzahl von Orten es nur auch an der Zeit hielten, die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern. In einigen Orten bestanden schon dementsprechende Abmachungen, daß bei einer etwaigen Lohnsteigerung in Hamburg auch in diesen Orten eine Lohnsteigerung eintreten solle. In anderen Württembergischen waren man im Frühjahr mit der Forderung abgewiesen; aber man hatte aus guten Gründen die Bewegung hinausgeschoben. Haddem aber in Hamburg die Bewegung beendet war, hielten man es an der Zeit, etwas energischer gegen die Unternehmer vorzugehen.

Die Bewegung in Kiel verdient wohl am meisten Beachtung. Wenn die Hamburger Bewegung auch der Begegnung eröffnete, und zum Teil auch Kiel unter der Nachwirkung des Hamburger Erfolges stand, so ist die Bewegung in Kiel doch viel reichhaltiger an interessanteren Einzelheiten. Nach dem verlorenen Kauf im Jahre 1905 nutzte der Gesellenausschuss in Kiel einen von der Innung einfeitig aufgestellten Vertrag unterzeichneten. Der Vertrag sollte für die bei Kielner Innungsmitteln beschäftigten Maurer und Zimmerer Gültigkeit haben vom 25. Juli bis zum 21. Dezember 1906, mit der Maßgabe, daß die in diesem Vertrage festgesetzten Löhne auch über diese Zeit hinaus, und zwar bis zum 31. März 1907, geahndt werden sollten, wenn ein anderweitiger Vertrag nicht zu standkommen würde. Die Kielner Innung wollte mit der Organisation der Gesellen reip, deren Vertreter nicht verhandeln, und so mußten wohl oder übel die Kielner Kollegen sich mit den Abmachungen durch den Gesellenausschuss zufrieden geben. Es ist dann auch nach den Bestimmungen des Vertrages bis zum Frühjahr 1905 gearbeitet worden. Einige Innungsmittler ließen sich wiederholt gelüften, die Bestimmungen des Tarifs zu verleken, doch wurde immer seitens der Arbeiter nach Möglichkeit ver sucht, den Frieden aufrechtzuerhalten, bis im Monat Mai des Geschäftsjahres eine kleine Anzahl unserer Kollegen mit dem nicht der Innung angehörenden Unternehmer B. Mohr in Differenzen geriet. Die Ursache dieser Differenzen war die versprochene Ausfertigung eines Alltarifvertrages. Diese Vertragsfeste wollte der Unternehmer nicht erfüllen. Die Angelegenheit war durchaus nicht mit dem Tarif in Zusammenhang zu bringen. Der Innungsvorstand benutzte diese Sache aber sofort, um den organisierten Kollegen ein

* Hamburg vielleicht nach der großen Feuersbrunst im
Jahre 1842.

auszutischen". Statt sich in der Angelegenheit neutral zu verhalten, nahm der Junningwörkstand sofort Partei für den der Junning sonst fernstehenden Unternehmer Mohr und verbandle alle die Kieler Unternehmer der Junning schwarze Listen, wodurch die Kieler Unternehmer gewinnt wurden, die Leute die bei Mohr gearbeitet hatten, in Arbeit zu stellen. Es wurde hier seitens des Junningwörkstandes ein Verfahren beliebt, auf das die richtige Antwort gewezen wäre, den Vertrag, den die Junning mit ihrem Auszubild abgeschlossen hatte, nicht länger als maßgebend, am

zuverleihen und den Unternehmern einen neuen Tarif zu unterbreiten; auf die Gefahr hin, daß es hierdurch zum offenen Kampf kommen würde. Doch unsere Kollegen in Kiel waren anderer Meinung. Sie wollten so lange wie möglich mit der Innung in Frieden leben. Als die Innung einstufte, daß es durch ihr unqualifiziertes Vorgehen zum Bruch kommen könnte, gab der Innungsvorstand eine Erklärung ab, daß die schwarzen Listen ausridiggezogen seien. Hiermit gaben sich die Kieler Mauer wieder zufrieden. Die alte Ruhe wurde allerdings nicht völlig wiederhergestellt; einen offenen Kampf mit der Innung suchte man aber immer zu vermeiden. Als man dann aber später Kenntnis davon erhielt, in welcher Weise die Innung sich zu einem Kampf rüstete, den Verlust machte, die außerhalb der Innung stehenden Unternehmer zu organisieren, mit den Biekeranern Verträge abzuschließen, um eine Materialsparte vorzubereiten, und als aus allen Himmelsrichtungen die Mittelung kam, daß die Unternehmer in Kiel Mauer nach dort jüchten, nahm man endlich Stellung zu diesem eigenartigen Gebaren. Am 7. Juli beschloß eine außerordentliche stark besuchte Mitgliederversammlung, daß alle Lohn- und Arbeitsverhältnisse mit der Innung auch noch ferne bestehen zu lassen. Damit

mit der Innung nach und nach Rechte befreien zu lassen. Damit aber etwas in der guten Konjunktur unternommen würde, sollte der Vertrag gemacht werden, bei dem außerhalb der Innung stehenden Unternehmern die neunstündige Arbeitszeit einzuführen und den Sonderlohn von 60 auf 65 S. zu erhöhen. Ferner wurde beschlossen, diese Forderung eventuell durch partielle Streiks zur Durchführung zu bringen. Wieder war es der Innungsvorstand, der sich hier als Anwalt für die – sonst von ihnen als „Taukölen“ bezeichneten – Unternehmer auftrat. Es wurden die „Unternehmer ohne Befähigungsnachweis“ durch alle möglichen Verpercussions und auch – nicht um keinen Preis – durch Drohungen scharf gemacht, die Forderung nicht zu bewilligen, und als dieses Vorgehen dann in ausgiebiger Weise gefruchtet hatte, wurden die auf den Leim gegangenen Krauter durch hohe Konventionalstrafen verpflichtet, an den Abmilderungen der Innung festzuhalten. Als alle Vorbereitungen der Innung befehlstätig waren, hielt es ihr Vorstand an der Zeit, offensiv den Gefellen den Krieg zu erläutern. Am 10. Juli wurde allen Mätern und Zimmerern ein Revers zur Unterschrift unterbreitet, nach dem sie sich verpflichteten sollten, den Tarif der Innung bis zum Jahre 1907 anzuerkennen. Dieser Revers wurde von fast allen Unternehmern vorgelegt, ob Mitglied der Innung oder nicht. Wer die Unterschrift verweigerte, wurde ausgesperrt. Durch dieses Vorgehen der Unternehmer lagen am 11. Juli alle Mätern und Zimmergesellen Niels auf dem Straßengrundstück. Dieser Vorgang bietet an und für sich auch nicht viel Aehnliches, sondern derselbe Vorgang hat sich in ähnlicher Weise wohl schon oft wiederholt. Das Verwunderliche an der Sache aber ist, daß die Unternehmer sich ein solches frivole Vorgehen erlauben konnten bei einer Bauträchtigkeit, wie sie in Kiel wochl noch nie dagewesen ist. Alle Staats- und Kommunalausbauten, wie auch die außerordentlich vielen Privatbauten, ganze Straßenzüge mit angefangenen Neubauten, alles ruhte. Allen voran war es die Kielser Stadtbverwaltung, die unverhohlen einseitig für die Unternehmer Stellung nahm. Lecktere und ihre Hintermänner waren vollständig davon überzeugt, daß sie im Einverständnis mit dem Magistrat und den Behörden handelten, wenn sie sich als Ziel gesetzt hatten, alle Geschäfte nach Verkürzung der Arbeitszeit ein für allemal zu erledigen – ohne sich um Rechte und übernommene Verpflichtungen zu kümmern. Der Kampf wurde in der scharfsten Weise geführt und dauerte vom 11. Juli bis zum 8. November. Die Unternehmer

den 11. Juli bis zum 8. November. Die Unternehmensherrn hatten alles mobil gemacht, wie schon oben erwähnt; nur eins wollte nicht glühen: auswärtige Streifbreder waren nicht oder doch nur vereinzelt zu bekommen. Die Haltung unserer Kollegen war, abgesehen von taktischen Fehlern, geradezu als mustergültig zu bezeichnen. Selbst die Polterischen sich, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nicht durch weitgehendes Überreichen von den Unternehmern verloren. Berrat an ihren Arbeitsüberren zu üben; alle waren nur von dem einen Gedanken besetzt, den Unternehmern ihre Privatheit gebührend heimzuzahlen. Von den 1500 Kollegen, die vor der Auspfernung in Kiel arbeiteten, waren mehr als 1000 gleich nach den ersten Tagen abgereist. Unsere Sache stand, hiernach, zu rechnen, und in Abhängigkeit der guten Konjunktur, nicht ungünstig, und doch mußte, im Monat November, als durch die Initiative der Gewerbegegner, gerichtsbesetzter Verhandlungen vor dem Gewerbevertreter, gepflogen wurden, ein Vertrag angenommen werden, nach dem zunächst für die alten Bedingungen weiter gearbeitet werden mußte. Es ist allerdings für einen späteren Termin, die Verpflichtung der Arbeitszeit vorgesehen und die Fassung außerdem gezwungen worden — die Organisation angestammten, aber der Erfolg ist hinter den Erwartungen der Kieler Kollegen zurückgeblieben. Und mir scheint, hatte der beweisende Opfermarkt einen besseren Preis zu erwarten. Die Urfaße für diesen nicht allzu günstigen Abschluß vollständig klarlegen, wurde hier etwas zu weit geführt. Im allgemeinen darf man zu den Ursachen wohl mit hinzurechnen, daß bei der schnellen Entwicklung aus Großstadt — in Kiel ist von 1900 bis 1905 die Bevölkerungszahl um 34,88 p. gestiegen und zählte am 1. Dezember 188 687 Einwohner — die Kieler zu wenig den Spießbürger abgestiftet haben. Weiter hingen damit auch wohl zusammen die von manchen anderen Großstädten abweichenden Verhältnisse, betreffend die Beschaffung von Kapitalien. Zugestzt darf aber auch nicht verschwiegen werden, daß die Kollegen, trotz ihres tapferen Ausbarrens im Kampfe, sich durch ihr eigenes Verhalten in taktischer Hinsicht die Sache selber bedeutend erschwert haben. Hoffentlich werden unsere Kollegen für die Zukunft aus dem Verlauf dieser Bewegung ihre Lehren ziehen.

Die Lohnbewegung in Hadersleben wollen wir hier deshalb erwähnen, weil es den Unternehmern wider alle Erwartungen gelungen war, eine Kolonne Streikbrecher aus Dänemark zu holen. Viele Freude sollten die Herren an dieser Gesellschaft aber nicht haben; denn kaum hatte man die Dänen auf den Seeweg nach Hadersleben am frühen Morgen hineingehuskt, so schlossen sie sich auch schon den Streikenden an. Außer diesem ist noch bezeichnend, daß uns die Lohnbewegung in Hadersleben Beweis gebracht hat, daß die „Freie Vereinigung der Maurer Hamburgs“ als Helfer in der Not die zur dänischen Grenze berühmt geworden ist. Als die Unternehmer kurz vor Beendigung des Streiks alarmiert in der Passir waren, handte sich Herr Paul Christiansen, Inhaber eines der größten Baumwollhäuser in Hadersleben, an den Vorsitzenden der „Freien Vereinigung“ zu, und folgende Erwiderung:

Hädersleben, den 18. August 1905.
Errn Bargstädte

Frage hierdurch ergeben vor, ob es der freien Vereinigung der Maurer in Hamburg möglich wäre, für mich noch zwei größere Bauten, zusammen circa 800 000 Steine, in Altona auszuführen. Ich bin gern bereit, mit Zeichnungen und Auffklärungen usw. nach dort zu kommen.

In welcher Weise diese von Herrn Christianen angebrachten Verhandlungen weitergeföhrt sind, ist uns nicht bekannt; es genügt auch vollständig hier konstatiert zu können, wie weit in Unternherrenkreisen die "Freie Vereinigung der Maurer Hamburgs" sich ein besonderes Ansehen erworben hat.

Eine Döbnebewegung ganz eigener Art ist in Harburg durchgeführt worden. zunächst war der Zeitpunkt für den ersten Vorstoß bis in den Monat November verschoben worden, eine Jahreszeit, die sonst im allgemeinen nicht für den Beginn einer Lohnbewegung günstig ist. In Harburg hatte man aber mit eigenartigen Verhältnissen zu rechnen. Von den vorhergehenden ungünstigen Bewegungen waren noch immer sehr viele unorganisierte Elemente beschäftigt. Vor allem der Inhaber des größten Baugeschäfts, Herr A. Brien, Obermeister der Firma, hat im Sommer ganze Kolonnen schlesischer Maurer in Beschäftigung. Mit diesen Leuten ist wenig oder gar nicht über Organisationsangelegenheiten zu sprechen. Aengstlich wird darüber gewacht, daß die organisierten Kollegen nicht den Beruf machen, die unorganisierten aufzulösen. Der geringste Verdacht nach dieser Richtung wird mit Entlassung bestraft. Zum Winter aber ziehen sich die Schüblinge des Herrn Brien in ihre Heimat zurück. Nun wollte es der Aufsatz, gerade zur Zeit der Heimreise der Schleifer in Harburg eine rege Bautätigkeit auf verzeichnen. Räumlich die Firma Brien war mit Aufträgen überhäuft, infolgedessen konnte eine Auswahl der Arbeitsstätte nicht stattfinden, wie es sonst bei dieser Firma üblich ist. Aber Mahnregelungen und Schilderungen der Baudelegierten hörten doch nicht auf, und schließlich kam es hierdurch soweit, daß ein Angriff geplant wurde, um das Recht zu wahren, in den Bauten Agitation treiben zu können; weiter sollte hierbei gleichzeitig eine Lohnerschöpfung durchgeführt werden. Diese Vorderung wurde auf besondere tätigen Gründen zunächst nur bei Brien eingereicht und gleichzeitig über das Gesetz die Sperrre verhängt. Nun wandte sich der Obermeister Brien in seiner Not an seine Kollegen, und diese beschlossen, ihm zunächst von ihren Bauten einige zur Verfügung zu stellen. Aber fast alle Maurer, ohne Ausnahme, weigerten sich, bei der Firma Brien zu arbeiten. Die Folge war Entlassung. Die Entlassenen kamen in Hamburg untergebracht werden, so daß ganz Harburg förmlich von Arbeitskräften entblößt war. Nun ließ man sich auf Verhandlungen ein, und in der vierten Woche nach Verhängung der Sperrre führten die Verhandlungen zu einer Einigung; der Stundenlohn wurde von 70 $\frac{1}{2}$ auf 75 $\frac{1}{2}$ erhöht und verschmolzen, am den Lohntagen, wöchentlich Sonnabend, im Sommer eine halbe Stunde früher feierabend ohne Lohnabzug zu gewähren.

Soweit über unsere Angreifstiefs. Nun etwas über die Ausperrung in J. K. h. o. Hier haben die Unternehmer sich etwas Besonderes in verlorenen Sommer geleistet. Die Bauarbeiter sahen sich veranlaßt, ihren Forderungen durch einen Streik Raddruck zu verleihen. Dieses gab dann den Unternehmern die Veranlassung, sämtliche Mauer- und Zimmerer trotz des bestehenden Tarifvertrages auszupeinen. Auf diese Weise wollte die Innung die Mauer- und Zimmergäfeln veranlassen, auf die Bauarbeiter einzutwicken, damit diese ihre Forderung aufzugeben. Die Herren hatten aber die Meinung ohne den Wert gemacht, unsere Kollegen, sowie auch die Zimmerer, ließen sich solche niederträchtige Handlungsweise nicht ohne weiteres gefallen. Die Unternehmer erzielten als Antwort eine Lodinforderung überreicht. Es wurde nun von den Unternehmern alles aufgebogen, um frömde Arbeitskräfte heranzuziehen. Leider war dieses Beitreten auch vom Glüd begünstigt. Zunächst hatte man eine große Zahl Mauer und Handarbeiter, männliche und weibliche, aus Oberschlesien nach J. K. h. o. importiert. Der Oberbürgermeister und die Stadtvertretung unterstützten die Unternehmer nach besten Kräften. Die einheimischen Arbeiter hatte man rücksichtslos außer Verdienst gebracht und für das hergelauende Gefindel wurde städtisches Eigentum als Unterkunftsräume bereitgestellt. Trotz aller Fürsorge, die den Unternehmern und ihren Schülern zu teil wurde, gelang es doch, die Leute aus Schlesien zu bewegen, den Staub von ihrem Pantofeln zu schütteln, so daß sie in die Heimat zurückfuhren. Aber dieser Widerstand entmündigte die Unternehmer nicht. Statt der Schleifer wurden nun Kinder des "Gibens" herbeigebracht. Diese auffallhafte Gesellschaft aus Italien wütete sich so fest wie Ungeziefer ein. Von der Ausperrung waren 110 Mauer betroffen; also 80 Italiener und einige andere ramten an deren Stelle. Wie heikelboll die Behörde in J. K. h. o. sich der italienischen Streifbrecher — die für ganz Deutschland als Landplage austraten — annahm, kann man daraus absehen, daß ein unserm Verbände angehörender italienischer Kollege, der beruhigte, mit seinen Landsleuten zu sprechen, um sie über ihre Handlungsweise aufzuläutern, polizeilich stillstehen und dann einem Stadtvorwurf erhielt, nach dem er innerhalb

halb zweier Stunden die Stadt hinter sich haben mußte. Die italienischen Streitbrecher haben sich alles mögliche erlaubt, wütste Orgien ausgeführt, Schlägereien und Messerstechereien unter sich und mit den Einwohnern von Ischörn inszeniert, aber keiner von ihnen ist der Stadt vertrieben worden. Es lebe die Gerechtigkeit! Nicht allein die Ischörner Behörden nahmen sich der Unternehmer an, sondern auch die Hamburger Kriminalpolizei bemühte die Ausperrung in Ischörn, um den Beweis zu liefern, daß sie alle Zeit auf dem Posten ist, wenn es gilt, für Kapital und Unternehmertum einzutreten. Als der erste Transport "Arbeitswilliger" aus Schlesien in Hamburg auf dem Bahnhof Lippstädter eintrat, war ich gerade auf dem Bahnhofsteig, versehen mit einer gültigen Karte, die zu dem Aufenthaltsberechtigte. Ohne mit jemand ein Wort gewechselt zu haben, und ohne daß ich wußte, was hier vor sich ging, wurde ich von vier bis fünf Beamten in Bißl umringt und aufgefordert, den Bahnhofsteig zu verlassen. Auf die Frage, was denn vorgehe, und warum man mich veranlassen wolle, den Bahnhofsteig zu verlassen, nahm man mich beim Kragen, und unter Mißhandlungen wurde ich vom Bahnhof auf die Straße befördert, nachdem man mir gewaltsam und widerrichtig ohne Entschuldigung meine Karte abgenommen hatte. Der Verbrecher — in Hamburg aus der Zeit des Sozialistengesetzes sehr bekannte — Oberwachtmeister erklärte mir später, die Ursache der mir widerfahrenen Behandlung sei, daß ich auf Bekunden eines Beamten den einen nicht verschlossenen Wagen, mit Streitbrechern besetzt, bedächtig angesehen hätte; höhnisch sah der Oberwachtmeister mich, wenn ich mit der Umgangsform der Hamburger Kriminalpolizei nicht einverstanden wäre, dann solle ich Verstoß einnehmen. Es ist rücksichtslosen Zustände in der "Freien Stadt" Hamburg!

Die Ausperrung in Neumünster war ebenfalls sehr beachtenswert. Hier verlangten die Unternehmer, unsere Kollegen sollten eine Sperr zu zuladen, die in Wirklichkeit nicht existierte. Die Sache lag wie folgt: Bei der Firma Runge & Owens war ein Polier beschäftigt, mit dem niemand gern zusammen arbeiten wollte, infolge dessen es der Firma fortwährend an dem Bau, wo Polier überdauert beschäftigt war, an Arbeitskräften mangelte. Der Unternehmer glaubte, sein Bau sei gefährdet, und wandte sich an die Innung um Hilfe. Der Innung gegenüber wurde wieder erklärt, daß keine Sperr bestande, es vielmehr jedem Kollegen überlassen bleibe, bei obiger Firma in Arbeit zu treten. Endlich wurde verlangt, die organisierten Kollegen sollten den Bau mit Arbeitskräften befeißen. Als diese erklärten, dieses sei unmöglich, indem man es jedem selbst überlassen müsse, dort zu arbeiten, wo es ihm beliebe, erfolgte die Ausperrung sämtlicher organisierten Männer. Die Unternehmer konnten diese brutale Handlung um so leichter zur Ausführung bringen, als die Arbeitsgelegenheit in der Fabrik Neumünster ausnahmsweise sehr gering war. In der Geschichte unserer Organisation wird diese Ausperrung als Beweis dienen, mit welchem proroghaften Unternehmertum wir in unserem Beitalter zu rechnen hatten.

Im Gau kam es in 6 Zweigvereinen zum Streit, in 3 Zweigvereinen hatten wir mit einer Ausperrung zu rechnen, in 2 Zweigvereinen und ebensovielen Sektionen wurden partielle Streits zur Durchführung der Lohnbewegung unternommen. Den Erfolg der überaus lebhaften Lohnbewegung bezeichnen die folgenden Zahlen: Für 8556 Kollegen in 135 Orten wurde eine durchschnittliche Lohnhöhung von 4,83 pro Stunde erzielt. Eine Verstärkung der Arbeitszeit wurde für 2598 Kollegen in 11 Orten ab 1906 durchgeführt. In 3 Zweigvereinen wurde wegen ungünstiger Konjunktur die Forderung stillschweigend übergegangen.

Die Arbeitszeit im Sommer ist für den Gaubezirk nach folgender Tabelle geregelt:

Es wurden im Gau gezählt	Lohnbeirat	Orte	Maurer
Mit 9 stündiger Arbeitszeit	7	22	5743
" 9½ "	11	89	1980
" 10 "	67	496	3624
" 10½ "	3	22	114
" 11 "	8	18	180
Im Ganzen...	91	642	11591

Die Agitation ist neben der umfangreichen Lohnbewegung auch im Berichtsjahr nicht vernachlässigt worden. Seit aus den Zweigvereinen Berichte bei dem Gauvorstand eingegangen sind, hat das vom Gauvorstand auch in dem verlorenen Jahre herausgegebene Blattgut gut gewirkt. Die Verbreitung des Blattgutes gibt die Veranlassung zu einer umfangreichen Hausagitation, wodurch namentlich in den ländlichen Bezirken, wo das Baudelegationsystem schwer durchzuführen ist, unschätzliche Dienste für die Ausbreitung unserer Organisation geleistet wurden. Es gilt leider aber immer noch Zweigvereine, deren Mitglieder den Wert der Hausagitation nicht begreifen können. In anderen Zweigvereinen scheint man wiederum die geringen Ausgaben, die durch die Verbreitung des Blattgutes und den damit zu verbindenden Hausagitation entstehen, in vielen Fällen wird an den Gauvorstand der Antrag gestellt, die Ausgaben aus der Gaukasse zu deduzieren. Sehr oft werden diese Anträge aus Zweigvereinen gestellt, deren Volkskassenbestände verhältnismäßig ganz reppelstet sind; aber zu Agitationsszwecken glaubt man nicht hergehen zu können. Wenn der Gauvorstand alle diese Anträge herabsticht, sollte dann wiederum die uns zur Verbreitung stehenden Mittel nicht ausreichen. Aus diesem Grunde können auch nur die Anträge Ausgabe auf Erfolg haben, die aus Zweigvereinen gestellt sind, wo keine Volkskassenbeläge zur Verfügung stehen, und die Verhältnisse es bedingen, daß notwendigerweise Agitation in dem betreffenden Bezirk betrieben werden muss. Von den 1200-1500 im Gau außerhalb der Organisation stehenden Kollegen könnte noch mancher für den Verband gewonnen werden, wenn alle Vereine es sich zum Prinzip machen würden, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln, und ohne Rücksicht auf die Rühen und Opfer, die die Meinbarkeit für die Organisation erfordert, sich an der Agitationsarbeit zu beteiligen. Wenn die

Hausagitation aber manchmal selbst dort nicht die erwünschte Wirkung zeigt, wo Mittel und Rühen nicht gezeigt sind, ist die Ursache vielfach darin zu suchen, daß die Arbeit nicht am richtigen Ende angezeigt wird. Wie man's treibt, so geht's. Soll die Hausagitation volle Wirkung zeigen, dann genügt es nicht, eine Anzahl Kollegen mit einem Päckchen Agitationschriften zu versorgen, damit sie dann den indifferennten Kollegen ins Haus getragen werden mit dem Ergebnis, die Sachen einmal durchzulesen. Nein! Um die Hausagitation wirksam zu gestalten, ist es notwendig, sie planmäßig vorzubereiten. Bedingung ist die Schulung der erforderlichen Kräfte, die möglichst aus der Verwaltung und den intelligentesten Mitgliedern zu nehmen sind. Zur Illustration der Agitatoren gehören dann die vom Verband herausgegebenen Blatt- und Agitationschriften, etwa übrig behaltene Exemplare des "Grundstein" usw. Als besondere notwendig muß dann aber betrachtet werden, daß die Agitatoren das genannte Agitationsmaterial selber studieren. Wer selber nicht viel davon kennt, wie es in unserer Organisation aussieht, wer nicht genügend davon überzeugt ist, welchen Wert die Organisation für uns hat, welche Macht wir durch inniges Zusammenleben in dem Verband entfalten können, wenn die Exzellenz aller dieser Dinge nicht in Fleisch und Blut übergegangen ist, wird auf eine besondere Wirkung keinen rechnen können. Um solchen Erfolg zu erzielen, gehören außer der planmäßigen Vorbereitung und guten Schulung der Kräfte auch noch Fleisch, Ausdauer und Begeisterung dazu. Wenn also diese Bedingungen erfüllt sind und verbunden werden mit einer freundlichen, kollegialen Behandlung gegenüber den zu gewinnenden Kollegen, kann die wichtigste Meinbarkeit für den Verband unternommen werden. Wenn dann trotz allem noch Mißerfolge zu verzeichnen sind, darf immer noch nicht an der endlichen Wirkung gezwifert werden. "Kein Baum fällt auf den ersten Streich." Immer von neuem muß die Agitation unternommen werden. Wenn möglich, sind jedesmal andere Wege über den Wert der Organisation ins Feld zu führen; immer neues Material muß den uns noch fernstehenden Kollegen übergeben werden. Die mit der Agitation betrauten Kollegen müssen mit den für unsere Organisation noch zu gewinnenden Personen die engste Fühlung nehmen. Die persönliche Fühlung und die dadurch ermöglichte Ausklärung sind so dazu recht geeignet, unseren Ideen und Strebsamkeiten die weiteste Verbreitung zu geben. Es ist eine beschwerliche Kleinarbeit, aber bei richtiger Durchführung auch die erfolgsreichste.

Zur Förderung der Agitation und zum Zwecke der Einfeilung der Lohn- und Agitationsbezirke sind zwei Beiratssitzungen abgehalten worden.

Der Gauvorstand verhandelte fünf Sitzungen an die Zweigvereine, wovon drei die Agitation betrafen, eins behandelte die Lohnbewegung und eines betraf die Statistik. Über die statistischen Erhebungen ist zu bemerken, daß immer noch eine ganze Reihe Zweigvereine sich nicht daran gewöhnen kann, die Fragebögen rechtzeitig einzufüllen. Ein manchen Raum genügt auch noch eine wiederholte Mahnung nicht, sondern mit viel Zeit- und Geldverlust muß der Fragebogen von einem Mitglied des Gauvorstandes eingeholt werden. Für die Zukunft muß hierin eine Lektion eingehen.

Die Räten- und Buchführung war im Durchschnitt ausfriedenstellend. Einige Zweigvereine lassen allerdings noch viel zu wünschen übrig, namentlich betrifft der Einführung der Quartalsberichte an die Verbandsställe; trotz aller Ermahnungen kommen regelmäßig dieselben Vereine als Nachzügler auf die Liste. In einem Zweigverein ist auch eine Unterlagerung von ca. 30 vorgekommen. Der ungetreue Kassier ist verpflichtet worden, ratenweise das veruntreute Geld abzuzahlen.

Der Protokollierung der Versammlungsbeschlüsse sowie der Vorstandssitzungen wird durchgehend viel zu wenig Bedeutung beigelegt. Trotzdem, daß der Gauvorstand seit Jahren bemüht war, in den Vorstandssitzungen und bei den Reisefees auf die Notwendigkeit eines gut geführten Protokolls hinzuweisen, wird sehr selten noch in den großen Zweigvereinen nach dieser Richtung scharf gefüngt.

Reisefees wurden in 25 Zweigvereinen vorgenommen. Zur Erleichterung der Geschäfte wurden außer der Sonntagsarbeit noch 65 Arbeitstage von den Mitgliedern des Gauvorstandes — den Vorständen nicht mit eingerechnet. Der Vorstandige war 27 mal außerhalb Hamburgs beschäftigt. Die umfangreiche Korrespondenz bestand aus 1456 eingegangenen Sendungen, verteilt auf 1018 Briefe, 251 Postkarten, 43 Telegramme, 10 Postanweisungen (die an den Kassier adressiert sind nicht mit eingebettet), 4 Pakete und 128 Drucksachen. Demgegenüber wurden 2108 Sendungen aller Art abgeschickt, die sich auf 1408 Briefe, 129 Postkarten, 93 Telegramme, 7 Postanweisungen, 16 Pakete und 460 Drucksachen verteilen.

Wie im verlorenen Jahre, werden wir uns auch im laufenden Jahre bemühen, die Organisation auszubauen und zu stärken, damit die Leistungsfähigkeit und die Kraft des Verbandes erhöht wird. Bei einheitlichen Zusammenarbeiten mit den Zweigvereinvorständen und den gesamten Mitgliedern kommt der Erfolg solcher gemeinsamen Tätigkeiten nicht ausbleiben: die Befreiung von dem Joch der Lohnabhängigkeit sowie die Erhöhung der Lebenshaltung aller unserer Kollegen.

Jahresabrechnung für 1905.

Übersicht:

Gehalt des Vorständen	2188,-
Gütagener Arbeitsverdienst an andere Kollegen	452,80
Diäten	2078,75
Farbgelb	1873,10
Drucksachen	177,61
Posto und Schreibmaterial	447,50
Bureaukosten, Reinigung, Feuerung, Dienststellen	938,21
Siegung und Revision	64,25
Reinigungsboden	38,92
Konferenzkosten	121,60
Umgangskosten	7,90
Versicherung des Vorständen	86,-
Summa	M. 7874,54

Guthaben:	
Guthabenstand vom Jahre 1904	M. 4924,44
Vom Gauvorstand erhaltenen Beiträge nach § 8 des Statutus	6258,75
Abzüge für Streitteilung zurück	649,80
Beiträge der Zweigvereine	2149,45
Zinsen für 1904 und 1905	116,45
Summa	M. 13395,09

Vorstand:	
Einnahme	M. 13395,09
Ausgabe	7874,54
Guthabenstand	M. 6020,55
Hugo Kober, Vorsteher, Hugo Steiniger, Kassier, Fritz Borch, Adolf Danne, Fritz Schmiddeke, Reisefees.	

Gerichte.

Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorstandsmitschriften sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstagabend für die laufende Nummer bearbeitet werden.

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß Bestellungen und Adressenänderungen nur dann für die laufende Nummer verübt werden können, wenn sie Dienstagabend in unseren Händen sind.

Eine Warnung für ungetreue Kassierer.

Zu dem in voriger Nummer mitgeteilten Urteil in Sachen des früheren Kassierers des Zweigvereins Borsigheim, Reiske, ist noch nachzutragen, daß er aus zum Verlust der staatsbürgerschen Ehrenrechte für die Dauer von drei Jahren verurteilt worden ist. Die Ehrenrechte in der Arbeiterbewegung hat er für immer verloren.

Berlin. Der Zweigverein Berlin hält am 2. März im Gewerkschaftshaus eine außerordentliche Generalversammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1. Vortrag des Gauvorstandes über: "Die sozialistische Welt und Lebensanschauung". 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches. Der lehrreiche Vortrag des Referenten wird sehr befähigte Aufnahme, eine Diskussion einflimmig angenommen, den russischen Freiheitskämpfern M. 3000 auf überwiesen. Ein Unterstützungsantrag für einen in Not geratenen Kollegen wurde ebenfalls einflimmig angenommen. Für die Delegierten zur Gaukonferenz wurden M. 4 als Diäten festgesetzt. Außerdem wurde der Bibliotheksfonds 500 M. überwiesen.

Delitzsch. Die am 4. März im "Lindenhof" tagende öffentliche Maurerversammlung war von fast sämtlichen Kollegen besucht. Sie beschäftigte sich zunächst mit der Lohnfrage. Kollege Brünig erhielt den Bericht über die am 1. März geslogenen Verhandlungen mit den Unternehmern. Gefordert wurden ein Stundenlohn von 45 Pf. vom 1. März bis zahlbar, ferner für Nacharbeit von 45 Pf. pro Stunde. Das Ergebnis der Verhandlung war, daß die Unternehmer sich bereit erklärten, vom 3. März bis 15. April einen Stundenlohn von 48 Pf. und vom 15. April ab 45 Pf. zu zahlen. Der Lohn für Junggesellen im ersten Jahre bleibt der gegenwärtigen Vereinbarung überlassen. Alle übrigen Forderungen wurden von den Unternehmern anerkannt. In der Diskussion wurde von allen Rednern die Annahme dieses Vorschlags empfohlen. Er wurde sodann einflimmig angenommen. Der Vorsitzende, Kollege Baum, erfuhr dann die Kollegen, für strenge Durchführung dieses Beschlusses Sorge zu tragen. Er teilte ferner mit, daß dieser Tarif jedem Kollegen gebraucht zugestellt wird. Außerdem sollen auf den einzelnen Baustellen Erhebungen über die Einhaltung dieser Vereinbarung gemacht werden. Ferner wird die Lohnkommission beauftragt, die Annahme dieser Vereinbarung den Unternehmern mitzuteilen. Dann hielt Kollege Koch aus Leipzig einen Vortrag über "Zweck und Nutzen der Organisation". Er führte an, Kreisfests aus, wie durch den mit dem 1. März in Kraft tretenden Vorsitzende die Lebensweise der Arbeiter bedeutend verschlechtert wurde, so daß die Arbeiterschaft, wollte sie die Versicherung des Lebensmittel nicht auf ihre Familie wirken lassen, gezwungen wäre, mit neuen Forderungen an die Unternehmer heranzutreten, um dadurch einen Ausgleich dieser Mängel zu schaffen. Er forderte ferner die Kollegen auf, die nicht allein die gewerkschaftliche Organisation in der Lage sei, Verbesserungen der Lebenslage der Arbeiter herbeizuführen, sich der politischen Organisation anzuschließen und eine dementsprechende Presse zu lesen. Mit dem Vorschlag, daß sämtliche Kollegen es sich zur Pflicht machen, am Ausbau der Organisation mitzuwirken, schloß Redner seinen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag. Hierauf teilte der Vorsitzende mit, daß der Beifall pro Stunde bei einem Lohn von 45 Pf. pro Stunde laut Statut auf 45 Pf. pro Woche erhöht wird. Ferner erfuhr Redner die Kollegen, sich bei der Verbreitung des vom Hauptvorstand Ende März herausgegebenen Blattgatts zahlreich zu beteiligen. Nachdem die drei Kollegen hörten aufzuspielen lassen, schloß der Vorsitzende mit einem Vogel auf die deutsche Maurerbewegung die Versammlung.

Enden. Der hiesige Zweigverein hält am 27. Februar seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab, die gut besucht war. zunächst liegen sich vier Kollegen auf, dann wurde darüber gesprochen, daß bei der augenblicklich hier verschiedenen guten Baufonctionstufe sehr viele Mängel auf den Bauten sich eingeschlichen haben. Dazu gehört auch, daß die Unternehmer durch allerlei Mittel versuchen, die schon seit einem Jahre hier abgeschaffte Aufforderung wieder einzuführen. Namentlich ist es der Unternehmer Böschner, der sich hierin herbornt, indem er damit droht, auswärtige Maurer heranzuziehen, wenn sie die Enden weigern sollten, seine Arbeiten im Aufforderung auszuführen. Da wohl anzunehmen ist, daß er seine Drohungen wahr zu machen versuchen wird, so seien die Kollegen allerfalls auf den Unternehmer Böschner aufmerksam gemacht, damit sie sich nicht für seine Aufforderung einzufangen lassen.

Gelsenkirchen. (Fahrsbericht.) Das verflossene Jahr war für unseren Zweigverein recht bemerkbar. Nachdem die Lohnbewegung gleich zu Anfang des Jahres für den ganzen Landesbezirk mit Erfolg für die Kollegen beendet war, durfte man annehmen, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch Verträge geregelt und bis zum 31. März 1906 festgelegt waren, daß nunmehr eine Zeit der ruhigen Entwicklung und des Ausbaues der Organisation nach allen Richtungen hin eintreten könnte; aber es sollte anders kommen. Nach dem der junge aber recht kampfeslustige Arbeitgeberbund des Baugewerbes im hiesigen Industriegebiet einsetzen mußten, daß die Gefahr, die er durch die strikte Auspaltung in Dortmund und den verschiedensten anderen Orten, wo Verträge nicht bestanden, heraufbeschworen hatte, nicht kommen konnte, wurden auch wir durch den schändlichen Vertragsbruch der Unternehmer im Monat Juli zum zweiten Male in den Kampf hineingezogen. Den Vertrag und das Resultat dieser Bewegung näher zu schildern, ist nicht nötig; das ist genügend bekannt. Doch das muß gelagert werden, trotz der kurzen Zeit, wo im hiesigen Bezirk von einer gut fundierten Organisation die Röde sein kann, haben diese beiden Bewegungen, obgleich von den Friesenlegern, unseren gesamten Kollegen Vorteile gebracht, wie solche kaum in einem anderen Bezirk zu verzeichnen sein dürften. Wenn man bedenkt, in einem Zeitraum von circa zwei Jahren Erhöhung der Stundenhöhe um 10 & und zum Teil sogar noch darüber, Regelung und Verkürzung der Arbeitszeit von 12 und mehr Stunden auf 10, ind doch so manches andere, namentlich in bezug auf sanitäre Gebiete, wie Schutz und Sicherstellung von Leben und Gesundheit der Bauarbeiterchaft, so sollte doch endlich jeder Bauarbeiterkollege den unendlich hohen Wert des Zentralverbandes der deutschen Maurer erkennen und die richtigen Schritte daraus ziehen, und die Erfolge würden in Zukunft noch ganz bedeutend größer sein. Insoweit kann das verflossene Jahr als recht befriedigend bezeichnet werden; durchaus unbefriedigend ist es aber, daß der Mitgliederverlust trotz der vorerwähnten Erfolge, trotz der Aufklärung und Betehrung nach allen Richtungen hin, nennenswerte Fortschritte nicht gemacht hat. Er betrug am Schlusse des ersten Quartals 1905 613, im zweiten 620, im dritten 636 und im vierten 641 Mitglieder. Allerdings steht der Ausbreitung unseres Verbandes große Schwierigkeiten entgegen. Da ist in erster Linie der Mangel an geeigneten Votabalen. Ist es schon in der Großstadt Gelsenkirchen schlecht damit bestellt, so steht der Arbeiterschaft in Wanne nur ein einziges Votab zur Verfügung; genauso so geht es der Bahnhofsteile Horst. Sodann liegt ein großer Teil unseres Zweigvereinsgebietes in dem so berühmten Ruhrgebiet. Hier ist es bis jetzt überhaupt noch nicht gelungen, ein Votab zur Versammlung zu bekommen. Das unter solchen Zuständen, die die Organisation nur schwer Fortschritte machen kann, ist klar. Auch dem Unternehmerumstanden wir freien Verbänden besonders schwer im Wagen zu liegen. Man muß diese Folgerung aus verschiedenen Umständen ziehen. Kommen z. B. Verbandskollegen, um nach Arbeit zu fragen, so heißt es öfter, es werden keine Maurer gebracht; kommt aber am selben Tage oder doch bald nachher ein ganzes Rudel aus Gengen, die vom Organisationsgedanken noch nicht berührt sind, so ist mit einem Male Arbeit in Hülle und Fülle vorhanden. Man weiß wahrscheinlich nur zu gut, daß letztere viel gebüdiger Ausbeutungssubjekte sind. Auf den Bauten, wo unsere Kollegen Arbeit erhalten, kommt es nicht selten vor, daß sie verlungen, neue Mitglieder zu werben; auch bringen sie häufig darum, daß die Vertragsbestimmungen korrekt durchgeführt werden, was beständig gelagert, eigentlich nicht erst nötig sein sollte, indem sie von allen Unternehmern ohne weiteres von selbst durchgeführt werden sollten. Wenn aber unsere Kollegen auf die Durchführung der Bauarbeiterbestimmungen usw. achten, dann scheint sie den Unternehmern, vorstehen z. B. besonders unbenutzt zu werden. Nach dem bekannten Grundsatz: "Will man einen Hund hängen, findet sich auch der Strick dazu", sucht man sich dann unter irgend einem Vorwand solcher, unbehaglichen Friedensförderer zu entledigen. Es kommt hinzu, daß es gewöhnlich nicht lange dauert, dann ist doch Rücksicht so bekannt geworden, daß es ihm beim selten Willen nicht mehr gelingt, am Orte Arbeit zu erhalten. Mag er sonst der reellste und stärkste Arbeiter sein; doch er muß einmal nicht fassebuden und unterläßt Kräfte vor dem Unternehmer und seinen Trabanten machen kann, wird ihm schließlich zufolge Verhängnis, so daß ihm nichts anderes übrig bleibt, als den Ort zu verlassen. So geben dann recht oft die läufigsten Kollegen der Organisation am Ort verloren. Noch ein anderer Umstand, der der Ausbreitung der Organisation sehr hinderlich ist, muß erwähnt werden: die ungeheure Inflation. Bei 520 Neuaunahmen im Jahre ein Wehr an Mitgliedern von 281 bei halbwegs stabilen Verhältnissen müßte man meinen, daß sich der Zweigverein um die Hälfte der Neuaunahmen hätte vermehren müssen. Der größte Teil von diesen wird ja für den Betrieb dauernd gewonnen sein, aber der Zweigverein selbst hat an Mitgliedern so gut wie nichts gewonnen. In Vertrags kommt auch, daß es im Industriebezirk so ungewöhnlich wenig wirklich anständige Kollegen gibt, von der Gesamtzahl im Zweigverein kaum 15 p. 100. Auch das wirkt nicht befriedigend und fördert auf die Organisationsverhältnisse. Es fehlt bei einem großen Teile das eminent hohe Interesse, das notwendig ist, den Mut und die Opferfreiheit des einzelnen so zu stärken, daß er trotz aller Belästungen und Hindernisse sein ganzes Können für die Organisation einsetzt und damit die dauernde Verbesserung seiner kriegerischen Lage, sich unter allen Umständen zu erkämpfen bereit ist. Bleibt man alles biebes in Rechnung, so ist zwar kein Grund, mit den Verhältnissen aufzureden zu sein, aber bestreitlich dürfte es werden, wairum nicht mehr erreicht werden konnte. Die Möglichkeit, die Organisation auch in unserem Bezirk noch viel mehr auszubauen und zu stärken, ist trotzdem vorhanden. Es wird nur darauf ankommen, ob fortan bei allen Kollegengen der gute Wille, die Einsicht, und vor allen Dingen das Interesse vorhanden ist, trotz aller Hindernisse gemeinsam mit ihrer Leitung nicht zu rüben, und zu rästen, bis der letzte Mann der Organisation aufgeführt ist. Als ein weiterer unerfreulicher Zustand ist zu verzeichnen, daß ein großer Teil unserer Kollegen zwar weiß, daß sie ganz bestimmte Rechte haben, von ihrer Organisation etwas zu verlangen, auf der anderen Seite aber vielfach verzerrt, daß demgegenüber auch ganz bestimmte Rechte erfüllt werden müssen. Soll die Organisation schließlich nicht schweren Schwaden durch die Säumigkeit der eigenen Angehörigen erledigen, werden auch die Kollegen unseres Bezirks dafür sorgen müssen, daß die Verbaubestimmungen etwas prompter als bisher gezeigt werden. Hoffentlich sorgen sie dafür, daß am Schlusse

dieses Jahres in betreff Vertragszahlung nur Güntiges berichtet werden kann. Die Rässenberghälfte gehalten sich folgendermaßen: Die Einnahme der Hauptfeste betrug an reinem Marktentkauf M. 10819,95. An Beitragssmartern wurden insbesondere Arbeitslosenmarken insgesamt 1445 Stück verbraucht. Das macht auf eine durchschnittliche Mitgliederzahl von 627 berechnet 84,2 Silde pro Mitglied und Jahr. An die Hauptfeste obgegangen wurden M. 6889,70. Die Lofatsche wies eine Einnahme von M. 4882,14 auf, die Ausgabe betrug M. 4801,54, so daß uns ein Kostenbestand von M. 80,60 verbleibt. Der Kostenbestand hätte können wohl höher sein; es ist aber zu berücksichtigen, daß wir für Agitation ziemlich erhebliche Aufwendungen, nämlich M. 416,55 machen müssen. Hier wird auch in Zukunft nicht gespart werden können. Das Versammlungsleben spielt sich in 9 öffentlichen und 60 Mitgliederversammlungen ab. Außerdem fanden noch 28 Versprechungen in den Zählstellen und 11 Sitzungen des Vorstandes statt. Unsere Schriftstellungscommission mußten wir 19 mal in Bewegung setzen. Die Deichsverwerben endeten in 16 Fällen zu Gunsten, in 2 Fällen zu Ungunsten der Kollegen; eine Verwerbung wurde zurückgezogen.

Göteborg. In unserer im Februar abgehaltenen Hauptversammlung war auch Kollege Kürle aus Waldburg anwesend. Es wurde zunächst der Kassenbericht verlesen und anschließend zur Vorstandswahl gesprochen, in der der Vorsitzende und Kassierer wieder und die anderen Vorstandsmitglieder neu gewählt wurden. Alsdann nahm Kollege Kürle das Wort und schloßte in seinem über eine Stunde währenden Vortrage die Ungültigkeit der hiesigen Lohn- und Arbeitsbedingungen. Sodann wurde der vom Gauvorstand ausgearbeitete Tarif an die Unternehmer verlesen und mit einigen Änderungen angenommen. Der Arbeitgeberbund von Waldburg-Göteborg schreibt auf unsere Frage: "Auf Ihr gef. Schreiben die erste Mitteilung, daß die Regierung der gestellten Wünsche auf Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen des Dienstes in Verbindung mit dem Gauvorstand eintrat. Sodann wurde die Ergebnisse der Gaukonferenz ein. Ein Ansporn sein, noch mehr als bisher für den Verband zu wirken. Nun fühlt sich aber der Herr Maurer und Zimmermeister Richard Stengel, obgleich er dem Arbeitgeberbund angehört, verpflichtet, uns eins auszuspielen, indem er schreibt: "Auf Ihre Mitteilung erlaube mir, Ihnen bekannt zu machen, daß wir vorläufig in keine Lohnverhandlung einzutreten und zwar aus folgenden Gründen: 1. Sind für jetzt nur zwei Votab in Aussicht. 2. Bei einer Arbeitszeit von 5-8 Uhr (also 18 Stunden), wie es meine Leute wollen, kann ich einen höheren Lohn nicht zahlen. 3. Die Arbeitsleistung ist bei unserem sehr weit verbreitet liegenden Arbeitshäfen auch bedeutend geringer, als bei einem Bauplatz, der den ganzen Tag unter Aufsicht des Meisters steht. Sollte sich jedoch etwas einstellen, so hebe ich mit meinen Leuten den Lohn noch vereinbaren". Hoffentlich gelingt es uns, die bei diesem Unternehmer arbeitenden Kollegen recht bald zu organisieren. Sieht dann der Unternehmer, daß sich alle Maurer einig sind, so wird er sich wohl auch bequemen, die von seinen Kollegen den Gefallen zugeschriebenen günstigeren Lohn- und Arbeitsbedingungen ebenfalls anzuerkennen. Also auf zur Agitation!

Lahr. Sonntag, den 4. März, fand hier die nächst wichtige Mitgliederversammlung statt. Nach Erledigung der allgemeinen Geschäfte wurde scharfe Kritik gegen die Mitglieder der Zentraltarifkommission, "Grundstein zur Einigkeit" geführt; indem sie sich nicht allein nicht unserer Organisation angeschlossen, sondern auch andere Kollegen von uns fern halten. Insbesondere ist es der Vorsitzende der Käfe, Bängler, der jede Gelegenheit benutzt, um zu schädigen. Hoffentlich wird auch in Lahr die Zeit kommen, wo wir die Kranenkäfentollegen von der Notwendigkeit der Organisation überzeugen und Herrn Bängler, in seine Schranken verweilen können.

Lüdenscheid. Samstag, den 8. März, tagte hier eine schwach besuchte Mitgliederversammlung. Ganzfach machte der Vorsitzende die Mitteilung, daß die Wahlen der Vertreter zur Kartellkantonsfeste der Bauhandwerker für ungültig erklärt worden seien. Nachdem der Vorsitzende die ganz unbedeutenden Gründe, die zur Ungültigkeitserklärung geführt haben, mitgeteilt hatte, erfuhr er die Kollegen, eine rege Agitation zu der am 20. März, Vormittags 12 bis Abends 8 Uhr stattfindenden Neuwahl zu entfallen, damit nicht von den 28 Mandaten, wie bei der letzten Wahl, 4 den Christlichen zufielen. Der Kartellbericht, der schon einmal vertragt worden war, erlitt daselbe Schicksal, weil kein einziger Kartelldelegierter erschien. Alsdann hielt Kollege H. Schmidt einen ebenfalls aufgenommenen Vortrag über: "Die Pflichten der Bauabgeordneten und die Taktik bei der Agitation". Als besonders wichtige Pflichten der Bauabgeordneten nannte er die Überwachung des Vertrages, der Unfallverhütungsvorschriften sowie der Baupolizeiverordnungen, des weiteren die Bücherkontrolle, die Pflege der Solidarität, und vor allen Dingen die Agitation auf der Bauplätzen. Hierzu stellte sich natürlich keine bestimmte Taktik festlegen, man lasse sie eben den berücksichtigten Verhältnissen anpassen. Auf die ungewöhnliche Preissteigerung der notwendigsten Lebensmittel, die Steuer- und Zollpolitik hinweisend, wies Redner nach, daß Agitationstafel genügend vorhanden sei. Zum Schluß erfuhr er die Kollegen, jeder möge an seinem Teile mitwirken an dem großen Werke der Befreiung der Arbeiterklasse von der Knechtlichkeit des Kapitals. In der Diskussion wurde festgestellt, daß die Kollegen Chr. Dittmann, Gott. Höhle, Joh. Neidell und Georg Neidell im vorigen Jahre zu Unrecht auf die Liste der "Arbeitswilligen" gezeichnet worden sind.

Lüchow. Da uns hier kein Votab mehr zur Verfügung steht, so werden die Kollegen erfuhr, die Wirtschaften, die einen Saal haben, ihn uns aber nicht zur Verfügung stellen, streng zu meiden.

Potsdam. Nach Erledigung mehrerer Aufnahmen und geschäftlicher Mitteilungen nahm die am 6. März abgehaltene Versammlung unseres Zweigvereins den Bericht des Kollegen K. u. n. o. über die in Berlin abgehaltene Gaukonferenz entgegen. Er führte aus, daß nach dem Vorstandsbereich die Bautonkunst des vergangenen Jahres in allgemeinem günstig war. Das sei auch für unseres Bezirks aufzutreffen. Trotzdem habe die Agitation für die Bringsand und Forderungen des Verbandes nicht überall mit den notwendigen Energie eingesetzt. Auch bei uns sei in dieser Beziehung noch ein gut Teil Arbeit zu leisten, die an die Opferbereitigkeit der schon aufgelaufenen und vorwärts

freibenden Kollegen allerdinge hohe Anforderungen stelle. Die Mittel, mit denen die Unternehmer namentlich im südlichen Teil des Regierungsbezirks Frankfurt a. d. O. operieren, seien zum Teil auch hier noch im Schwange. Treten sie auch nicht so aufwändig zu Tage, so wird auch im Potsdamer Bezirk die Organisation nicht immer mit dem nötigen Erfolg behandelt, vielmehr wird eine Spaltung im Zweigverein durch allerlei Schilderungen versucht, wie es namentlich durch die Aufforderung der Gefallen und Arbeiter durch die Überhebung an den Arbeitgeberverband an einer Machfrage gemacht, so daß meistens nur die beiden Organisationen der Unternehmer und der Arbeiter in Frage kommen. So wichtig das für die sozialpolitische Bedeutung der Organisation ist, so wichtig ist es aber auch, daß die Verbandsmitglieder bei Lohnbewegungen usw. nicht mit kleinlichen Dingen kommen, sondern ihre ganze Energie der Erreichung der Hauptziele zuwenden. Das an diesen vor allen Dingen die Verkürzung der Arbeitszeit gehört, sei eine gemeinschaftliche Selbstverständlichkeit, die auch in sozialer Beziehung mehr und mehr zur Geltung kommt. Durch die Einrichtung der auch hier bestehenden Haushaltierung haben wir ein gutes Agitationssmittel, das für die Organisation doppelt wichtig ist. Es gelte aber nicht bloß, diejenigen Mitglieder beim Verband zu halten und für dieziehen zu erzielen, sondern immer neue Mitglieder zu werden, namentlich in den ländlichen Orten. Geschehe das, so wirden wir fähig sein, unser wirtschaftliche Lage immer mehr zu verbessern und unser politisches Leben freier zu gestalten. Zum Schluß seines berühmten aufgenommenen Berichts gab Redner noch einige geschäftliche und finanzielle Mittelstellungen, die beweisen, daß die Organisationsentwicklung des Gaus trotz aller Schwierigkeiten stetig vorwärts geht. Und auch für den Potsdamer Zweigverein werden die Ergebnisse der Gaukonferenz ein Ansporn sein, noch mehr als bisher für den Verband zu wirken. Die Wiederwahl fand aller bisherigen Mitglieder desselben statt, so wie sie nicht abgelehnt hatten. Daß die meisten Kandidaten ablehnten, bildet eine erfreuliche Erhebung für die hiesigen Zustände, die nach der nun doch beigetragenen Abfrage hoffentlich endlich vollständig gefunden. Ein Interesse der gesamten Organisation liegt es, wenn die Kollegien ihren einstimmig gewählten Funktionären ihre Aufgabe so viel wie möglich zu erleichtern suchen, nicht aber, sie ihnen durch persönliche Neidereien zu erschweren oder gar zu vereinfachen. Mehr Vertrauen zueinander, dann wird auch die Einigkeit der Verbandskollegen trocken eingeläufigen Störenfriede wieder zu voller Geltung kommen! Aus Rücksicht auf den Versammlungstag des Wahlvereins soll unsere monatliche Versammlung auf einen anderen Tag verlegt werden, damit die beiden Versammlungen nicht von einem zum anderen Tage aufeinander fallen; hoffentlich wird diese Verlegung für den Besuch der Wahlvereinsversammlung durch unsere Mitglieder von günstigen Folgen sein. Wie es ja auch zu wünschen wäre, daß die begehrten Gewerke Worte des Vorsitzenden, Kollegen W. K. a. d. u. a. betreffend die größere Beteiligung unserer Kollegen auch an politischen Leben, die Unterstützung der Parteipresse usw., auf recht guten Boden gefallen sein mögen. Kollege Kürner wünscht dann noch eine vermehrte Berichterstattung der Kartelldelegierten; infolge der langen Tagesordnungen der letzten Versammlungen war dies nicht möglich, soll aber in Zukunft wieder geschehen. Nachdem noch auf die Wichtigkeit des Versammlungstempels für die Statthalter, auf die Bedeutung der Baudeputierten und die hier gegründete Arbeiterbildungsschule hingewiesen worden war, schloß der Vorsitzende die gut besuchte Versammlung mit dem Ersuchen auch die im April stattfindende ebenso resp. noch besser zu besuchende, da die Frage der Maistreiter diesmal infolge der heuer seinerzeit defekterter "Not" feierteig besonders wichtig ist.

Schwarzenbek. Am 25. Februar tagte hier die regelmäßige Mitgliederversammlung. Der Vorsitzende teilte mit, daß eine Agitation in Lüneburg ausgeführt worden sei auch sei mit dem Unternehmer Hadman Rückversprechen weger der Lohnverhandlungen genommen worden. Der Unternehmer habe verprochen, vom 1. April an 55 & Stundenlohn zu zahlen. Bestimmt sei aber nicht festgestellt vor den. Hierzu wurde unsere Lohnbewegung besprochen. Der bisherige Lohnräte am 1. April d. J. läuft ab, und ist ein Forderung an die Unternehmer gestellt worden, den bis herigen Stundenlohn von 42 & auf 50 & zu erhöhen und die achtstündige Lohnzahlung statt der bisherigen 14-tägigen Lohnzahlung einzuführen. Hierzu berichtete die Lohnkommission, daß eine Sitzung mit den Unternehmern stattgefunden habe, und daß die Unternehmer einige Punkte des ihnen zugesandten Lohnräte nicht anerkennen, sondern nur einen Stundenlohn von 48 & zahlen, das übrige Landgeld aber wegfallen lassen wollen. Ferner wollen sie die 14-tägige Lohnzahlung beibehalten. Hierzu beschloß die Versammlung nach längerer Diskussion, an dem Stundenlohn von 50 & festzuhalten. Beziiglich des Landgeldes wurde beschlossen, solches zu fordern, wenn die Arbeit mehr als 7 km vom Wohnort des Unternehmers entfernt ist. Die 14-tägige Lohnzahlung wurde beibehalten. Die Lohnkommission wurde beauftragt, diesen Schluß den Unternehmern mitzuteilen.

Sonderburg. Am 8. d. M. fand hier im "Gewerbeschau" unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt, die trotz genügender Belästigung nur müßig besucht war. Zunächst wurde die Maizugelung zweier Kollegen auf dem Bau der Marinestation zur Diskussion gestellt. Es wurde von der Versammlung beschlossen, die Sache dem Vorstand und der Lohnkommission zur Regierung zu überweisen. Des weiteren wurde der frühere Kollege W. Jensen vom Verband wegen grober Eleidigung des Verbandes und rücksichtiger Beiträge wege geschlossen. Darauf wurde vom Vorsitzenden darauf aufmerksam gemacht, daß in dem nahegelegenen Ort Gravenstein eine regelmäßige Agitation für den Verband zu entfallen sei, da in dem vorliegenden Ort noch kein organisierte Kollege ist. Der Vorsitzende W. Stier und der Käffier H. Böhmhoff sollen die Agitation dort entfallen.

Taucha. Eine am 24. Februar abgehaltene öffentliche Maurerversammlung beschäftigte sich mit folgender Tages-

ordnung: Bericht von der Gaulonenkonferenz Altenburg und innere Berufsbürgerschaften. Aus dem vom Vertrauensmann erfassten Bericht über die Gaulonenkonferenz ersah man, daß gerade die wichtigsten Punkte, wie Gehaltsverhöhung und Neuwahl, bis zur letzten Stunde verdrängt worden sind. Hierzu bemerkte ein Kollege, man möge in Zukunft zwei Tage für die Tagung des Gaulages festlegen und die oben erwähnten wichtigen Punkte zu Anfang verhandeln. Ferner wendete sich die Versammlung, strittig gegen die Gehaltsverhöhung mit rückwirkender Kraft. Auch tauchte die Frage auf, ob ein Referat vom Bauvorstand von der örtlichen Verwaltung bezeichnet werde, da ein Kollege anführte, daß man in Erfurt für ein solches M 25 bezeichnet habe. Unter „Innere Berufsbürgerschaften“ überwies man der Verwaltung die Angelegenheiten mit Wertheim zur Untersuchung. Zum Schluß wurde noch bemerkt, daß sich in Witten, Peitz, Leipzig, ein Bau befindet, an dem schon etliche Wochen kein Rohr ausgegraben worden sei. Von einer Bausperre habe man aber bis heute nichts wahrgenommen.

Ulm. Am 1. März tagte im „Kronenstall“ eine Versammlung des Zweigvereins, die sich besonders mit der Frage der Anstellung eines Kollegen als Losalbeamten für das weit ausgedehnte Zweigvereinsgebiet beschäftigte. Der Gaulenster Stolle befürwortete unter Hinweis auf die Notwendigkeit einer Gehaltsverhöhung den dahingehenden Antrag. Die Verhältnisse bedingen für die Ulmer Maurer eine Gehaltsverhöhung, die sie aber nur durch eine starke Organisation zu erringen. Sollte die zu leistende Agitation habe aber die bisherige Tätigkeit des Zweigvereinsvorstandes, der dabei seinen Berufsgeschäften nachgehen mußte, schon lange nicht mehr ausgereicht, man müsse darum den Schritt tun und einen Kollegen anstellen, der diese Arbeit zu leisten habe. Freilich bedinge die Anstellung auch zugleich eine Gehaltsverhöhung um M 5. Nach längerer Diskussion beschloß die Versammlung in diesem Sinne. Das Gehalt des anstellenden Kollegen wurde auf M 1000 pro Jahr festgesetzt. Die darauf vorgenommene Wahl ergab, daß der Kollege Bantleon einstimmig zum Losalbeamten gewählt wurde. Kollege Bantleon dankte den Kollegen für das Vertrauen, daß sie ihm durch diese Wahl bestätigt hätten, und vertrug, sich alle Mühe geben zu wollen, um es zu rechtfertigen. Damit wurde die Versammlung geschlossen.

Wanne. Eine gemeinschaftliche Mitgliederversammlung der Maurer und Hölzearbeiter fand am 10. März im Homburgischen Lotal statt. Das Hauptthema war „Organisation und Agitation“. Als Referenten waren die Kollegen Bendler aus Herne und Hempel aus Düsseldorf erschienen. Sie verstanden es, den Anwesenden klar zu machen, was zu tun ist. Bendler beprach den Bollstark. Hempel betonte, daß nur durch eine einheitliche Agitation etwas gutes erzielt werden könne. Er erfaßte das Delegiertenwesen, das gerade hier gute Erfolge verzeichnete, da die meisten der Beteiligten noch nicht organisiert seien. Beide Redner wurde durch lebhaften Beifall bewiesen, daß die Versammlung mit ihren Ausführungen einverstanden war. Die erste Delegiertenversammlung findet am 17. März bei Homburg statt. Weiter wurde einem Kollegen eine Untersuchung von M 15 gewährt. Der Vorsthende gab daran, daß vom 1. April an 80 Beitrag zu zahlen sind. Da die Zeit schon weit vorgedrehten war, wurde die Versammlung mit einem kräftigen Hoch auf die freien Gewerbeschäften geschlossen.

Weida. Sonntag, den 4. März, fand unsere Mitgliederversammlung im „Schützenhaus“ statt, die trotz der wichtigen Tagessordnung leider nur schwach besucht war. Die Abredung vom letzten Wintervergnügen ergab einen Überlauf von M 48,17. Darauf ist unser Lotalfonds auf M 120 angewachsen, wovon M 100 auf die Sparstasse angelegt sind. Hierauf machte der Vorsthende bekannt, daß in diesem Monat noch eine Blüthülfte vertrieben mit Hausagitation vorgenommen wird. Er forderte die Kollegen auf, sich zahlreich hieran zu beteiligen, damit die vorliegenden die uns noch fern sieben, dem Verbande zugeführt werden. Redner meinte zugleich auf unsere elenden Gehaltsverhältnisse hin und betonte, daß es nicht ausgeschlossen ist, wenn eine gute Baufortschritte eintritt, daß wir unsere Fortschritte den Unternehmen von neuem unterbrechen und bei einem ablehenden Bescheid, wieder in einem Lohnkampf eintreten. Nachdem der Karteiklebegierte noch Bericht von der letzten Sitzung erstattet hatte, gedachte der Vorsthende noch unseres kranken Kollegen Kühn, der schon seit Weihnachten im hiesigen Hopital liegt. Den kranken Kollegen wird eine Unterstützung bewilligt. Die nächste Versammlung findet am 1. April bei dem Mitglied Heinrich Bahl statt.

Werdau i. S. Eine öffentliche Maurer- und Bauarbeiterversammlung tagte Sonntag, den 4. März, im Restaurant „Pergola“. Bauvorsteher Jakob Leipzig referierte über die wirtschaftliche Lage des Maurer Deutschlands. Er gab den Anwesenden ein klares Bild, wie ihr Lage verhältnisse seien und bedauerte, daß die Kollegen von Werdau erst so spät an ihre Organisation gedacht haben. Zu der Diskussion gab der erste Vorsthende bekannt, daß am 25. März eine Klingblattverteilung stattfindet. Die Kollegen möchten sich zahlreich daran beteiligen. Eine Resolution im Sinne der Anstellungen des Referenten wurde angenommen. Kollege Jakob betonte in seinem Schlüßwort, wenn die Kollegen Einfuß auf die Unternehmer gewinnen wollten, so müßten sie die Versammlungen in Maßnahmen beurteilen. Der Unternehmer beurteilt nicht die Massen in Verbänden, sondern nur die Versammlungsbedürftige. Es sei daher Pflicht eines jeden Kollegen, auch den größten Kaufherrn aufzurütteln, damit er die Versammlung besuche.

Bentzentralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einigkeit.)

In der Woche vom 4. bis 10. März sind folgende Verträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Brandenburg a. d. Havel M 800, Deutscher Blumenstock 200, Schweinitz a. d. Elster 200, Mühlbeck 200, Harburg a. d. Elbe 200, Leipzig-Görlitz 100, Gransee 100, Saarmund 100. Summa M 1400.

Zusätzlich erhielten: Döberan i. M. M 400, Heilbronn 200, Mannheim 200, Dortmund 200, Heubach i. Hessen 200, Metzelen 100, Roßbach 100, Malchow i. Medd. 100, Kamperhain 50, Sausberge 50, Salzmann 50, Lüder a. Vbg. 50. Summa M 1700.

Arltona, den 10. März 1906.

Karl Reiß, Hauptklassierer, Wilhelmstr. 57.

Vom Bau.

Unfälle, Arbeitserschöpfung, Submissionsen etc.

Die Zweigvereinsvorstände werden dringend erfaßt, über alle in ihrem Bezirk bekannte werdenben Unfälle, mit kurzer Ausführung der Begriffsverständnis und der überlebenden Folgen, umgehend an den „Grundstein“ zu berichten. Ebenfalls über die aus Unfällen resultierenden Gerichtsverhandlungen, sowie über den Erlass von Arbeitserschöpfungsbefreiungen und über Submissionsergebnisse.

Bromberg. Auf dem Bau des Baumunternehmers Rudolph Gots ereignete sich Mittwoch, den 28. Februar, ein Unfall. Durch direkte Schuld des Unternehmers wurde ein junger blühender Mensch zum Sterben gemacht. Der Bau war im Rohbau fertig, und der Unternehmer wollte durch den 15jährigen Arbeitsbürgling „Thiel“ die Aufführung beenden lassen: Als sie das Treppenkappe anstiegen, begann diese, weil sie vorschriftswidrig gebaut war und jedes Schlag entbehrt, auch bereits nachzugeben. Gots verließ nun auf eine „geniale“ Idee. Er befahl dem Arbeitsbürgling, die Winde anzulegen, um die Kappe hochzuwinden und sie von oben zu verfeilen. Was vorausgesehen war, geschah. Durch das Anziehen der Winde ging das Mauerwerk aus den Fugen und stürzte auf den unten windenden Arbeitsbürgling hinunter. Ein Schrein, und er war von der Einschaltung und den Steinmassen begraben. Mit gebrochenem Oberkiefer, geschnittenen Gliedern und innerlichen Verletzungen wurde er herbeigezogen und in das Krankenhaus gebracht. Thiel, der Polter, namens Eduard Krich, welcher, nebenbei bemerkt, früher Mitglied unseres Verbandes war, die fachmännischen Fähigkeiten, um einen Bau auszuführen? Obgleich ihn ein Geiste auf die Unmöglichkeit seines Beginnens aufmerksam machte, ließ ihm seine Hebe gegen Verbandsmitglieder nicht so viel Zeit, über die technischen Notwendigkeiten nachzudenken. Hat sich der Unternehmer nicht eine schweren Körperverletzung zu schulden kommen lassen? Er mußte sich die Unmöglichkeit und der Gefahr seines Handelns bewußt sein. Hier sieht man wieder einmal, wie mit Menschen gespielt wird, nur um die Kosten des Umbaus zu sparen. Wie oft wird auf die Bauschäftsmaßregeln geschaut, die unsere Organisation verlangt zum Schutz der Arbeiter, und in welcher Weise werden die behandelt, die sich weigern, solche Befehle auszuführen. Gerade Rudolph Gots ist einer der schärfsten Verbandsgegner. Er möge nur zu demen kommen, die er heute sehr befähigt, dort kann er etwas lernen. Er wird dann in Zukunft solche unverantwortlichen Maßregeln nicht mehr treffen. Möge dieser Fall den Bromberger Maurern zur Warnung dienen und auch anderwo, wo solche Profitlust unter den Unternehmern herrscht, damit sie mit aller



Macht solche Fahrlässigkeit bekämpfen. Um ein richtiges Bild zu geben, haben wir diese Skizze beigelegt. Die genannte Kappe war außerdem durch das Treppenpodest und durch gemauerte Stufen belastet.

Der Fehler in der Anlage besteht, wie unsere Leser ja auch auf den ersten Blick sehen werden, darin, daß sich die Kappe nicht, wie es hätte sein müssen, an den Träger ansetzte, wo durch die ganze Treppe loszufallen in der Lust hing. Eine solche Hölzerei sollte man schlechtestens für unmöglich halten. Zu jünger Arbeit müßte sich gar kein Maurer hingeben.

Berlin. Ein schwerer Bauunfall, bei dem sechs Arbeiter verunglückten, darunter zwei lebensgefährlich, ereignete sich Donnerstag, 7. März, Vormittags bald nach 9 Uhr, in der Dorotheenstraße 23/24. Dort wird von der Baufirma C. Kuhn, Wilhelmstraße 172a, ein umfangreiches städtisches Gebäude ausgeführt. Am ersten Stock waren sechs Arbeiter, damit beschäftigt, Bemalungsarbeiten zu verrichten. Zwei von ihnen hielten den Balken, während die vier anderen ihn in Sägen zutragen. Plötzlich stürzte eine Eisenkappe zusammen und riß die sechs Arbeiter mit in die Tiefe. Im nächsten Augenblick wurden Hölzerne laut. Die zahlreichen in der Nähe der Unglücksstätte tätigen Arbeiter stürmten in Sicht herbei und machten sich an die Rettungsarbeiten ihrer Kollegen. Es gelang auch bald, alle unter den Trümmermassen hervorzutragen. Am schwersten verunglückten waren die Arbeiter Otto Siebert aus der Hennigsdorferstr. 24 und Hans Bräutigam aus der Hennigsdorferstr. 84. Sie wurden sofort nach der Unfallstelle in der Kronenstraße geschafft, wo der behandelnde Arzt schwere innere Verletzungen feststellte. Siebert mußte dann nach der Charité und sein Kollege nach dem Krankenhaus. Am Abend transportiert werden. Der Aufstand von beiden ist bedenklich. Die vier anderen Verunglückten kamen mit leichten Verletzungen davon und konnten nach ihren Wohnungen entlassen werden. Die Ursache des Unfalls ist voll ungenügende Absteifung sein. Eine Untersuchung ist eingeleitet.

Witten. Am 9. März, Nachmittags um 5½ Uhr, ereignete sich auf dem Neubau in der Unterleitertstraße ein Bauunglück. Der Maurer Herb. Gislert fiel infolge eines Fehltritts in die Treppenhaus die eiserne Treppe hinunter, wobei er mit dem Kopf auf diese ausrutschte. Er erlitt schwere Verletzungen.

Wolfsburg. Am 5. März 1906 wurde bei einem Umbau des Eisenbahn-„Panzer“ eine Eisenkonstruktion ausgestellt. Unter 2 Maurer, 9 Maurer, 2 Lehrlinge und 2 Arbeiter hatte Baugewerksmeister J. Peters die Rüstung. Ein Möbelbaum von 25 cm Durchmesser verjüngte sich nach oben auf 15 cm.

Er war so aufgestellt, daß er in einer Höhe von 8 m etwa 0,75 m überreichte. Zum besseren Halt waren zwei Schwellen angebracht, jede mit Scherzeng. Zum Aufnehmen der Last war oben ein Dreiecksieberblock, unten ein Zwischenieberblock angebracht. Gegen 1½ Uhr war die erste Säule etwa drei Meter aufgerichtet, da sich die Stroppe der in Druck stehenden Schwellen. In der Belebung ließen alleamt die Zugleine los; auch der Aufschlußhaken verlor den Kopf. Die 22 Rentner schwere Säule wurde von der hell gebliebenen Leine nach der Seite geholt und begrub im Falle unter sich den 67jährigen Bauarbeiter Joh. Harder, den 69jährigen Maurer Joh. Bremer und den 69jährigen Bauarbeiter Joh. Röhr. Harder war auf der Stelle tot, der Stulenkopf hatte ihn ins Rückgrat getroffen. Bremer erlitt einen Beinbruch und schwere Rückenverletzungen, Röhr kam mit leichteren Verletzungen davon. Es ist nicht bloßer Zufall, daß nur ältere Leute verunglückt sind; die jungen konnten über die herumstehenden Formstangen und sonstigen Utensilien sicher hinweg. Angemerkt ist, daß Peters auch alle Zeit beschäftigt, um so mehr müßte er an einer glatten Bahn sorgen. Am Nachmittag erzielte Peters ein Weiterarbeiten mit dem Hinweis, daß die Sache untersucht sei. Auf Geheis des Poliers ist donc aufgerückt worden. Die erste Untersuchung nahm Mor. Heinrichs, Senator und Baugewerksmeister, vor. Am 6. März d. J. war ein technischer Beamter am Bau, wie es schien, eigens zur Untersuchung entsandt. Er hatte eine kurze Unterredung mit dem Polier und dem Meister. Die sonst Beteiligten befragte er nicht. Am 6. März ließ man sein Auftragen der Unterlage, trog des Vorlasses, bei einem mangelhaften Absteifen der freitreibenden Säulen beweinen.

* **Submissionshöhen.** Die Bahnbedörde in Nürnberg hatte die Submission für Zimmermannsarbeiten beim Abriss einer Güterhalle und Aufbauen je einer Rastenkampe in Nürnberg und Fürth aus diesem Abrissmaterial eröffnet. Die Submissionsstellen stellten nachstehende Forderungen:

	Wittmann	Nürnberg	Wittmann	Nürnberg	Wittmann	Nürnberg
Th. Wittmann, Nürnberg	M 2348	746	2535	5828		
J. Kehr	"	1500	576	2140	4217	
Busch & Sohn	"	960	511	2591	4082	
Busch & Göbel	"	"	561	2923	3774	
Heinrichs, Nürnberg	"	850	608	2258	3761	
Gies in Fürth	"	888	647	2184	3566	
Wagner	"	540	602	2275	3417	
Schneider	"	480	886	1833	3219	
Mader	"	445	543	2178	3007	
Wimmer	"	650	328	1194	2172	
J. Bauer & Sohne	"	290	351	1144	1735	

Es besteht somit zwischen der höchsten und niedrigsten Forderung ein Unterschied von 230 (11) Prozent.

Bauarbeitererschöpfung im Herzogtum Braunschweig. Das Vorgehen der Bauarbeiterfahrt in Braunschweig für einen besseren Bauarbeitererschöpfung ist nicht ganz ohne Erfolg geblieben. Das Ministerium publizierte am 3. Februar in Nr. 8 der „Gesetz und Verordnungsfassung“ eine „Anweisung, betreffend Sicherheitsvorkehrungen bei der Aufführung von Bauten und Abrücksarbeiten“. Die ganze Verordnung umfaßt 15 Paragraphen und tritt mit dem 1. März 1906 in Kraft. Ihre vollständige Wiederholung ist hier natürlich nicht möglich, es ist aber zu wünschen, daß sich die im Braunschweigischen liegenden Zweigvereine mit der Verordnung recht vertraut machen und dafür sorgen, daß sie alle Bauarbeiter befähigt wird, sie jedem Organisationsmitglied in einem billigen Abrück zugänglich zu machen, wird es sich empfehlen, daß die Zweigvereinsvorstände in den Versammlungen recht oft auf ihre Bestimmungen hinweisen und sie nötigenfalls erläutern. Der § 1 bringt u. a. die Bestimmungen, daß die Arbeiter alle von ihnen wahrgenommenen Mängel dem Bauleiter mitzutun haben, daß Betrunkenen nicht beschäftigt werden dürfen, und daß der Genuss von, und der Handel mit Alkoholika auf den Baustellen überhaupt verboten ist. Dafür ist aber auf den Bauten für gutes Trinkwasser und für eine angemessene Waschgelegenheit zu sorgen. Im § 2 werden für alle Bauten, die an Straßen oder Plätzen liegen, wo Menschen zu verkehren pflegen, Bausäume von wenigstens 1,40 m vorgeschrieben. Der § 3 redet von den Schubdächern, die bei allen Bauten, die weniger als 5 m von der Straßenflucht entfernt liegen, angebracht werden müssen. Der § 4 ist den Baubuden gewidmet. Sie müssen so groß sein, daß auf jedem Arbeitstag 6qm Bodenfläche entfallen. Die Fußböden müssen aus Holz oder Stein bestehen. Über die Fenster, die in den Baubuden anzubringen sind, hat die Verordnung eine Bestimmung, die wir hier zum ersten Male in einer beschränkten Verordnung finden: „In den Baubuden sind gut schließende Fenster in dem Umfang anzubringen, daß die Gesamtfensterfläche wenigstens ein Zwölftel der Bodenfläche beträgt.“ Die Buden sind nötigenfalls auch zu belichten, regelmäßig zu reinigen und zu läften. Vom 15. Oktober bis zum 15. April muß sie der Arbeitgeber auf seine Kosten betreiben lassen. Gerade umw. dürfen nicht darin lagern, Keller als Baubuden zu benutzen, ist verboten. Der § 5 schreibt die Einrichtung der Aborten und Pissore vor. Die Zeit der beliebten dreiflügeligen Latrinen ist vorbei. Die Aborten müssen entweder regelrecht an die Kanalisation angeschlossen sein, oder müssen dichte Türen zur Verwendung kommen, die mindestens alle Woche regelmäßig desinfiziert werden müssen. In jedem Bau, der mehr als zwei Stockwerke hat, sind in jedem Stockwerk Urinale aufzustellen. Im § 6 wird angeordnet, daß auf allen Bauten, die mehr als einen Kilometer von einer Wohlsiedlung entfernt liegen, Verbandskisten vorhanden müssen. Die Fürsorge für die Verletzten ist unferes Gesetzes recht mangelhaft, ein Verbandskasten sollte auf jede in Bau stehende und er solle auch nicht nur Verbandskästen enthalten, wie die Verordnung vorschreibt, sondern auch antiseptische Mittel, etwa schwache Karbol, oder Hollolösungen. Der § 7 drückt aus, daß die Unfallverhütungsvorschriften der Bauarbeitsgenossenschaft als ein Teil der Verordnung gelten. Die §§ 8, 9 und 10 behandeln die Zuständigkeit der Behörden; danach liegt die Überwachung der Bauten in bezug auf Verfolgung der Vorführten den Stadtbauämtern, auf dem Baute der Baukommissionen ob. Auf Schluß der Gemeindebehörden können jedoch besondere Sachverständige mit der Überwachung betraut werden. Diese Bestimmung sollten unsere Kollegen nicht aus dem Auge lassen; von den Gemeinden muß das überall gefordert

werden. Die Landgemeinden können solche Sachverstände nur im Einvernehmen mit der Kreisdirektion bestimmen. In den Schluss- und Strafbestimmungen (§§ 11—15) wird dann noch ausgedehnt, daß bei einzelnen einfachen Bauten von den zuständigen Behörden, Städtebauamtern und Kreisdirektionen, Dispense von den Vorschriften erteilt werden können. Schwere weitergehende örtliche Bestimmungen werden durch diese Verordnung nicht erlaubt. Die Verordnung ist auf allen Arbeitsplätzen wo mehr als 5 Arbeiter beschäftigt sind, auszuhängen. Bei Zwischenabständen gegen die Bestimmungen treten Strafen bis zu A. 150. Geldstrafe bis 6 Wochen Haft ein. Außerdem liegt den Behörden die zwangsweise Durchführung der Vorschriften ob.

Mit diesen Bestimmungen lassen sich gewiß viele Missstände beseitigen, wenn auch nicht alle, aber Vorbereitung ist auch hier, daß die baugewerblichen Arbeiter auf dem Posten sind.

* **Bautätigkeit in deutschen Städten.** Seit vielen Jahren gibt das statistische Amt der Stadt Köln Bierjahresberichte über die dortige Bautätigkeit sowie anhangsweise über die Bautätigkeit in deutschen Großstädten heraus. Nach dem Bericht für das zweite Quartal 1905 heißt Bremen mit 11,26 Wohngebäuden auf 10 000 Einwohner den verhältnismäßig stärksten Zugang an Wohngebäuden auf. Es folgen Bremen mit 9,81, Duisburg mit 8,81, Düsseldorf, Dortmund, Kiel und Köln mit 4,98, 4,94, 4,92 und 4,24 usw. Am niedrigsten stehen Altona, Magdeburg und Braunschweig mit 0,79, 0,47 und 0,45. Der Durchschnittsjahrsatz belief sich auf 2,81. — Nach der Zahl der neu entstandenen Wohnungen nimmt Bremen mit 70 auf 10 000 die erste Stelle ein. Den nächstgrößten Zugang hatten Bremen mit 45; Duisburg und Kiel mit je 38; Charlottenburg mit 36; Dortmund und Hamburg mit je 31 usw. Am schwächsten stellte sich, auf die Seetengang bezogen, die (Brutto)-Zunahme der Wohnungen in Altona und Magdeburg mit je 5 und in Braunschweig mit 4 auf 10 000 Einwohner. Der Durchschnittsatz betrug 20. — Im Vergleich mit dem Befunde zu Beginn der Berichtszeit erfreuten sich Bremen und Duisburg mit 2,84 und 2,16 vpt. des stärksten Zuwachses. Im übrigen weisen namentlich noch Bremen (1,95), Kiel (1,74), Hamburg (1,37) hohe Altona und Magdeburg (je 0,20) dagegen sehr niedrige Werte auf. Durchschnittslicher Prozentsatz ist 0,91.

Die Bedeutung des Wohnungszuganges für das Wohnungsangebot richtet sich nach der Höhe des bereits vorhandenen überzähligen Vorrates von Wohnungen. Der Prozentsatz der leerstehenden Wohnungen stellte sich nach den letzten Zählungen am höchsten in Dresden mit 7,6. Auch Breslau, Bremen, Bremen, Königsberg, Düsseldorf, Mannheim, Hamburg und Duisburg verfügten mit 5,7, 5,0, 4,7, 4,7, 4,5, 4,4, 4,2, 4,1 und 4,0 vpt. über eine reichliche oder wenigstens genügende Anzahl unvermieteter Wohnungen. Verhältnismäßig wenig Wohnungen standen dagegen in Bremen, Halle, Altona und besonders Dortmund mit 1,8, 1,5, 1,2 und 0,2 vpt. zur Verfügung. Der Gegenüberstellung des Wohnungszuganges und des überzähligen Vorrates zeigt sich, daß, soweit Angaben nach beiden Richtungen vorliegen, in Dortmund die starke Bautätigkeit in einem beträchtlichen Wohnungsmangel und ungeliebten namentlich in Dresden, dann aber auch in München, Magdeburg, Königsberg, Essen, Leipzig, Mannheim usw. die geringere Bautätigkeit in einem reichen Angebot von leerstehenden Wohnungen begründet war. Andersfalls fällt ein hoher Wohnungszugang bei reichlichem überzähligen Vorrat in Bremen und Bremen und eine schwache Wohnungszunahme bei niedrigem Prozentsatz überzählender Wohnungen in Halle und Altona auf, in München und Altona lag allerdings die leichte Zählung der leer stehenden Wohnungen mehr als vier Jahre zurück.

Für die Größe der neu errichteten Wohnhäuser, an der Zahl der Wohnungen gemessen, bilden 20,80 in Charlottenburg und 2,26 in Bremen die Grenzwerte. Im Durchschnitt kamen auf das Wohnhaus 7,28 Wohnungen. — Einen besseren, wenn auch nicht absoluten Maßstab für die Größe der neu errichteten Wohnhäuser, als ihn der Kölner Bericht bestimmt, dürfte übrigens die Zahl der Wohnräume eines Hauses, nicht der Wohnungen, abgeben.

In Köln war die Bautätigkeit gegenüber denjenigen der gleichen Monate (April—Juni) der beiden Vorjahre namentlich durch eine geringere Anzahl von Wohnungsneubauten und durch einen stärkeren Abriss älterer Gebäude charakterisiert. Durch den Abriss von Wohngebäuden, an dem übrigens die Vororte verhältnismäßig stark beteiligt waren, gingen 140 Wohnungen ein, gegen 68 im Vorjahr, darunter 109 bzw. 32 Kleinwohnungen (mit je 1 bis 8 Zimmern). Aufzufolge dieses blieb auch der reine Wohnungszugang gegen die Vergleichszeit um 71 Wohnungen und, was seit dem Jahre 1902 nicht mehr vorliegen kann, das Wohnungsangebot hinter der Wohnungsnachfrage um 52 Wohnungen zurück.

Wir entnehmen diese Darstellung der „Kommissionen und Präzise“. Diese Zeitschrift, auf die wir wiederholt aufmerksam machen, bietet eine Fülle gemeindepolitischen Materials. Sie ist zum Preise von A. 2,50 pro Quartal durch alle Buchhandlungen und Postanstalten zu beziehen. Wer sich für Gemeindeangelegenheiten interessiert, sollte sie sich zulegen.

Aus anderen Berufen.

Konferenz der Vertreter der Vorstände der Zentralverbände. Auf dem Stuttgarter Gewerkschaftscongres wurde der Generalkommision anhängig gegeben, alljährlich einmal eine Konferenz der Zentralverbände zu veranstalten, damit den Vorständen Gelegenheit gegeben werde, nebenlaufende Fragen in gemeinsamer Aussprache näher zu treten und einige Differenzen zu erledigen. Die Generalkommision hat dieser Anregung Folge gegeben. Die diesjährige Konferenz der Vorstände, abgehalten in Berlin, vom 19. bis 23. Februar 1906, die dritte nach der Reihenfolge, habe sich mit einer außerordentlich umfangreichen Tagesordnung zu beschäftigen. Durch Beschluss des Kölner Gewerkschaftscongreses war ihr neben verschiedenen Anträgen, die die Schaffung einheitlicher Übertrittsbedingungen sowie die Anstellung von Gewerkschaftssekretären im Rheinland betrafen, die Aufgabe zugewiesen, hinsichtlich der Regelung von Grenzregelungen zwischen einzelnen Gewerkschaften von Seite der dort kontrahierten Organisationen Resolutionen zu erlassen. Eine von Vertretern des Metallarbeiterverbandes beantragte Resolution wurde in namentlicher Abstimmung mit allen gegen acht Stimmen abgelehnt.

Der Antrag der Vertreter der Metallarbeiter lautete:

„Die Konferenz der Gewerkschaftsvorstände beschließt: für die Abgrenzung der einzelnen Gewerkschaften sind fernerhin folgende Grundsätze maßgebend:

Arbeiter — gelernte und ungelerte —, die in einem Betrieb zusammen arbeiten und deren Tätigkeit bei der Herstellung von Produkten organisch zusammenhängt, sind in dem für ihren Beruf errichteten Industrieverbund zu organisieren. Sogenannte berufsverschiedene Arbeiter, z. B. Maurer und Zimmerer in Industriebetrieben, Maler in Schiffswerften, Metallarbeiter aller Art in Betrieben der Holzindustrie usw., Handels- und Transportarbeiter in Fabriken und in Gemeindebetrieben, sind dem Industrieverbund ihres Berufes oder wenn ein solcher nicht besteht, der zuständigen Berufsorganisation zuzuführen.

Es ist deshalb jede Agitation als unzulässig zu bezeichnen, die gegen diesen Grundbegriff verstößt. Ebenso ungültig ist jede Agitation, die den Zweck hat, Mitglieder ihrer Organisation abweichen zu machen, insbesondere wenn die Erhebung niedriger Beiträge dabei als Voraussetzung angewendet wird.“

Ein Antrag des Vertreters des Verbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter, im Abi. 4 der Resolution der Generalkommision hinter „Genossenschaftsbetrieben“ einzufügen, für die in Betrieben der Industrie beschäftigten Handels- und Transportarbeiter, wurde vom Autoregisseur zurückgezogen, indem der Vertreter der Generalkommision zu Protokoll erklärte, daß der Antrag überflüssig sei, weil die Handels- und Transportarbeiter in Produktionsbetrieben genauso der Resolution als „dauernd in Betrieben fremder Berufe beschäftigte Arbeiter“ aufzufassen und der Organisation ihres Berufes zugeführt seien.

Nach Erledigung dieser Angelegenheit wurde ohne weitere Debatte folgende Resolution, betreffend die Schaffung in möglichst einheitlicher Weise Übertrittsbedingungen angenommen:

Den Verbänden wird empfohlen, eine Bestimmung in das Statut aufzunehmen, die den Übertritt der Mitglieder in einen anderen, der Generalkommision angeschlossenen Verband nach folgenden Grundlagen regelt:

1. Die Mitglieder, welche zu einem anderen Beruf übergehen und sich in der Organisation, die sie bisher angehören, regelrecht abmelden und die Beiträge voll entrichtet haben, sind vom Beitragselde in der anderen Organisation bereit.

2. Die Dauer der Mitgliedschaft, die das Mitglied in seiner bisherigen Organisation erreicht hatte, ist in der Weise anzusehen, daß die geleisteten regelmäßigen Verbandsbeiträge summirt werden und auf Beiträge der neuen Organisation umgerechnet sind.

3. Durch Umrechnung sich ergebende Dauer der Mitgliedschaft kommt auf die in den neuen Organisationen vorgehende Kürze und auf alle vorhandenen Unterstützungsleistungen in Anwendung. Im Unterstützungsfall gilt die Kürze, die nach den Beitragsungen der bisherigen Organisation zwischen den leichten und der neu zu bezeichnenden Unterstiftung zu liegen hat.“

Die der Generalkommision der Gewerkschaften angeschlossenen Verbände anerkennen, behaftet Vermeidung von Differenzen, über das gegenwärtige Agitationsgebiet die folgenden Grundätze:

Die gewerkschaftliche Entwicklung vollzieht sich unvermeidbar in der Richtung des Zusammenflusses der Organisationen zu großen, leistungsfähigen Verbänden. Ähnliche Eingänge in diese sich selbstbedienende Entwicklung würden diese nicht fördern, sondern nur erschweren und föhren und erweist sich deshalb eine endgültige Grenzregulierung durch Konferenz- oder Kongressbeschluss als unumstößlich.

Um ein gezieltes Nebeneinander- und Zusammenwirken der Gewerkschaften zu gewährleisten, wird denselben unter Anerkennung des gegenwärtigen Organisationsstandes empfohlen, strikte Agitationsgebiete durch besondere Vereinbarungen mit den Vertragsverbänden abzugrenzen und alle Fragen der beruflichen wie gemeinsamen Agitation, des Übertrittes von Mitgliedern und des Zusammenwirks bei Lohnbewegungen durch solche Bestimmungen (Kartellverträge) zu regeln.

Die loyale Anerkennung des Organisationsstandes erheischt die Unterlassung jeder unanständigen Agitation, besonders mit Hinweis auf niedrige Beiträge, die Zurückweisung Aufnahmen, die aus anderen angelassenen Verbänden ohne genügende Abmeldung und Regelung ihrer Verbundlichkeiten ausgetragen oder ausgeschlossen wurden, sowie die Unterlassung des Drucks auf vorübergehend in anderen Berufen beschäftigte Gewerkschaftsmitglieder. — Die leichteren durch Mitglieder ihrer Organisation bleibenden, haben sich aber bei gewerkschaftlichen Aktionen den Direktiven des Verbandes ihres jeweiligen Berufes zu fügen. Organisierte Arbeiter, die alljährlich regelmäßig ununterbrochen länger als sechs Wochen zu einem und demselben Beruf übergetreten, müssen sich immer bei der Organisation des Berufes anschließen, in dem sie arbeiten. Organisierte Arbeiter, die dauernd in zwei Berufen tätig sind, haben sich beiden in Bezug auf die bestehenden Verträge zuwenden.

Die heimige Konferenz der Vorstände erneuert deshalb den Beschluss der im Oktober 1904 stattgehabten Konferenz:

„Die Gründung von Sonderorganisationen der Angestellten in Genossenschaftsbetrieben wendet sich ein Antrag des Vertreters des Centralverbandes der Handlungsgesellschaften (Hamburg). Den Antrag dazu bildete die Gründung einer Sonderorganisation der beobachteten Vorstandsmitglieder von Konföderationen gelegentlich des Stuttgarter Genossenschaftstages. Gegen diese Sonderorganisation wurde geltend gemacht, daß sie die Angestellten davon abschließe, ihre Strafe der Organisation der Hunderttausende und Millionen im Dienste des Privatkapitals beschäftigten Handlungsgesellschaften und Arbeiter zuwidern, und daß sie lediglich der Erreichung von Sonderinteressen diene. Es ist Pflicht der in sicherer genossenschaftlicher Position Angestellten, am Kampfe gegen das Privatkapital, den sie außerdem überlassen wollen, teilzunehmen. Nach der Erklärung, daß der Antrag nicht unter allen Umständen eine Verschmelzung des Bereichs der Generalkommision angelassenen Lagerhalterverbandes mit dem Centralverband der Handlungsgesellschaften fordere, wurde ersterer gegen zwei Stimmen in folgendem Wortlaut angenommen:

Die Gründung von Sonderorganisationen für Angestellte oder Arbeiter in Konsumvereinen ist prinzipiell zu verwerfen. Diese Angestellten und Arbeiter sind vielmehr verpflichtet, dem für ihren Beruf bestehenden Centralverband angehören und dort an dem gewerkschaftlichen Kampf gegen das Privatkapitalistische Unternehmertum zur Verbesserung der Lage der gesamten Berufsgenossen teilzunehmen.“

Mit einer weiteren Erklärung des Vorsitzenden, wonach demnächst eine Aussprache der Verbandsvorsitze der Handlungshilfen und Lagerhalter über eine angangende Verschmelzung stattfinden soll, erklären sich die beiderseitigen Vertreter einverstanden.

Die danach erfolgende eingehende Beratung über die Situation in Oberschlesien ergab im allgemeinen ein Verständnis darüber, daß die gegenwärtige Situation im vorliegenden Bezirk es geeignet erscheine, alle, die seitens der freien Gewerkschaften errungenen Positionen durch Auseinandersetzung befestigen. Besonders wurde auf die Schwierigkeiten, die der Agitation aus dem Mangel von Versammlungsräumen entstehen, hingewiesen und die Generalkommission beantragt, nach Maßgabe der vorhandenen Mittel den Ansprüchen auf Belebung von Versammlungsräumen in diesem Bezirk möglichst entgegenzutun, jedoch mit der Einschränkung, daß keinerlei Zuflüsse zum Bau von Gewerkschaftshäusern gegeben werden dürfen.

Die der Vorstandskonferenz vom Kölner Gewerkschafts-Losung übermittelten Anteile 12 und 14, bei Auseinandersetzung eines Gewerkschaftsfestivals für Rheinland-Westfalen und eines Arbeitersatzes für M. Gladbach-Rheindorf wurden abgelehnt, da der ehemalige Kürte durch Eröffnung einer Agitationstcorrespondenz in Düsseldorf, der legte durch zahlreiche Anstellungen von Gewerkschaftsbeamten im vorliegenden Bezirk als erbrügt geltet.

Öffentlich der Einrichtung von Unterrichtsstunden unterbreitet die Generalkommission folgendes Programm der Begutachtung der Konferenz:

1. Die Vorbereitung und Durchführung der gewerkschaftlichen Unterrichtsstunde erfolgt durch die Generalkommission.

2. Junächst finden in den Monaten September und November 1906 Kürte statt. Vortragende und Vorträge sind in beiden Monaten dieselben. Die Kürte werden im Saal 3 des Berliner Gewerkschaftshauses abgehalten.

3. Die Anzahl der Teilnehmer ist auf 50 beschränkt.

4. Der Kürte dauert vier Wochen. Während dieser Zeit werden an jedem Werktag die Vorträge gehalten. Außerdem finden täglich zwei Diskussionsstunden statt. In den Diskussionsstunden wird unter Leitung des betreffenden Lehrers einer der behandelten Lehrgegenstände besprochen.

5. Die Vorträge, die je dreizehn Stunden dauern, finden statt Vormittags von 9—12 und Nachmittags von 3—4 Uhr. Die Diskussionsstunden sind von 4—6 Uhr.

6. Die Teilnehmer am Kürte haben die Verpflichtung, sämtliche Vorträge und Diskussionen zu besuchen. Über die Teilnehmer wird ein Kontrollbuch geführt.

7. Zur Teilnahme sind berechtigt, in erster Linie die befreiten Gewerkschaftsbeamten, gleichviel, ob die Kosten von ihnen selbst oder von den betreffenden Organisationen getragen werden. In zweiter Linie kommen diejenigen in Betracht, die von einer Organisation auf Organisationskosten entsendet werden. Söllte dann noch Platz vorhanden sein, so kann auch andere Gewerkschaftsmitglieder die Teilnahme gestattet werden.

8. Am Unterrichtsorte anfänglich befehlten Gewerkschaftsbeamten kann, wenn es der Platz erlaubt, gestattet werden, sich an einzelnen Vorträgen und den dazu gehörigen Diskussionsstunden zu beteiligen.

9. Die Ausgabe für Schule und Lehrkräfte bestreitet die Generalkommission. Die Autentikostosten der Schüler sind, soweit sie nicht selbst getragen werden, von den Organisationen zu zahlen, die Schüler entsenden.

Für die Kürte sind folgende Vorträge in Aussicht genommen:

1. Theorie und Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung.

2. Die gegnerischen Gewerkschaftsorganisationen in Deutschland.

3. Die Gewerkschaftsbewegung im Auslande.

4. Die Versicherungsgesetzgebung.

5. Die Arbeiterschulwissenschafter.

6. Die Gewerbeordnung.

7. Einführung in die Nationalökonomie.

8. Kartelle und Unternehmertvereinigungen.

9. Vorlesungen der Statistik.

10. Einführung in die gewerkschaftliche Literatur.

11. Buchführung und kaufmännische Verrechnung.

Zu erwägen war, ob Spezialkurse für Arbeiterschreiber, Mediziner, Kaufleute usw. den allgemeinen Kursen vorzuziehen seien. Die Generalkommission entschied sich trotz der leichteren Durchführbarkeit der ersten für deren vorläufige Zurückstellung, da das größere Bedürfnis nach allgemeinen Kursen vorhanden sei. Bei der Auswahl der Lehrkräfte könnten fürs erste nur solche, die in Berlin und Umgegend domizillieren, in Betracht kommen. Später könnte die ständige Aufstellung von Lehrkräften ins Auge gefaßt werden. Dagegen sei die Einrichtung von Wunderkursen ausgeschlossen. Die Honorierung der Lehrkräfte sei derart zu bemessen, daß tüchtige Kräfte gewonnen werden können.

Nach langerer Diskussion, in welcher die Bedeutung der theoretischen Grundlagen der Gewerkschaften hergehoben wurde, fand das Programm der Generalkommission allgemeine Billigung.

Die Erfahrungen aus den jüngsten großen Streiks und Ausperrungen wurden in mehrstündiger Debatte erörtert; doch konnte dieser Meinungsaustausch ein ab schließendes Ergebnis nicht zeitigen, da auch die Gesamtvorstände der einzelnen Gewerkschaften über die ausgeworfenen Fragen beraten müßten.

Zu längeren Auseinandersetzungen führte der lebhaft Tagesordnungspunkt: "Partei und Gewerkschaften", in deren Verlauf lebhafte Wechselwirkungen über eine Reihe systematischer Angriffe verschiedener Parteiorgane und gewisser Parteitreife auf die Gewerkschaften, insbesondere auf deren Führer und Presse erhoben wurden. Schon während und nach dem großen Bergarbeiterkampf im Ruhrrevier, besonders aber nach dem Kölner Gewerkschafts-Losung, wurde in diesen Angriffen und in der Herausforderung der Gewerkschaften seitens einzelner Parteiorgane ein Erstleidungsgebot gestellt. Bei aller Überbelastung der gewerkschaftlichen und der politischen Arbeiterbewegung in den grundsätzlichen Auffassungen und in den lebhaftesten Zielen des proletarischen Klassenkampfes, bei aller Notwendigkeit und allem guten Willen, einzutreten und schwedende Differenzen durch Versöhnung auszugleichen, können diese Angriffe doch nicht ruhig über sich ergehen lassen, wenn nicht das Unsehen der ganzen Gewerkschaftsorganisation bei Freund und Feind darunter leiden sollte. Besonders sei es die Pflicht der Gewerkschaftspresse, solche Angriffe

rasch und entschieden aufzuhauen und ihre Solidarität auch in den von Parteiorganen angegriffenen Gewerkschaftsverbänden gegenüber zu beladen. Doch sollte die Zurückweisung in Inhalt und Form dem Gesamteindruck der gesamten Arbeiterbewegung angemessen sein und nicht der Schürung der Zwietracht dienen, wie so häufig die Anwendung unberührter Gewerkschaftsbehörden.

Die Generalkommission ist nach wie vor bereit, in allen die gewerkschaftliche und politische Arbeiterbewegung mit dem Parteivorstand herzuleiten. Da in des nach Auffassung des letzteren der Kritik der Partei-Presse selbst der Gewerkschaftsbewegung gegenüber keinerlei Schranken gesetzt werden könnten, so können auch der Gewerkschaftspresse nur dringend empfohlen werden, von ihrem Rechte der freien Kritik füchtig Gebrauch zu machen. Von der Fassung eines Beschlusses wurde abgesehen; die Konferenz begnügte sich, ihr Einverständnis mit der diese Ausführungen zusammenfassenden Erklärung des Vorsitzenden zu beladen.

Schließlich nahm die Konferenz noch eine Erklärung der an der Generalkommission für Befreiung des Kosten- und Logiswagens beteiligten Vorstände entgegen, die ihr Bedauern darüber ausdrücken, daß leistungsfähige Verbände, wie die der Metall- und Holzarbeiter, Brauer, Glaser usw., trotz des verpflichtenden Beschlusses des Cölner Gewerkschafts-Losung, dem und ihre Delegierten zustimmen, die Unterstützung der Generalkommission strikt ablehnen und die Befreiung dieses lädierten Systems den weniger leistungsfähigen Gewerkschaften überlassen.

Nach Kenntnisnahme von selbständigen Organisationsbestrebungen, der Biegler wurde die Weiterverfolgung dieser Angelegenheit der Generalkommission überlassen.

Damit hatten die fünfzägigen Beratungen ihr Ende erreicht. * Internationale Verständigung. Die amerikanische Federation of Labor (Bräder, Comptex) hatte auf ihrem letzten Kongress einen Beschuß, der einen kleinen Schrift nach vorwärts bedeutet. Der Centralvorstand wurde nämlich beauftragt, sich mit den gewerkschaftlichen Organisationen von Amerika und Europa in Verbindung zu setzen, um ein Gegenleistungserbündnis herzustellen, wonach die Mitglieder einer Gewerkschaftsorganisation des einen Landes ohne weiteres Mitglied in der entsprechenden Berufsorganisation eines anderen Landes werden können, ohne neueren Eintrittsgeld zu zahlen und den sonstigen Aufnahmeverbindungen unterworfen zu sein. Die amerikanischen Gewerkschaften haben befürchtet in dieser Beziehung viel Unlust zur Folge gegeben. Die zahlreichen von Europa, besonders auch aus Deutschland nach Amerika auswandernden gewerkschaftlich organisierten Arbeiter sind in den Vereinigten Staaten, wenn sie in den dortigen Gewerkschaften Aufnahme finden wollen, zur Unterlegung hoher Eintrittsgelder in einzelnen Fällen bis zu 200 gezwungen worden, ja in einigen Organisationen fanden sie überhaupt keine Aufnahme. Es ist also ein Schritt zum Besseren, wenn die amerikanischen Arbeiter jetzt eingelehnt haben, daß sie ihre zünftlerischen Bestimmungen auf die Dauer nicht aufrechterhalten können. Der Präsident Comptex richtet jetzt in Ausführung des obigen Beschlusses ein Klubblatt an die deutschen Gewerkschaften.

Unsere Befürer jenseits des großen Heringsteigs haben sich recht lange Gedanken darüber gemacht.

* 3000 Holzarbeiter ausgesperrt. Die Unternehmer der Holzindustrie in den sächsischen Orten Geringwalde, Waldheim, Leipzig, Hirschau und in einigen dazwischen liegenden Städten haben am 3. März ca. 3000 Holzarbeiter, besonders Stuhlbauer und Tischler, ausgesperrt. In den entsprechenden Orten beträgt die Zahl der Ausgesperrten je ca. 800. Manche Betriebe stehen ganz still, manche sollen, so gut es geht, weitergeführt werden. Die in Geringwalde tretenden Holzarbeiter, wegen derer, da sie eine Unterwerfung ablehnen, die Ausperrung in den Nachbarorten erfolgte, sind gewillt, den Kampf entschlossen weiter zu führen. Es geht also wieder los.

Auf den deutschen Gewerkschaften. Der Tegelarbeiter erhielt eine in einer Auflage von 80 000. Die "Gewerkschaft", das Organ der Gemeindearbeiter, hat mit seiner Auflage 25 000 erreicht.

Den bisher erschienenen Jahresabrechnungen der Centralverbände entnehmen wir folgende Angaben:

Der Centralverein der Büreauangestellten zählte am Schlusse des Jahres 1905 703 Mitglieder gegen 568 in 1904. Der Kostenbestand betrug Al. 6508,17. Die Mitgliederzahl des Verbandes der Formstecker betrug am Schlusse des vierten Quartals 1905 537 Mitglieder gegen 518 am Schlusse des vorhergehenden Quartals. Der Vermögensbestand betrug insgesamt Al. 17 656,48. Der Verband der Gräberne und Sägearbeiter zählte nach seiner Abrechnung am Schlusse des vierten Quartals 1905 in 43 Büros 2356 Mitglieder. Der Tegelarbeiterverband hatte am Jahresende 1905 1513 Mitglieder gegen 1346 am Beginn des Jahres 1905. Der Centralverband der Schmiede zählte am Jahresende 1905 1719 Mitglieder; der Kostenbestand betrug Al. 78 429,56. Der Centralverband der Schuhmacher zählte am Jahresende nach der oben erläuterten Abrechnung vom vierten Quartal in 271 Filialen 28 542 Mitglieder. Der Kostenbestand betrug Al. 815,145,09.

Die Ausperrung der Tegelarbeiter in Mühlhausen ist, wie wird Tatsache werden. Nachdem die Arbeiter bei der Firma Frenz & Cie. die Arbeit niedergelegt haben, haben die Fabrikanten beschlossen, sämtliche Arbeiter auszusperren. Wird dieser Beschuß ausgeführt, so dürfen 10—20 000 Arbeiter und Arbeitnehmer in die Straße fliegen. Als die Arbeiter ihre Forderung, den Gehaltsunterzug, geltend machen, verwiesen sie die Fabrikanten auf den Reichstag! Der sollte es geschickt festlegen: sie waren ihrer Sache ja so sicher! Der Besitzer der Firma Frenz & Cie. ist übrigens Vorsitzender der Mühlhäuser Bürgerschaft — er weiß also, wie kapitalistisches Christentum aussieht zu müssen. Wenn der christliche Reichsgründungsstifter wieder kommt, was würde er diesem Pharisäergeschmeiß wohl zu sagen haben?

Gewerbliche Rechtsprechung und Arbeitersicherung.

Die Beteiligung der Arbeiter an der Gewerkschaft ist eine Forderung, die von den organisierten Arbeiterschaften stets befürwortet und vertraten werden ist. Während die bürgerliche Regierung von ihr nichts wissen will, stehen in Bayern Parlement und Regie-

Gegenstand	Bef. der Güte	Entscheidung für den Beschleun.			Rechtsgrund genommen von
		zu Gunsten	zu Ungunsten	Gegenstand abgelehnt	
Unerlaubung eines Betriebes	58	82	19	6	1
Höhe der ersten Rentenentsch.	211	105	69	85	— 2
Strittig, ob Krankheit Unfall folge	66	16	35	14	— 1
Herabsetzung der Rente	466	211	170	74	— 11
Höhe des Jahresarbeitsverdienstes	8	5	8	—	—
Wegen Verschämmerung des Arbeitnehmers	47	10	18	16	1 2
Lebens Antrag auf höhere Rente	6	5	1	—	—
Hilflosenrente	78	20	50	8	—
Arztdienstrente	3	1	2	—	—
Unzulässiger Verdienst	1	1	—	—	—
Unzulässiger Ruf	8	—	—	8	—
Verjährung, Wiederannahme des Verfahrens, Wiederantritt in den vorherigen Stand	16	6	6	4	—
Strittige Höhe der Kosten	1	1	—	—	—
Zusammen	964	413	373	160	2 16

Die Zahl der Reklame ist höher als die Zahl der Streitfällen, da in einigen Fällen von beiden Parteien Reklame eingereicht wurde und in der Tabelle dem Reklame verzeichnet ist. Als einen glänzenden Abschluß des Streitverfahrens erachteten wir auch die Fälle, in denen dem Auftrage der Berlebten teilweise stattgegeben worden ist. Es sind somit einschließlich der beiden Reklame, die von der Berufsgenossenschaft zurückgenommen wurden, 415 Reklame teilweise und mit vollem Erfolge für die Berlebten zum Abschluß gekommen, gegen 373, die zu Ungunsten der Berlebten entschieden wurden. Als ausklässtlos und für eine mündliche Berlebung ungeeignet hielten 160 Sachen aus.

Ein außerordentlich hoher Kosten sind den Berlebten M. 1680,50 zugesprochen. Es sind das Kosten, die für ärztliche Gutachten oder persönlich Erhöhlungen vor Gericht den Berlebten entstanden sind.

Die folgende Tabelle gibt eine Aufzähllung der Gutachten, verteilt auf die einzelnen Berufsgenossenschaften. (Wir entnehmen dem Bericht nur die Zahlen aus den Bauern- und Gewerbe-Berufsgenossenschaften. D. Red.)

Berufsgenossenschaften	Dem Reklame der Berufsgenossenschaft wurde		Dem Reklame der Berlebten resp. Unterliebten wurde		Zusammen	
	hauptsächlich	nicht hauptsächlich	hauptsächlich	nicht hauptsächlich		
Hamburgische Baugenossenschaft	1	—	8	4	1	9
Norddeutsche Baugenoss.	1	—	2	1	6	—
Schlesisch-Posenische Bau-	—	—	—	1	—	2
genoss.	—	—	—	2	8	18
Hannoversche Baugenoss.	1	—	4	2	3	9
Magdeburg. Baugenoss.	—	6	—	5	2	16
Sächsische Baugenoss.	2	1	2	1	7	—
Thüringische Baugenoss.	—	—	—	8	3	24
Hessen-Nassauische Bau-	1	2	—	—	5	2
genoss.	—	—	—	—	—	10
Weserthüring.-Westfälische	—	—	1	3	1	7
Baugenoss.	1	—	2	1	4	6
Südwestdeutsche Baugenoss.	—	1	—	1	1	4

Invalideuren-Streitfällen

hatten wir im Jahre 1905 59 Eingänge zu verzeichnen gegen 35 im Vorjahr. Mit den drei unerledigten Sachen aus dem Jahre 1904 waren somit 62 Invalideuren-Sachen zu bearbeiten, davon sind in der Revisionsinstanz 55 durch Urteil oder Zurücknahme des Rechtsmittels erledigt. Die Berlebungsanträge wurden in 8 Fällen mit ihrer Revision zurückgewiesen, in einem Fall wurde die Rente vom Berlebungsamt auf die Revision der Berlebungsanstalt aufgehoben und in 5 Fällen die Sache an das Schiedsgericht verwiesen. Die Revision der Berlebten hatte in 16 Fällen keinen Erfolg, in einem Falle wurde die Rente gleich in der Revisionsinstanz zurückgewiesen und in 11 Fällen die Sache an die Vorinstanz verwiesen. In 15 Fällen erhielten die Berlebten die Rente in der Vorinstanz zurückgewiesen und in 11 Fällen die Sache an das Vorinstanz verwiesen. In 15 Fällen erhielten die Berlebten die Rente nicht ausgängig, weil die Revision vollkommen ausfallsichtlos war und in drei Fällen ist die Revision zurückgenommen. Da in der Revisionsinstanz nur selten die Urteile der Schiedsgerichte dahin geändert werden, daß der Anteil der Berlebten anerkannt wird, so bedeutet die Zurückweisung an die Schiedsgerichte oder Landesversicherungsanstalt immer einen Erfolg für die Berlebten. Von den 37 Invalideuren-Sachen, die in minderer Verhandlung vertreten wurden, hatten mithin 15 einen Erfolg.

In zahlreichen Fällen mußten wir die Wahrnehmung machen, daß die Berlebten ihres Rentenanspruchs verloren gingen, weil die Berlebte nicht erfüllt oder die Anwartschaft verloren war.

Meist sind die betreffenden Arbeiter infolge minderer Leistungsfähigkeit nicht mehr im Stande gewesen, regelmäßig Lohnarbeit zu verrichten, das Markenleben wird verschwunden, so daß schließlich eine zweijährige Periode nicht mit 20 Marken oder als Selbstversorger 40 Marken belegt ist. Damit ist dann die Möglichkeit, jemals in den Genuss einer Rente zu kommen, vollständig aufgehoben; denn der invalide Arbeiter darf nun nicht weiterleben, weil er als Invalide nicht versicherungspflichtig ist. Es kann deshalb nicht oft genug den Arbeitern in Versammlungen die Befreiung ertheilt werden, daß, wenn sie ohne Versicherung sind, sie minderwertige Marken der niedrigsten Lohnklasse und die erforderliche Zahl selbst verwenden.

Einzelne Streitfällen zu beweisen, müßten wir uns verlegen, da in den Berichten der Arbeiterssekretariate dies in genügender Weise geschieht, außerdem haben wir wichtige Entscheidungen in der Presse bekanntgegeben.

Das Zentral-Arbeiterssekretariat überträgt in der Zahl der Berlebungen weit die Organisationen unserer Gegner, die sich bemühen, unsere Einrichtungen nachzuahmen. Während die Sekretariate der christlichen Gemeinschaften nur gegen Entgelt die Vertretung übernehmen, werden unsferseits keine Kosten beansprucht. Das Vertrauen, das uns die Arbeiterschaft entgegenbringt, kommt in der regen Annahmenahme des Zentral-Arbeiterssekretariats zum Ausdruck; was in unserer Kraft steht, soll geschehen, um dies Vertrauen zu rechtfertigen.

Das Zentral-Arbeiterssekretariat.

Polizei und Gerichte.

* Wieder ein Streitpunkt freigesprochen. Wegen Streitvergehens hatte sich am 6. März vor dem Schiedsgericht in Elberfeld der Maurer Roman Kirchner zur Verantwortung. Der Angeklagte hatte zur Zeit des Maurerstreits am 12. Oktober 1904 Streitposten gestanden. Hierbei sollte er den Biegler Karl Plöger durch Drohung zu bestimmten Verstülpungen an Verabredungen und Vereinigungen befürchtet haben, an Verabredungen und Vereinigungen befürchtet haben. Das Verfahren war seinerzeit eingestellt worden. Auf Betreiben der Staatsanwaltschaft wurde die Sache jedoch weiter verfolgt. Die Sache blieb aber liegen, da der Zeuge nicht zu finden war. Schließlich, nach einem Jahre, wurde der Zeuge hier in ziemlich unbestimmtem Zustand aufgegriffen und vernommen. In der Verhandlung am 6. März befreit der Angeklagte sich einer Bedrohung schuldbeweislich gemacht zu haben. Der Amtsanwalt be-

tragte vier Tage Haft. Das Gericht kam aber zu der Überzeugung, daß in dem Vernehmen des Angeklagten keine strafbare Handlung zu erbliden sei und die Drohung mit dem Finger an sich keine übeln Folgen hervorgerufen habe. Der Angeklagte wurde freigesprochen und die Kosten der Staatsanwaltschaft zur Last gelegt.

Verschiedenes.

* Lebensmittelverfälschung mittels Seife. Zwischen und "Moppen" (eine Art Pfefferluchen), die mit Seife hergestellt wurden, haben jüngst, nach der "Neuzeit", das Schiedsgericht beschäftigt. Angeklagt war ein Kaufmann, durch Zusatz von Seife Zwischenverfälschung vorläufig verfälscht und die verfälschte Ware vorläufig in den Verkehr gebracht zu haben. Der Seifenauflauf war durch den beklagten Gerichtsbeamten chemisch festgestellt worden, und wurde von dem Angeklagten zugegeben mit dem Bemerkung, daß er keine aus derselben Art hergestellte Seife benutzt habe, sondern sogenannte Marcellier Seife, die aus Olivenöl hergestellt werde. Der Zusatz von Seife wäre unbedingt nötig, weil er eine Radgarung des Zwischenvertrages im Dienst und damit ein besseres Ausfüllen der Form bedinge. Der Seifenauflauf sei auch allgemein im Gebrauch, besonders an Niederkirchen, in Holland und Westfalen. So wurden z. B. die "Moppen" alle mit Seife gemacht. Die Fabrikation von Zwischenverfälschung im großen wäre noch nicht lange üblich, etwa zehn Jahre. Vorher hätten die Wälder die Masse selbst gemacht, aber auch unter Zusatz von Seife, wie drei Zeugen bestätigen könnten. Marcellier Seife würde nur noch zu dem Zweck gehandelt. Der Gerichtsbeamter fragt aus, daß sogenannte Marcellier Seife zwar aus Olivenöl hergestellt werde, jedoch aus dem sogenannten grünen Olivenöl, das wegen seines schlechten Geschmackes nicht als Speiseöl benutzt werden könne. Wenn auch eine solche Seife immer noch keine Beschaffenheit habe als die gewöhnliche, vielfach aus elektrizitätsfreien Fetteln hergestellte, so wäre trotzdem ein Nutzen zum Zwischenverfälschung unmittelbar einheitlich und auch unumstößlich. Seife bewirkt eine Säuerung, wie der Angeklagte behauptete, sondern sei nicht als eine Fälschung, da erstens Seife kein Nahrungsmittel sei, zweitens durch den Seifenauflauf die Eier (ein Hauptbestandteil der Zwischen) gelöst würden. Die Seife hätte eben nur den Zweck, die Margarine mit dem Zucker und Wasser zu einer homogenen, beständigen Masse zu verbinden. Zum Zwischen werden aber im Haushalt nur Butter, Mehl, Brot und Milch. Gier verdeckt, die das Binden des Fleisches mit dem Lein bezeichnet. Es würde somit in der Seife nicht nur ein zur Ernährung ungeeigneter Bestandteil angezeigt, sondern auch die Verwendung der Eier umgangen. Der Nutzen von Seife sei unbedingt zu beanstanden, da sonst die Fälschung Eier und Tinte gefälscht werden kann. Die Vernehrung der Zeugen ergab die Richtigkeit der Behauptung des Angeklagten, daß der Seifenauflauf allgemein üblich (1) sei. Der Amtsanwalt bemerkte, daß die Verhandlung geradezu grauenvolles Zustände, in einem Nahrungsmittelgebiete offenbart habe. Wenn die Leute in Niederkirchen und in Holland Seife essen, so sei das für uns doch immer noch erstaunlich. Strafzuschwerung für den Angeklagten sei, daß er seinen Extrakt unter dem Namen Sanitäts-Kinder-Nähr-Zwischen-Extrakt in den Handel gebracht habe, also unter einer Bezeichnung, welche eine hervorragend gute Beschaffenheit in Niederkirchen auf Kinder und Kräfte vorwirkt. Sein Antrag lautete den Angeklagten zu einer Strafe von M. 60, weil eine grobe Nahrungsmittelfälschung vorliege. Strafmaßnahmen für den Angeklagten sei in Betracht gekommen, daß die Verhandlung ergeben habe, die Verfälschung durch Seifenauflauf leider allgemein üblich sei. — Die milde Strafe wird den gewinnjüngsten Kaufmann wohl kaum von ähnlichen Fälschungen abhalten.

* Bergmannslos. Aus Frankreich kommt die Kunde von einem entgegengesetzten Gründungsdatum. In den Gründen von Courrières sind durch eine Feuerwehrkunst 1800 Verletzte von der Auseinandersetzung abgeschnitten. Das Feuer soll durch schlagende Wetter verursacht sein. Bis jetzt sind zirka 120 Arbeiter getötet. Man befürchtet, daß viele nur als Leichen geborgen werden können. Hoffnungen erweisen sich die ersten Angaben über die Zahl der Berlebten als stark übertrieben. Auf jeden Fall handelt es sich hier um ein Gründungsdatum, wie es in solcher schaurigen Größe bisher unerhört war.

* Arbeitgeberbudgets. Die "Arbeitgeberzeitung" berichtet, daß die von uns abgedruckten Haushaltungsbudgets von zwei Dresdener Kollegen gelegentlich einer Polemik gegen die "Münchener Post" zu einigen Ausfällen gegen die Arbeiterschaft verleitete, die wieder einmal bemerkten, daß es schwer ist, ein zweites Blatt aufzutreiben, dessen journalistische Methoden auf so niedrigem Niveau stehen, wie die der "Arbeitgeberzeitung". Dies witzige Papier schreibt: „Ja, das Geld liegt auf der Straße für die politischen Spitäbuben, die ihre Finger in die Taschen armer Arbeiters steken. Wer in aller Welt mögen diese Spitäbuben sein?“ Die Beantwortung dieser Frage übernimmt ein an den "Grundstein", das Organ des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands, gerichtetes Schreiben eines Dresdener Maurers, in dem eine Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben des Absenders gegeben wird. Nun aber werden die Einnahmen mit M. 1507,60, die Ausgaben mit M. 1488,45 gebucht. Unter diesen Ausgaben ist vermerkt: Gewerbebeitrag M. 28,95, Parteibeitrag M. 5,20, Beiträge und Literatur M. 15,25, zusammen also M. 44,40. Diesen Steuern über die Organisation stehen die sonstigen steuerlichen Abgaben mit M. 20,20 gegenüber. Noch bezeichnender ist die Aufschiff eines anderen Dresdener Maurers. Sein Verdienst beträgt M. 709,54. Er hat u. a. ausgegeben für die Maurerorganisation M. 17, für die politische Organisation M. 5,20, für das Abonnement des "Arbeiter-Beitrag" M. 10,80, für das Abonnement des "Märzen-Postblatt" und des "Süddeutschen Postblatt", zweier sozialdemokratischer Blätter, M. 5,20, für sonstige Briefmarken M. 1,80, für den Buchhändler M. 11,80, zusammen also M. 51,80.

Wenn man hierzu bemerken will, daß in solchem Opfermut angefiebert der beschrankten Einnahmen des Mannes

etwas heroisches liegt, und daß vor allem sein Bildungsreich Anerkennung verdient, so müßten wir darauf verweisen, daß zum mindesten die genannten Blätter, denen anscheinend die Ehre buchbinderischer Behandlung zu teilt geworden ist, wohl kaum zur zweckmäßigen Befriedigung solchen Bildungsreiches dienen dürften. Und was die Beiträge zu den Organisationen anbelangt, so ist aus der Kostzettel des in Niederkirchen stehenden Bürgers absolut nicht ersichtlich, welche Vorteile der Mann denn eigentlich aus dem im Verhältnis zu seinem Einkommen so hohen Zahlungen erzielt hat. Trotz seiner langen Arbeitslosigkeit hat er nicht eine Preissumme Unterstützungsleistung aus der Gewerbebeitragsabgabe erhalten, sondern zum Schatzkästchen und anderen Aushilfsarbeiten greifen müssen. Cui bono? Wenn kommen diese Opfer der "armen Arbeiter" also zu gute?"

Wenn wir nicht wählen, daß eine sachliche Diskussion mit geläufigen Schreiberböldlingen darum unmöglich ist, weil diese Soldinge sich nun einmal nicht beleben lassen dürfen, wenigstens nicht zugelassen dürfen, besteht zu keinem, so würden wir uns der leichteren Mühe unterziehen, nachzuweisen, wie den Arbeitern die Opfer, die sie für die Arbeiterschaft bringen, zu gute kommen. Aber in diesem Falle wäre es wichtig, um das Papier schade, das zu diesem Zweck drausginge. Es wäre das ungefähr ebenso zweckmäßig, wie wenn man einen preußischen Gendarmen für das allgemeine Landtagswahlrecht gewinnen wollte. Die Schreiberböldlinge wollen einen Maßstab damit erzielen, daß sie gegenüberstellen: In Abgaben für die Organisation M. 44,40; an Steuern M. 20,20. Über einen solchen Quartierabreiß kann man nicht einfach erhöhen hören. Heute weiß doch jedes Kind, daß in diesen Jahren nicht die gesamten Steuern ausgeschaut sind. Im Jahre 1905 allein entfielen von den Salzen, die Böle und Verbrauchssteuern uns aufzuerlegen, auf den Kopf der Bevölkerung rund M. 14,60. Das beträgt für die Arbeitersfamilie von fünf Personen M. 73. Es sind also mit den direkten Steuern, mit Ottois usw. fast M. 100; die heute eine Arbeitersfamilie aufzutragen muß. Von diesen Geldern freitlich kommt ihr nichts, wenigstens so gut wie nichts zu gute. Das dient lediglich zur Festigung der Klasseherrschaft und zur Erhaltung recht überflüssiger Errichtungen. Aber auch damit sind die Summen, die das Volk, und vornehmlich das arbeitende Volk aufzubringen hat, noch lange nicht erschöpft. Denn dazu kommen noch die Summen, um die in inlandischen Erzeugnissen infolge Vergöllung der ausländischen Erzeugnisse liegen, die überhaupt nie ganz genau festgestellt sind. Und diese Ausgaben kommen zum großen Teil einer Klasse zu gute, deren Tätigkeit stets auf die Bedeutung der Arbeiterschaft gerichtet war. Diese Summen werden tatsächlich dem Volke aus der Tasche gestohlen. Die einzäufigen Gemeinschaften der "Arbeiterszeitung" werden zwar nicht viel Bewundern finden, vor wollten sie aber auch nicht so ganz stillschweigend durchgehen lassen.

* Das Ergebnis der Volkszählung vom 1. Dezember 1905 im Deutschen Reich.

Staaten und Landesstelle	Deutschland Volkszählung am 1. Dezember 1905		
	männlich	weiblich	zusammen
Provinz Ostpreußen	979568	1046173	2025741
Westpreußen	806812	885124	1641936
Stadt Berlin	985037	1055185	2040222
Provinz Brandenburg	1728329	1801610	3529839
Provinz Pommern	823826	860209	1684125
Provinz Sachsen	953816	1032451	1986267
Provinz Schlesien	2359884	2375939	4985823
Provinz Sachsen-Lippe	1455750	1522929	2978679
Provinz Schleswig-Holstein	767701	736638	1504389
Provinz Hannover	1384161	1375538	2759689
Provinz Westfalen	1858283	1759915	3618198
Provinz Hessen-Nassau	1013867	1055709	2070076
Provinz Rheinland	3242090	3193688	6435778
Hessen-Nassau	32611	35487	68098
Königreich Preußen	18391135	18887685	37278820
Bayern rechts des Rheins	2753886	2873658	5627544
" links des Rheins	438871	446909	885280
Königreich Bayern	8192257	8320567	6512824
Königreich Sachsen	2176555	2325795	4502350
Württemberg	1121657	1178673	2300330
Baden	996624	1012696	2009320
Hessen	604685	605419	1210104
Mecklenburg-Schwerin	800023	815858	624881
Sachsen-Weimar	189305	195857	387892
Mecklenburg-Strelitz	51355	51896	102251
Oldenburg	219463	218732	438195
Brandenburg	239005	246650	483655
Sachsen-Weimar	132044	136815	268859
Sachsen-Altenburg	101426	105074	206500
Sachsen-Holzberg-Gotha	117287	125055	242292
Altmark	159603	168404	328007
Schwarzburg-Sondershausen	41424	43758	85177
Schwarzburg-Rudolstadt	47243	49587	96880
Waldeck	28792	30043	59135
Neu-älterer Linie	83683	86907	70590
Neu-jüngerer Linie	69439	75181	144570
Schaumburg-Lippe	22437	22555	44992
Lippe	70791	74819	145610
Lübeck	51922	58985	105867
Bremen	131811	131615	263426
Hamburg	438875	441215	875090
Elsäss-Lothringen	935305	938321	1814626
Deutsch Reich	29868096	30737087	60605183

* Verbrechen und Bohnhöhe. Nach Berechnungen von Dr. Sieghardt für die Jahre 1892 bis 1901 für die 36 preußischen Regierungsbezirke bewegte sich die Kriminalität der strafmündigen Bevölkerung (Anzahl der Verbrechen und Vergehen gegen Reichsgelehrte auf das Hunderttausend der strafmündigen Bevölkerung bezogen) und die Durchschnittshöhe der für Stadt und Land berechneten niedrigsten ortsüblichen Tagelöhne ge-

wöhnlicher männlicher Tagearbeiter über 18 Jahre in einer nicht an verhenden Parallele. Besonders charakteristisch ist die Aufzähllistung der Diebstahlvergegen mit den Zahlen in den 14 preußischen Provinzen und Enklaven. Auf 100 000 strafmündige Personen entfielen im Jahre 1901 wegen einfachen Diebstahls, auch im wiederholten Falle, Verurteile:

	Preußischer Tagetohn
Hessen	80
Hessen	2,15
Niedersachsen	162
Niedersachsen	2,05
Niedersachsen	168
Niedersachsen	1,98
Niedersachsen	179
Niedersachsen	2,22
Niedersachsen	182
Niedersachsen	2,17
Niedersachsen	185
Niedersachsen	2,12
Niedersachsen	208
Niedersachsen	1,69
Niedersachsen	222
Niedersachsen	1,80
Niedersachsen	228
Niedersachsen	1,71
Niedersachsen	283
Niedersachsen	1,37
Niedersachsen	307
Niedersachsen	1,41
Niedersachsen	326
Niedersachsen	2,90
Niedersachsen	331
Niedersachsen	1,58
Niedersachsen	367
Niedersachsen	1,49

Die Millionenstadt Berlin nimmt natürlich eine Ausnahmestellung ein. Im übrigen zeigt sich, daß der Osten mit seinen niedrigen Löhnern und seiner rückständigen Arbeitersiedlung keineswegs ungünstiger steht als der reichere, mit industrieller Organisation durchsetzte Westen.

Das ist ja auch nur so natürlich; bei Salte hat gut gerecht zu sein, ihm scheint das Leben Sonne. Der Diebstahl muß dort an besten geheben, wo die Not am größten ist. Erhöhung der Löhne bedeutet also auch Hebung des sozialen Niveaus der Arbeiterschaft. Wer für sie eintritt, willt für die soziale und moralische Verehrung des Volkes. Wer die Löhne drückt, treibt die Armut zum Verbrechen.

Eingegangene Schriften.

Aus dem Verlag der Buchhandlung "Vorwärts": "Steuern und Abgaben" von Hugo Lindemann, als 5. Heft der Sammlung Kommunalpolitischer Schriften, 48 Seiten, Preis 30.-.

"Märzzeitung", dem Andenken Heinrich Heines gewidmet. Die elegante Ausstattung, der gegebene Inhalt und die guten, künstlerischen Illustrationen lassen den Preis von 20.- für sehr gering erscheinen. Die "Märzzeitung" verdiene weiteste Verbreitung.

"In freien Stunden", Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Heft 10 und 11. Gegenwärtig bringt diese gute Zeitschrift den Roman "Der verlorene Sohn", von Hall Caine, und eine Arbeit "Zum Bleibergwerk verurteilt", ein Bild aus der schrecklichen der Welt. Preis pro Heft 10.-.

"Schmuzer", Tarifgemeinschaften, ihre wirtschaftliche, sozial-politische und juristische Bedeutung. 2. Auflage, Verlag von A. Delsert Nachfolger (G. Böhme), Leipzig, 142 Seiten, Preis 2,80. Die Schrift ist für jeden, der sich über das Wesen der so überaus wichtigen Frage der Tarifverträge unterrichten will, vorzehst zu lesen. Sie ist unter "bekannter Veröffentlichung des Arbeitgeberstandpunktes" abgefaßt.

Die "Neue Gesellschaft", Sozialistische Monatschrift (Berlin, H. Braun) Heft 11, 2. Jahrg. Sie bringt ein Gedicht Karl Henkels zum 80jährigen Todesjahr Freiligraths, den 18. März. Außer den "Glossen" haben wir einen Artikel von Maurenrecher, das Wahlrecht der Revolution, hervor. Das einzelne Heft dieser recht empfehlenswerten Zeitschrift kostet 10.-, sie ist durch alle Buchhandlungen und Kolporteur zu beziehen.

Die "Neue Zeit" (Stuttgart, Paul Singer), Heft 24 des 24. Jahrgangs. Aus dem Inhalt des Hefts haben wir herzlich Ferdinand Freiligrath, "Der amerikanische Arbeiter". Von Kautsky, (Schluß) — Die englischen Wahlen und die Arbeiterpartei. Von Dr. Rothstein, "Die Neue Zeit", erscheint wöchentlich. Das einzelne Heft kostet 25.-.

Briefkasten.

Bettau. Das aufgegebene Inserat (Glückwunsch betr.) kann nicht aufgenommen werden. Geben Sie uns Ihre Adresse an, damit wir Ihnen die eingesandten Briefmarken wieder zuführen können.

Giften, B. B. Ihre Anzeige können wir nicht aufnehmen. Wenden Sie sich an den dortigen Zweigverein vorstand, damit der eine Auforderung ergehen läßt.

Buchum, A. Sch. In 2. waren im vorigen Jahre 51 Websätze beschäftigt, davon erhielten 2. 30.-, 2. 32.-, 12. 33.-, 31. 34.- und 4. 35.- Lohn. Die Arbeitszeit beträgt elf Stunden. Organisierte Kollegen sindt hier auch, aber über die Konjunktur können wir nichts sagen, noch viel weniger über die Unternehmer, deren es dort fünf gibt.

Blieskasten, G. Sch. Darüber können wir Ihnen keine Auskunft geben. Wenden Sie sich an die Redaktion des "Fachgenossen", G. Horn, Dresden-Lößnig/Borsigstraße/Lindenau; vielleicht erhalten Sie dort Auskunft.

Altberndorf, G. Sch. Das haben wir Ihnen ja schon in der vorigen Nummer ausführlicher gesagt. Nachdem der Bericht jedoch schon längst auf dem gewöhnlichen Wege verschwunden ist, können wir nicht mehr angeben, worin gerade seine Mängel bestanden. Sie werden es wohl wissen.

Alt-Gleichen, B. M. Der Mann soll sich danach bei der Postanstalt erkundigen, die ihm zuletzt die Rechte ausgeschafft hat. Im Gehej ist darüber nichts angegeben.

Streikabrechnungen.

Zweigverein Frankenhausen.

Einnahme.

Aus der Hauptkasse	M. 2505,-
Von den drücklichen Einnahmen der Hauptkasse	846,71
Summa	M. 2851,71

	Ausgabe
Für Streikunterstützung	M. 2706,62
"besondere Entschädigung der Streikkommission"	3,-
"Reiseunterstützung an Streikende"	80
"Fortschaffung Zugereister"	7,80
"Fernhaltung des Zuganges"	27,67
"Flugblätter und Annoncen"	8,20
"Porto und Schreibmaterial"	12,62
Summa	M. 2851,71

Frankenhausen, den 16. Dezember 1905.	
Für die Nichtigkeit der vorstehenden Abrechnung:	

Alfred Barthel, Richard Gisahrt, Otto Erfurt.	
---	--

Abdolf Barthel, Louis Krug, William Mothe.	
--	--

Zweigverein Göhning S. M.	
---------------------------	--

Einnahme	
----------	--

Aus der Hauptkasse	M. 8890,-
Von den drücklichen Einnahmen der Hauptkasse	78,65
Von anderen Gewerbevereinen erhalten	3,20
Sendungen von außerhalb	44,-
Summe	M. 8692,88

Ausgabe	
Für Streikunterstützung	M. 2920,62
"Rechtschutz und Unterstützung Industrieller"	92,10
"Reiseunterstützung an Streikende"	56,60
"Fortschaffung Zugereister"	294,28
"Fernhaltung des Zuganges"	147,57
"Flugblätter und Annoncen"	40,18
"Porto und Schreibmaterial"	25,76
"Für die Streitleitung"	69,27
"Für sonstige Ausgaben"	36,50
Summa	M. 3692,88

Göhning, den 4. November 1905.	
--------------------------------	--

Für die Nichtigkeit der vorstehenden Abrechnung:	
--	--

Emil Wiegner, Ernst Tauber, Gustav Jacob, Leipzig.	
--	--

Für die Streitleitung:	
------------------------	--

Christian Weidhauß, Edwin Bauer, Oskar Möbel.	
---	--

Zweigverein Eisen-Stadt (Musikvertrag).	
---	--

Einnahme	
----------	--

Aus der Hauptkasse	M. 9697,15
Von den drücklichen Einnahmen d. Hauptkasse verwendet	3980,60
Aus der Lokalstätte des Zweigvereins und aus sonstigen drücklichen Fonds	552,50
Beiträge der in Arbeit stehenden Mitglieder	1336,30
sonstige Einnahmen	7,-
Summa	M. 15553,55

Ausgabe	
---------	--

Für Streikunterstützung	M. 11531,75
-------------------------	-------------

"besondere Entschädigungen der Streikkommission"	1147,50
--	---------

"Rechtschutz und Unterstützung Industrieller"	261,90
---	--------

"Mieteunterstützung"	562,50
----------------------	--------

"Reiseunterstützung an Streikende"	748,30
------------------------------------	--------

"Fortschaffung Zugereister"	153,75
-----------------------------	--------

"Fernhaltung des Zuganges"	732,20
----------------------------	--------

"Flugblätter und Annoncen"	238,51
----------------------------	--------

"Porto und Schreibmaterial"	42,84
-----------------------------	-------

"sonstige Ausgaben"	12,25
---------------------	-------

Summa	M. 1009,55
--------------	-------------------

Lübeck, den 22. November 1905.	
--------------------------------	--

Für die Nichtigkeit der vorstehenden Abrechnung:	
--	--

H. Jäger, A. Schlichting, G. Büsbach.	
---------------------------------------	--

A. Kleinfeldt, G. Melcher.	
----------------------------	--

Für die Streitleitung:	
------------------------	--

August Dresen, G. Wadendorf.	
------------------------------	--

Zweigverein Markranstädt.	
---------------------------	--

Einnahme	
----------	--

Aus der Hauptkasse	M. 700,-
Von den drücklichen Einnahmen der Hauptkasse verwendet	41,-
Beiträge der in Arbeit stehenden Mitglieder	12,50
Summa	M. 753,50

Ausgabe	
---------	--

Für Streikunterstützung	M. 585,08
-------------------------	-----------

"Reiseunterstützung an Streikende"	25,-
<tbl_info

Zweigverein Tilsit.

Ginnahme.		
Aus der Hauptkasse.	M. 500,-	
Von den örtlichen Einnahmen der Hauptkasse verwendet	" 592,65	
Vom Gewerkschaftskartell am Orte	" 147,25	
	Summa	M. 1289,90
		Ausgabe.
Für Streitunterstützung	M. 1083,-	
besondere Entschädigungen der Streitkommission	" 9,85	
Reiseunterstützung an Streitende	" 182,25	
Fortschaffung Bureauteile	" 1,20	
Flugblätter und Annonen	" 5,50	
Porto und Schreibmaterial	" 6,10	
sonstige Ausgaben	" 2,-	
	Summa	M. 1289,90

Tilsit, den 10. Juli 1905.

Für die Nichtigkeit der vorstehenden Abrechnung:
Für die Reiseposten: Carl Schwarz, Danzig.
Für die Streitleitung: Waldb. Zugat.

Zweigverein Tempelburg.

Ginnahme.		
Aus der Hauptkasse	M. 250,-	
Von den örtlichen Einnahmen d. Hauptkasse verwendet	" 50,-	
	Summa	M. 300,-
		Ausgabe.
Für Streitunterstützung	M. 109,86	
besondere Entschädigungen der Streitkommission	" 15,05	
Reiseunterstützung an Streitende	" 16,20	
Porto und Schreibmaterial	" 7,75	
An die Hauptkasse zurückgehandt	" 183,14	
Für sonstige Ausgaben	" 20,-	
	Summa	M. 800,-

Tempelburg, den 19. Oktober 1905.

Für die Nichtigkeit der vorstehenden Abrechnung:
Für den Gauvorstand: Wilh. Schauer.

Zweigverein Wilhelmshaven (Aussperrung).

Ginnahme.		
Aus der Hauptkasse	M. 2500,-	
Von den örtlichen Einnahmen d. Hauptkasse verwendet	" 753,-	
Beiträge der in Arbeit stehenden Mitglieder	" 327,60	
Sonstige Einnahmen	" 2,50	
	Summa	M. 3588,10

Ausgabe.

Ausgabe.		
Für Streitunterstützung	M. 3021,25	
besondere Entschädigungen der Streitkommission	" 241,10	
Reiseunterstützung an Streitende	" 299,10	
Porto und Schreibmaterial	" 21,65	
	Summa	M. 3588,10

Wilhelmshaven, den 16. Oktober 1905.

Für die Nichtigkeit der vorstehenden Abrechnung:
Für die Reiseposten: Gottfried Besene, F. Buchardt.
Für die Streitleitung: C. Krug, F. Kirchke.

Zweigverein Witten (Aussperrung).

Ginnahme.		
Aus der Hauptkasse	M. 1875,-	
Von den örtlichen Einnahmen d. Hauptkasse verwendet	" 128,45	
Aus der Lofatkasse des Zweigvereins und aus sonstigen örtlichen Fonds	" 111,50	
Beiträge der in Arbeit stehenden Mitglieder	" 101,10	
	Summa	M. 2216,05

Ausgabe.

Ausgabe.		
Für Streitunterstützung	M. 1786,70	
besondere Entschädigungen der Streitkommission	" 55,80	
Rechtschaffung und Unterstützung Inhaftierter	" 10,-	
Reiseunterstützung	" 72,50	
Reiseunterstützung an Streitende	" 183,80	
Fortschaffung Bureauteile	" 27,60	
Fernhaltung des Buzuges	" 85,70	
Flugblätter und Annonen	" 20,70	
Porto und Schreibmaterial	" 18,30	
An die Hauptkasse zurückgehandt	" 2,95	
	Summa	M. 2216,05

Witten, den 19. September 1905.

Für die Nichtigkeit der vorstehenden Abrechnung:
Für die Reiseposten:

Carl Kann, G. Preller.

Für die Streitleitung:

Heinrich Benzing, Johann Schwarz.

Für den Gauvorstand:

Fritz Kahl, Dortmund.

Zweigverein Hagen i. W. (Aussperrung).

Ginnahme.		
Aus der Hauptkasse	M. 8826,-	
Von den örtlichen Einnahmen d. Hauptkasse verwendet	" 2298,12	
Beiträge der in Arbeit stehenden Mitglieder	" 621,-	
Von anderen Gewerkschaften am Orte	" 536,48	
	Summa	M. 7279,60

Ausgabe.

Ausgabe.		
Für Streitunterstützung	M. 2873,-	
besondere Entschädigungen der Streitkommission	" 1865,19	
Rechtschaffung und Unterstützung Inhaftierter	" 115,-	
Reiseunterstützung an Streitende	" 298,50	
Fortschaffung Bureauteile	" 118,68	
Fernhaltung des Buzuges	" 443,70	
Flugblätter und Annonen	" 145,25	
Porto und Schreibmaterial	" 49,75	
sonstige Ausgaben	" 308,53	
	Summa	M. 7279,60

Hagen, den 18. Oktober 1905.

Für die Nichtigkeit der vorstehenden Abrechnung:

Für die Reiseposten:

Joseph Lampel, Heinrich Möller.

Alwin Böder, Friedrich Dräse.

Für die Streitleitung:

Julius Miscke, Wilhelm Kothe.

Zweigverein Freiburg i. Br.

Ginnahme.		
Aus der Hauptkasse	M. 11450,-	
Von d. örtlichen Einnahmen d. Hauptkasse verwendet	" 954,09	
Beiträge der in Arbeit stehenden Mitglieder	" 100,-	
Sonstige Einnahmen	" 5,-	
	Summa	M. 12509,09

Ausgabe.

Ausgabe.		
Für Streitunterstützung	M. 8935,-	
besondere Entschädigungen der Streitkommission	" 386,-	
Rechtschaffung und Unterstützung Inhaftierter	" 119,34	
Reiseunterstützung an Streitende	" 1887,20	
Fortschaffung Bureauteile	" 767,70	
Fernhaltung des Buzuges	" 204,08	
Porto und Schreibmaterial	" 61,70	
Sonstige Ausgaben	" 148,07	
	Summa	M. 12509,09

Freiburg, den 16. Januar 1906.

Für die Nichtigkeit der vorstehenden Abrechnung:

Für die Reiseposten: A. Müller, Ludwigshafen.

Für die Streitleitung: Jacob Wolff, Wilhelm Ernst, M. Schönberger.

Zweigverein Essen-Land (Aussperrung).

Ginnahme.		
Aus der Hauptkasse	M. 10352,85	
Von d. örtlichen Einnahmen d. Hauptkasse verwendet	" 2225,18	
Aus der Lofatkasse des Zweigvereins und aus sonstigen örtlichen Fonds	" 482,50	
Beiträge der in Arbeit stehenden Mitglieder	" 214,20	
	Summa	M. 18274,78

Ausgabe.

Ausgabe.		
Für Streitunterstützung	M. 11091,-	
besondere Entschädigungen der Streitkommission	" 61,50	
Rechtschaffung und Unterstützung Inhaftierter	" 9,80	
Reiseunterstützung	" 482,50	
Fortschaffung Bureauteile	" 706,15	
Fernhaltung des Buzuges	" 400,53	
Flugblätter und Annonen	" 233,71	
Porto und Schreibmaterial	" 43,64	
Sonstige Ausgaben	" 122,-	
	Summa	M. 18274,78

Essen, den 18. Oktober 1905.

Für die Nichtigkeit der vorstehenden Abrechnung:

Für die Reiseposten: August Böhn, Carl Wüller, Joseph Krähling.

Für die Streitleitung: Joseph Lübbking, G. Bressel.

Zweigverein Zierlohn.

Ginnahme.		
Aus der Hauptkasse	M. 2225,-	
Von den örtlichen Einnahmen d. Hauptkasse verwendet	" 265,80	
Beiträge der in Arbeit stehenden Mitglieder	" 86,70	
	Summa	M. 2577,-

Ausgabe.

Ausgabe.		
Für Streitunterstützung	M. 2109,20	
besondere Entschädigungen der Streitkommission	" 28,15	
Rechtschaffung und Unterstützung Inhaftierter	" 59,-	
Reiseunterstützung an Streitende	" 113,20	
Fortschaffung Bureauteile	" 121,70	
Fernhaltung des Buzuges	" 48,90	
Flugblätter und Annonen	" 27,50	
Porto und Schreibmaterial	" 17,15	
sonstige Ausgaben	" 58,10	
	Summa	M. 2577,-

Zierlohn, den 15. September 1905.

Für die Nichtigkeit der vorstehenden Abrechnung:

Für die Reiseposten: Eugen Pittschafft, Jacob Theis.

Für die Streitleitung: Paul Eipel, Paul Barthel.

Anzeigen.

Erfurt.

Unter Verbandslokal befindet sich jetzt im Restaurant zum "Tivoli", Magdeburgerstraße 51.

[M. 1,50]

Der Vorstand.

Den organisierten Maurern und Bauhüttsarbeiten diene zur Kenntnis, daß sich der Arbeitshaushalt in der "Blauen Traube" (Gewerkschaftshaus) befindet. Nähere Auskunft hierüber erteilt der Schantellner [M. 2,10].

Thomas Haselmayer.

Hamburg.

Sektion der Tannenbäcker, Hütt- und Kunststeinarbeiter.

Sonnabend, den 17. März:

Drittes Stiftungsfest

im Lokal des Herrn Springborn, Valentinskamp 40/42 (Oberer Saal),

bestehend in

Gesang, komischen Vorträgen und Ball.

Alle Kollegen werden hierzu freundlich eingeladen.

[M. 0,90]

Ende 8^h Uhr.

Horst.

Der Vorsitzende, Kollege Gustav Kaschitzki, wohnt in Brau b. Gladbeck, Herlingstr. 28; der Kassierer, Kollege Joseph Vogt, wohnt in Brau b. Gladbeck, Verbindungsstr. 29. [M. 1,50] Der Vorstand.

Rastenburg.

Die Adresse des Vorsitzenden ist: Albert Mattern, Georgenthal 2; die des Kassierers: Friedrich Wischnewsky, Sippelstr. 3.

[M. 1,50]

Der Vorstand.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichten wir alle Totenfälle der Verbandsmitglieder, von denen wir innerhalb eines Monats die Ableben Meldung gemacht haben. Die Zeile kostet 15 Pf.)

Berlin, Bezirk 80. Am 1. März verstarb im Alter von 46 Jahren unser treuer Mitglied Ernst Peitz.

Am 3. März verstarb unser treuer Mitglied Ferdinand Marten im Alter von 43 Jahren an Krebsleid.

Am 6. März verstarb unser Mitglied Karl Klein im Alter von 30 Jahren an Lungentuberkulose.

(Sektion der Buder: Am 6. März verstarb unser Mitglied Gustav Charles im Alter von 36 Jahren an der Lungentuberkulose.)

(Sektion der Buder: Am 6. März verstarb unser Mitglied Otto Spuhl im Alter von 48 Jahren an Darmenkrankheit.)

Bernsdorf, O.-D. Am 3. März verstarb unser Kollege Wilhelm Noack im Alter von 82 Jahren an Herzschlag.